Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 37 – 12. September 2009 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



„Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit“: Mit diesen Worten auf dem Ehrenmal der Bundeswehr gedenkt Deutschland seit dieser Woche seiner im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten. Lange umstritten war der Ort des Ehrenmals auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums: FDP und SPD wollten es am Reichstag errichtet sehen, da die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei.

Foto: pa

Ratlos über Afghanistan

Der Luftangriff auf die Tanklastzüge war legitim, doch eine Perspektive fehlt

Mit ihrer Regierungserklärung zu Afghanistan hat Bundeskanzlerin Merkel Kritik wegen des Luftangriffs auf zwei Tanklastzüge überzeugend zurückgewiesen. Eine Perspektive für den umstrittenen Afghanistan-Einsatz konnte aber auch sie nicht aufzeigen.

Einige Tage lang schien es so, als würde Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wegen des Luftangriffs auf zwei entführte Tanklaster in Afghanistan schwer unter Druck geraten. Hatte er von Anfang an hinreichend genaue Angaben über die Verluste bei diesem Angriff gemacht? War der Luftschlag, den ausgerechnet die westlichen Verbündeten Deutschlands zunächst heftig kritisiert hatten, überhaupt verhältnismäßig?

Die Regierungserklärung, die Bundeskanzlerin Merkel hierzu abgab, ohne durch die Opposition dazu genötigt zu sein, hat Jung ebenso entlastet wie weitere Berichte aus Afghanistan seit dem Luftschlag: Lokale Autoritäten im Raum Kundus haben den Angriff mit überzeugenden Argumenten gutgeheißen, und obwohl die Aufklärung noch nicht abgeschlossen ist, erscheinen zivile Todesopfer, zumal Kinder, bei diesem Angriff wenig wahrscheinlich zu sein: Das nächste Dorf war Kilometer entfernt, und die Vorstellung, dass nachts um halb drei Taliban-Kämpfer Benzin an Kinder verteilen, die mit dem Kanister am frisch entführten Lastzug Schlange stehen und um eine milde Gabe für ihre armen Familie bitten, erscheint absurd.

> Die Truppe hat Solidarität verdient, auch von der Politik

Umso deutlicher fiel die Kritik der Kanzlerin an „Vorverurteilungen“ der verantwortlichen Soldaten, insbesondere des Befehlshabers Oberst Georg Klein, aus: „Ich verbitte mir das, im Inland und im Ausland.“ Gegenüber dem Nato-Generalsekretär muss sie Fraktur geredet haben.

Allerdings: Eine überzeugende Perspektive für den seit nunmehr fast acht Jahren andauernden Einsatz, der nach US-Darstellung doch bereits nach wenigen Monaten mit dem Sturz der Taliban entschieden sein sollte, konnte auch die Kanzlerin nicht entwickeln.

Ehrlich nannte sie die Mission einen „Kampfeinsatz“ statt wie bisher meist einen Stabilisierungseinsatz. Das Drängen auf eine Afghanistan-Konferenz noch in diesem Jahr, die Forderung, konkrete Zielvorgaben für den Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane zu entwickeln, der Ruf nach einer „abgestimmten Übergabestrategie“, die Nennung einer Fünf-Jahres-Frist – das alles hinterließ mehr den Eindruck der Ratlosigkeit als den echter Entschlossenheit.

Die Unionsparteien können froh sein, dass auch der SPD klar ist, dass ein überstürzter Abzug nur Schaden anrichten würde – und sich entsprechend verhält. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der seine Skrupellosigkeit in Wahlkämpfen mehrfach bewiesen hat, würde es wohl anders machen. Er fordert offen den schnellen Abzug und hat damit den Druck der Linkspartei auf seine Partei noch verstärkt. *Konrad Badenheuer*

Hinrich E. Bues:

Afghanistan

Acht Jahre nach den verheerenden Anschlägen vom 11. September 2001 stehen deutsche Truppen in Afghanistan. Zusammen mit ihren Nato-Verbündeten praktizieren sie die „uneingeschränkte Solidarität“, von der der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder so schnell gesprochen hatte. Inzwischen ist diese Solidarität aus der Mode gekommen. Der Ex-Kanzler forderte in dieser Woche den Abzug der deutschen Truppen innerhalb der nächsten fünf Jahre. In die gleiche Kerbe schlägt Oskar Lafontaine, der im Wahlkampf populistisch„raus aus Afghanistan“ plakatieren lässt.

Man kann Bundesverteidigungsminister Jung (CDU) eine ungeschickte Informationspolitik vorhalten, doch das ist noch lange kein Grund, in dieser kritischen Situation verbal auf den Minister einzuschlagen, wie es jüngst eine Kommentatorin der „Tagesschau“ tat. Jung hat jetzt darauf hingewiesen, dass die beiden gekaperten Tanklaster nur sechs Kilometer vom deutschen Lager entfernt in einem Flussbett standen. Die Taliban waren nachts um 2.30 Uhr damit beschäftigt, die Diesel-Laster wieder frei zu bekommen, um sie eventuell als verheerende Bomben eines Selbstmordattentäters einsetzen zu können. Dass der deutsche Kommandeur des Lagers nahe Kundus zum Handeln gezwungen war, versteht sich von selbst. Von den Verbündeten, insbesondere dem amerikanischen Oberkommandierenden und europäischen Regierungen, darf man in dieser Situation Solidarität und Loyalität verlangen. Vergessen wird leider auch oft, welche Aufbauleistung deutsche Soldaten in 850 zivilen Projekten geleistet haben.

Sauer begrüßt »Teilsieg«

Breslau ab 1945 Ausland? – Herrmann setzt Kompromiss durch

Mit einer kurzen Meldung hat diese Zeitung in ihrer vergangenen Ausgabe über den Kompromiss in der umstrittenen Frage der melderechtlichen Erfassung der nach dem 2. August 1945 geborenen Vertriebenen berichtet: Wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bekanntgab, könne in Bayern „ab sofort jeder Vertriebene, der vor der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12. August 1990 jenseits von Oder und Neiße in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 geboren wurde, melderechtlich als im Inland geboren angesehen werden.“ Sie hätten in Bayern „künftig ein Anrecht darauf, dass ihr Geburtsstaat auch im Melderegister nicht als Ausland ausgewiesen wird.“

Innenminister Herrmann wies die Landratsämter und kommunalen Behörden des Freistaats an, auch bei den vor dem 12. August 1990 geborenen Vertriebenen und Aussiedlern „von einer Inlandsgeburt auszugehen“ und betonte: „Unser beharrlicher Verweis auf das Völkerrecht hat sich gelohnt.“ Tatsächlich hatte Minister Herrmann Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sowohl in einem Brief als auch öffentlich zu einer Korrektur seiner Haltung aufgefordert, die nun zumindest teilweise erfolgt ist, denn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete ausdrücklich von einer „Einigung“ zwischen den beiden Innenministern.

> v. Gottberg dankt Minister Herrmann

Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, begrüßte die Nachricht und dankte Minister Herrmann für seinen Einsatz. „Jetzt kommt es darauf an, dass diese Regelung für alle Bundesländer wirksam wird und dass es nicht bei einer reinen ‚Widerspruchsregelung‘ bleibt, bei der der Geburtsstaat nur dann richtig vermerkt wird, wenn die Betroffenen ausdrücklich darauf bestehen.“ Auch der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Helmut Sauer, begrüßte den „Teilsieg“ der Vertriebenen. Hintergründe auf Seite 4. *K.B.*

An Bankenaufsicht vorbei

Kiel: SPD-Kandidat Stegner beteiligt an HSH-Nordbank-Pleite

Mitten in der heißen Phase des kurzen, da vom politischen Gegner aufgezwungenen Wahlkampfes wird der schleswig-holsteinische SPD-Spitzenkandidat Ralf Stegner mit Vorwürfen zur HSH Nordbank konfrontiert. „Was wusste Stegner“, fragte der NDR, „War Stegner an riskanten Entscheidungen beteiligt?“, will das „Hamburger Abendblatt“ wissen.

Vieles deutet darauf hin, dass Stegner an den Weichenstellungen, deretwegen die Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg nahe an den Abgrund geriet, mitgewirkt hat. Das Magazin „Focus“, das interne Sitzungsprotokolle und Unterlagen gesichtet hat, weist darauf hin, dass der SPD-Mann in den Jahren 2003 bis 2007 in seiner Funktion als Finanzminister und auch Innenminister für Schleswig-Holstein im Aufsichtsrat der Bank saß. 2003 wurde offenbar mit seiner Zustimmung eine Zweckgesellschaft der Bank auf den Cayman-Inseln gegründet.

> Riskante Geschäfte in Steueroase verlagert

Diese Konstruktion in der karibischen Steueroase sollte riskante Geschäfte der Bank an der deutschen Bankenaufsicht und auch dem deutschen Fiskus vorbeiführen. Diese Entscheidung machte es dem Vorstand der Bank erst möglich, ihre spekulativen Geschäfte ohne jegliche Kontrolle auszuüben.

„Wer öffentlich gegen Steueroasen und riskante Bankgeschäfte wettert und selbst damals nichts dagegen unternommen hat, macht sich unglaubwürdig“, wettert der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Kubicki gegen Stegner. Die regierende CDU hingegen hält sich mit Vorwürfen zurück, fürchtet sie doch im Eifer des Gefechts mit dem eigenen Versagen bei der HSH Nordbank konfrontiert zu werden.

Die SPD tut die Vorwürfe als „ziemlich verlogen“ ab. Im Internet spekulieren SPD-Anhänger gar über eine Medienverschwörung. Der Münchner „Focus“ wartet derweil immer noch auf eine Stellungnahme Stegners zur getätigten Presse-Anfrage. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Umzug unerwünscht

Nürnberg – Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat Arbeitslosengeld-II-Empfänger befragt, welche Zugeständnissen sie machen würden. Dabei erklärten sich zwei Drittel der Befragten bereit, ungünstige Arbeitszeiten, längere Arbeitswege und eine Arbeit, die unter ihrer Qualifikation liegt, in Kauf zu nehmen. Allerdings kann sich nur knapp ein Drittel vorstellen, wegen eines Arbeitsplatzes den Wohnort zu wechseln. Als Mindest-Nettolohn, für den sie arbeiten würden, gaben die Befragten im Durchschnitt 6,29 Euro an. Gleichzeitig gab die Bundesagentur für Arbeit bekannt, dass 2008 die Jobcenter durchaus Sanktionen gegenüber Arbeitsunwilligen verhängt hätten. In gut 790 000 Fällen wurden die Hartz-IV-Bezüge gekürzt. Ein Drittel der Betroffenen war unter 25 Jahre alt. *Bel*

Türkei vertreibt gezielt Christen

Düsseldorf – Mit Enttäuschung hat der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU in Nordrhein-Westfalen auf die gerichtliche Auseinandersetzung um das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel in der Türkei reagiert. Es sieht sich seit Monaten einer Prozessflut ausgesetzt. Vor kurzem hatte ein Gericht die Enteignung von 27 Hektar Land durch den Staat für zulässig erklärt. Wie der EAK-Landesvorsitzende Volkmar Klein sagte, zeige sich abermals, „dass die Türkei keine Religionsfreiheit kennt und die christliche Minderheit mit allen Mitteln einschüchtern will“. Es sei absurd zu behaupten, der türkische Staat habe Anspruch auf das Land eines der ältesten christlichen Klöster der Welt. Der CDU-Politiker vermutet, dass es bei der juristischen Auseinandersetzung keinesfalls nur um das Land geht, sondern darum, die wenigen Christen in der Türkei unter Druck zu setzen und zu vertreiben. *idea*

Kampf um die Wahrheit

Russen und Polen streiten über die Deutung des Zweiten Weltkriegs – Herbe Schuldzuweisungen

Wenn es um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges geht, liegen Polen und Russland meilenweit auseinander. Selbst um das Anfangsdatum wird gerungen. Auch Präsidenten und Premierminister sparen nicht mit Vorwürfen gegen die andere Seite. Die meisten deutschen Historiker und Medien beachten diesen Streit kaum.

Die Haltung der deutschen Politik zur Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg lässt sich an Eindeutigkeit selbst von Naturgesetzen nicht übertreffen: Die Schuld der Deutschen gilt uneingeschränkt, sie bezieht sich auf alles (siehe Seite 8). Kennzeichnend ist, dass die jeweils betrachteten Zeiträume immer so abgegrenzt werden, dass eine deutsche Untat den – quasi vorgeschichtslosen – Anfang markiert, aus dem heraus sämtliche Verbrechen anderer erst hervorgegangen sind. Auf diese Weise lässt sich im Gespräch mit Vertretern anderer Länder schnell Einvernehmen erzielen, da die dunklen Flecken in deren Vergangenheit von den Deutschen mitverantwortet werden.

Polen und Russen sind von solchem Einvernehmen weit entfernt. Im Umfeld der Gedenkveranstaltungen zum 1. September trat stattdessen ein zunehmend verbissen geführter Streit um die Deutung des Weltkriegsgeschehens zutage.

Die Meiungsverschiedenheiten beginnen bereits bei der Frage, wann der Weltkrieg überhaupt begonnen habe. Russische Ehrenmale nennen durchweg den 22. Juni 1941, den Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges, als Anfangsdatum. Für Polen hingegen brach der Krieg am 1. September 1939 aus. Zu jener Zeit war Moskau mit Berlin gegen Polen verbündet.

Polens Präsident Lech Kaczynski bezeichnete den sowjetischen Einmarsch am 17. September 1939 als „Messerstich in den Rücken“. Für Warschau ist Moskau also mitschuldig an der Zerschlagung seines Landes. Deutsche und Russen erscheinen hier wie Komplizen, die im Hitler-Stalin-Pakt die Teilung Polens vertraglich vereinbart, dann aber lediglich zu unterschiedlichen Zeitpunkten zugeschlagen haben. Vor einem Richter werden solche Täter gleichermaßen verurteilt.

Ist also Sowjetrussland Mitauslöser des Zweiten Weltkriegs? Das will Moskau nicht auf sich sitzen lassen und keilt zurück: Zwar nennt Ruslands Präsident Wladimir Putin den Hitler-Stalin-Pakt „unmoralisch“. Auch zeigt er Verständnis für die „Gefühle der Polen in Bezug auf Katyn“, wo die Sowjets mindestens 21 857 polnische Offiziere massakrierten.

Doch dann geht er bruchlos zum Gegenangriff über: Einen ähnlichen Pakt mit Hitler hätten die Westmächte in München 1938 ja selber geschlossen. Und damals, so wird spitz bemerkt, habe sich Polen per Okkupation des tschechischen Olsa-Gebiets auch noch an der Zerstückelung der Tschechoslowakei beteiligt. Manche russische Stellen werfen Polen denn auch zu große Nähe zum nationalsozialistischen Deutschland vor, die an der Olsa-Sache offenkundig geworden sei. Damit habe Polen eine Einheitsfront gegen Hitler vereitelt, so Lew Sozkow, Generalmajor des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR laut der Nachrichtenagentur Ria Nowosti. Das Auslöschen von Polen als souveräner Staat sei der Preis für die Kurzsichtigkeit polnischer Politiker gewesen, resümiert Sozkow. Für polnische Ohren sind das unerhörte, ja skandalöse Thesen.

Ganz anders, aber im Resultat ebenso polenkritisch, wird von Seiten des russischen Verteidigungsministeriums argumentiert. Hier heißt es, Polen trage Schuld am Ausbruch des Krieges, weil es den „moderaten Forderungen“ Berlins (Danzig, exterritorialer Zugang nach Ostpreußen) nicht entgegengekommen sei.

UN DOCUMENT OFFICIEL SUR KATYN





Victimes des Soviets

Sorgt bis heute für Kontroversen: Die 1943 entdeckten Massengräber bei Katyn mit durch Sowjets ermordeten polnischen Offizieren stellen einen der Tiefpunkte in der polnisch-russischen Geschichte dar. Bild: pa

Der russische Historiker Alexander Djukow geht sogar noch ein Stück weiter und behauptet, eine russische Aggression auf Polen 1939 habe es gar nicht gegeben. Bei dem Einmarsch am 17. September sei es lediglich um das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gegangen, weshalb Großbritannien und Frankreich Russland ja auch nicht den Krieg erklärt hätten. Hier hat Djukow insofern die Fakten auf seiner Seite, als das sogenannte „ostpolnische“ Gebiet seit jeher und mit klarer Mehrheit ukrainisch, weißrussisch und im Norden litauisch besiedelt war und von Polen 1920 in einem offensiv geführten Krieg erobert wurde.

Was Paris und London angeht, rührt Djukow an ein weiteres pikantes Detail: Obwohl wenigstens London mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Inhalt des „Geheimen Zusatzprotokolls“ zum Hitler-Stalin-Pakt von Beginn an kannte, erklärte man allein Deutschland, nicht aber Sowjetrussland für den Angriff auf Polen den Krieg. Wieso indes die Zurückhaltung der Westmächte gegenüber Moskau, dessen Taten automatisch reinwaschen sollte, das erklärt Djukow nicht.

Selbst die Tatsache, dass die Demarkationslinie zwischen der deutschen und der russischen Zone in Polen zumindest in ihrem südlichen Abschnitt ziemlich genau der „Curzon-Linie“ von 1919 entspricht, stützt Djukows Position nur bedingt. Schließlich besetzte Stalin kurz darauf auch die baltischen Staaten und griff Finnland an. Die Massenmorde und Deportationen im Baltikum lassen die Interpretation von Stalins Politik als Verwirklichung von „Selbstbestimmungsrecht“ jedenfalls dort als Hohn erscheinen.

»Kurzsichtige Politiker in Warschau schuld am Untergang«

Russlands Präsident Dmitri Medwedjew hat im Frühjahr eine „Kommission zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“ eingesetzt. Polens Premier Tusk sieht sich davon herausgefordert und kündigt an, „mit der Wahrheit“ gegen die Moskauer Deutungen angehen zu wollen.

Putin ließ beschwor in Danzig am 1. September über alle Gegensätze hinweg die Perspektive einer polnisch-russischen Aussöhnung nach dem Vorbild der erfolgreichen deutsch-russischen. Allerdings scheint auch er nicht bereit, hierfür den deutschen Weg des nahezu uneingeschränkten Schuldbekenntnisses zu gehen.

Die deutsch-polnische Aussöhnung ist nach einer Umfrage der Warschauer Zeitung „Gazeta Wyborcza“ indes nicht soweit fortgeschritten wie vielerorts erhofft. Danach halten 80 Prozent der Polen die Vertreibung der Deutschen aus deren Heimat nach wie vor für richtig. *Hans Heckel*

Die Schulden-Uhr: Hungrige EU

Die deutschen Zahlungen an die EU werden 2010 ein Rekordniveau erreichen. Während Brüssel Deutschland 12,5 Milliarden Euro überweisen will, sollen umgekehrt inklusive Zolleinnahmen rund 25,8 Milliarden Euro in die Töpfe der EU fließen. Das bedeutet, dass Deutschland mitten in der Finanzkrise 13,3 Milliarden Euro mehr an Brüssel überweist, als es zurückbekommt. Zwar ist die Bundesrepublik seit jeher Nettozahler, doch im nächsten Jahr werden es insgesamt nocheinmal vier Milliarden Euro netto mehr sein als in diesem Jahr. „Angesichts der Rekordzahlung Deutschlands ist es um so wichtiger, dass alle EU-Schatten- und Nebenhaushalte offengelegt und parlamentarisch beraten werden“, erklärte hierzu die FDP. *Bel*

1.611.082.474.612 €

Vorwoche: 1.608.372.638.233 €
Verschuldung pro Kopf: 19 633 €
Vorwoche: 19 600 €

(Dienstag, 8. September 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Trubel in Böhmen

Tschechische Politik folgt eigenen Regeln

Die Innenpolitik der Tschechischen Republik folgt zuweilen eigenen Gesetzen. Mitten im laufenden Wahlkampf zu der für den 9. und 10. Oktober angesetzten Parlamentswahl hat das Verfassungsgericht die Auflösung des Parlaments „ausgesetzt“. Ohne diese Auflösung ist aber keine Neuwahl möglich. Politiker aller Parteien reagierten ungläubig bis ablehnend, Staatspräsident Václav Klaus, der die Volksvertretung aufgelöst hatte, sprach gar von einer Staatskrise.

SL-Gründung behördlich verboten

Hintergrund der vorläufigen Entscheidung des in Brünn ansässigen Gerichts war die Beschwerde des parteilosen Abgeordneten Milos Melcak, der gegen das vorzeitige Ende der andernfalls erst im Juni 2010 endenden Legislaturperiode geklagt hatte. Das Gericht nannte zunächst keinen Termin für eine Urteilsverkündung, sondern gab nur bekannt, es benötige „Zeit und Raum“ für die Beratungen. Da Verfassungsgerichtsurteile in Brünn gewöhnlich etliche Monate Vorlauf beanspruchen, schien dies zunächst auf eine Absage der Wahl hinauszulaufen.

Der Chef der Sozialdemokraten, Jiri Paroubek, meinte, die „beispiellose“ Gerichtsentscheidung könne „eine internationale Blamage herbeiführen und das Ansehen des Landes in der Welt umkehrbar beschädigen“. Er führte die Entscheidung „auf das heiße Wetter zurück“. Während noch nicht absehbar ist, wie viel Bedenkzeit sich das Gericht in dieser seiner Natur nach eiligen Sache nehmen möchte, einigten sich die Vertreter der tschechischen Parteien zu Wochenbeginn zunächst darauf, die Wahl auf November zu verschieben.

Eine andere Peinlichkeit hat das tschechische Innenministerium der kleinen Republik eingebrockt. Es hat vor wenigen Tagen die Gründung einer „Bürgervereinigung Sudetendeutsche Landsmannschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien“ untersagt. Da alle Forderungen der Vereinigungen durch EU-Recht gedeckt sind, könnte eine Blamage vor europäischen Gerichten am Ende dieses Verbots stehen. Innerstaatlich haben die Initiatoren bereits Klage gegen den Bescheid erhoben. *K.B.*

Lange Leitung in Hannover

EKD benötigt 32 Tage, um auf Hetze im ZDF zu reagieren

Mit einer Reaktionszeit von einem Monat und einem Tag hat nun auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) auf den zur Volksverhetzung tendierenden Beitrag gegen christliche Missionare im an sich seriösen öffentlich-rechtlichen Sender ZDF reagiert. Nachdem ein EKD-Sprecher zunächst nur erklärt hatte, man könne nicht auf jeden Medienbericht über die Evangelikalen reagieren, scheint es der EKD nun doch gedämmert zu haben, dass Berichte in dieser Tonlage in der fast 2000-jährigen Geschichte der Kirche oft im Vorfeld von Verfolgungen standen.

Jedenfalls beschloss der Rat der EKD nun eine „Erklärung zur Diffamierung evangelikaler Christen“. Diese „Mitchristen“, die „zum Kern unserer evangelischen Gemeinden“ gehörten, nehme man „gegen Verunglimpfungen in Schutz“. Und weiter: „Ein besonders markantes Beispiel für eine mediale Berichterstattung, die notwendige Unterscheidungen vermissen lässt, war der Beitrag ‚Sterben für Jesus – Missionieren als Abenteuer‘, der am 4. August im Magazin ‚Frontal 21‘ des ZDF ausgestrahlt wurde. Das Grundübel dieses Beitrags ist der undifferenzierte Umgang mit der Kategorie des Fundamentalismus.“ Die verantwortlichen Journalisten, so der EKD-Rat weiter, „können sich unter einem ‚Märtyrer‘ offenbar nur den islamistischen Selbstmordattentäter vorstellen. Sie scheinen keinerlei Kenntnis von der christlichen Märtyrervorstellung zu haben, nach der ein Märtyrer Gewalt erleidet, aber nicht anderen Gewalt zufügt. Sie versteigen sich deshalb zu der ungeheuerlichen Feststellung: ‚Für Gott als Märtyrer zu sterben hat eine lange, unheilige Tradition. Auf dem Missionarsfriedhof in Korntal liegen jene, die den Evangelikalen noch heute als Vorbild dienen.‘ Und darauf folgt in der Abmoderation der negative Höhepunkt des Beitrags: ‚Bereit sein, für Gott zu sterben. Das klingt vertraut – bei islamischen Fundamentalisten. Doch auch für radikale Christen scheint das zu gelten.“ Eine solche Art von Journalismus, so der Rat der EKD, werde „den Anforderungen an eine solide Recherche nicht gerecht“. Das ZDF habe den Anspruch, Qualitätsfernsehen zu sein. Der Beitrag in ‚Frontal 21‘ vom 4. August habe „diesem Anspruch in keiner Weise genügt. Kein Korntaler Missionar und keiner der jungen Leute, die in der Sendung befragt wurden, ist auch nur in die Nähe des Gedankens gekommen, unschuldige Menschen mittels eines Selbstmordattentats mit in den Tod zu reißen.“

Jetzt verurteilt auch die EKD das »Ungeheuerliche«

Vertreter nicht nur der Evangelikalen äußerten sich zustimmend und erleichtert über diese Stellungnahme. Allerdings wurde auch die Frage gestellt, warum über einen Monat lang kein namhafter EKD-Vertreter, einschließlich des Ratspräsidenten Wolfgang Huber, zu diesem Beitrag hatte Stellung nehmen wollen. Dieses Schweigen sei nicht der einzige Hinweis, dass in der EKD der biblische Missionsauftrag teilweise als überholt angesehen werde. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob die EKD bereit sei, sich der in Gießen anhängigen Strafanzeige gegen die drei verantwortlichen Redakteure Arndt Ginzel, Martin Kraushaar und Ulrich Stoll anzuschließen. *PAZ*

Wer war Josef Pawlas?

Von Harald Fourier

Am Wochenende rief mich Renate Alt an, eine ältere Dame aus Leipzig. Ob ich nicht zu der Polen-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum gehen könnte? Ich solle dort bitte schauen, ob in der Ausstellung über Polen und Deutsche auch etwas über ihren Vater zu sehen ist.

Ihr Vater war Josef Pawlas aus Kattowitz. Seine Geschichte ist schnell erzählt: Pawlas wehrte sich gegen die als Unterdrückung empfundene Herrschaft der Polen in der Zwischenkriegszeit. Er engagierte sich politisch und rückte als Abgeordneter der deutschen Minderheit in den Sejm ein. Er war Chef der deutschen Abgeordneten dort.

Schon vor Kriegsausbruch stand er auf der schwarzen Liste der Polen. Seine Familie war ständigen Angriffen ausgesetzt. Seine damals fünfjährige Tochter erinnert sich noch, wie nachts Steine gegen das Haus flogen und die Fische im Karpfenteich vergiftet wurden. Am 31. August 1939 drangen bewaffnete Polen in das Haus der Pawlas' ein und durchsuchten alles. Sie zwangen den Vater, sich ein Grab zu schaufeln. Doch dann geschah ein Wunder, sie ließen ihn gehen. Bei über 5000 Deutschen in Polen lief der Kriegsbeginn nicht so glimpflich ab: Sie wurden ermordet.

Über zwei Millionen Deutsche lebten 1919 in Polen und den ihm dann zugeschlagenen Gebieten. Anfang der 30er Jahre waren es noch etwa eine Million. Wo waren die anderen? Polnische Repressalien vertrieben lange vor den Nazis die deutsche Minderheit aus dem Land. Aber darüber wird heute selten gesprochen, weil es nicht ins etablierte Geschichtsbild passt, das nur für einen bösen Verbrecher Platz zu haben scheint: den Deutschen.

Auch die jetzt zu Ende gegangene Ausstellung verlor über diese Vorgänge in Polen kaum ein Wort. Schuld waren immer nur die Deutschen. Natürlich habe ich keinen Hinweis auf Josef Pawlas gefunden, obwohl doch gerade so ein wichtiger Vertreter der deutschen Minderheit in Polen und sein Schicksal Erwähnung hätten finden müssen.

Dass die Deutschen auch Opfer waren und dass viele Polen nach 1918 und 1945 schuldig geworden sind, davon gab es kaum ein Wort in der Ausstellung. Der Münchner Journalist und Chef vom Dienst vom Magazin „Focus“ Michael Klonovsky hat es einmal so ausgedrückt: „Wer von der Behandlung der deutschen Minderheit im Polen der Zwischenkriegszeit nicht reden will, der soll vom deutschen Angriff auf Polen schweigen.“

Das hätte jemand den Verantwortlichen für diese Polen-Ausstellung ins Gästebuch schreiben müssen. Gerade ihnen, denn unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum wird die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ arbeiten, die wiederum das Zentrum gegen Vertreibungen gestalten soll.

Frisierte Geschichte

Die Ausstellung »Deutsche und Polen« in Berlin: Eine sagenhafte Fehlleistung



Sie fanden die Ausstellung gelungen: Marek Prawda, Botschafter Polens in Deutschland, Bernd Neumann, Kulturstaatsminister, und Bogdan Zdrojewski, polnischer Kulturminister, im Deutschen Historischen Museum in Berlin

Bild: Davids

Die Geschichte zweier Nachbarvölker kann so einfach sein: Hier die ewig Bösen, dort die reinsten Engel – so jedenfalls zeigte es das „Deutsche Historische Museum“ in Berlin.

Die polnische Zeitung „Polska“ schrieb anlässlich des Gedenkens zum Kriegsausbruch in Danzig: „Donald Tusk kann Angela Merkel herzlich begrüßen, weil es zwischen Polen und Deutschland keine großen Unterschiede in der Interpretation der Ereignisse aus den Jahren 1939–1945 gibt.“

Das hat auch die nun im Deutschen Historischen Museum zu Ende gegangene Ausstellung über Polen und Deutsche gezeigt, die aus dem Topf des Kulturstaatsministers mit 650 000 Euro finanziert worden ist. Der Untertitel lautete „Abgründe und Hoffnung“, wobei die Deutschen für die „Abgründe“ zuständig waren.

Der Besucher betrat den Ausstellungsraum, der in hellen Farben gehalten war, und wurde über die Vorgeschichte informiert. Sowohl über die Polen-Begeisterung der Deutschen im 19. Jahrhundert als auch über angebliche „verschärfte Germanisierungspolitik“ in der Bismarck-Zeit und andere deutsche Gemeinheiten. Mal wurden Polen zwangsweise ausgewiesen. Dann, im Ersten Weltkrieg, wurden polnische Saisonarbeiter an der Heimreise gehindert, weil ihre Arbeitskraft unentbehrlich war. Eigentlich haben die Deutschen die Polen schon immer mies behandelt, so der Tenor der Ausstellung.

Die Gründung des polnischen Staates durch Deutschland und Österreich-Ungarn 1916 ist natürlich nur aus eigennützigen Motiven erfolgt: „Sie hofften, auf diesem Weg leichter polnische Soldaten für ihre abgekämpften und ausgezehrten Armeen rekrutieren zu können.“ Erst US-Präsident Woodrow Wilson habe den polnischen Staat dann möglich gemacht.

Die Zeit des Zweiten Weltkriegs wurde in einem Raum gezeigt, der in Schwarz gehalten war, um die „Abgründe“ zu illustrieren. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass die Deutschen nach 1939 so gleichgültig bis ablehnend Polen gegenüber eingestellt waren, blieb unbehandelt. Kein Wort über die Attacken Polens gleich nach dem Ersten Weltkrieg, die Blokkade-Politik am „Polnischen Korridor“ und die Unterdrückung der deutschen Volksgruppe in Polen. Bei der Behandlung des Holocaust fahndet der Besucher vergeblich nach deutlichen Hinweisen auf polnische Komplizenschaft – Stichwort „Jedwabne“.

Der folgende Ausstellungsraum zeigte dann die Zeit nach der deutschen Besatzung. Auch die Vertreibung der Deutschen wird dort erwähnt, aber sie erscheint vergleichsweise unbedeutend vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Verbrechen. Von Hunderttausenden von Toten und Millionen Vertriebenen ist die Rede. Doch die Wände sind jetzt wieder heller. Den Abschluss bildet ein Raum über die Annäherung nach dem Krieg.

> Militärhistoriker Martin van Creveld: »Wenn ich Deutscher wäre, würden mich Teile dieser Ausstellung sehr ärgerlich machen.«

Die Reaktionen auf die Ausstellung fielen unterschiedlich aus. Zahlreiche Medien waren voll der Begeisterung. So war die Ausstellung, die von Deutschen und Polen gemeinsam erarbeitet worden ist, für eine große Tageszeitung ein „kleines Wunder“. Noch nie sei die brutale Geschichte der beiden Völker so umfassend gezeigt worden. Viele Leser der Internetseite des Blatts sahen es anders und drückten ihre abweichende Meinung durch zahllose Kommentare aus. Die Redaktion war tagelang damit beschäftigt, die entsprechenden Beiträge wieder zu löschen.

Dagegen schrieb Thorsten Hinz in der „Jungen Freiheit“: „Wer nach historischer Aufklärung sucht, kann sich den Museumsbesuch also ersparen. Wer aber Einblick in geschichtspolitische Machtverhältnisse und in den Dienstboten-Charakter von Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft gewinnen will, der findet hier Anschauungsmaterial im Überfluss.“

Martin van Creveld, der renommierte israelische Militärhistoriker, sagt in der aktuellen Ausgabe des „Focus“ über die Ausstellung: „Ich meine, die Teile, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, sind sehr gut – es ist kaum möglich, das Leid zu übertreiben, das Deutsche in dieser Zeit den Polen zufügten. Andererseits finde ich, dass alles, was davor geschehen ist, auf sehr einseitige Weise dargestellt wird. Es sieht aus, als wären die Deutschen, mit Friedrich dem Großen beginnend, durchweg Verbrecher gewesen und die Polen allesamt Engel. Wenn ich Deutscher wäre, würden mich diese Teile der Ausstellung sehr ärgerlich machen. Als Historiker ebenfalls!“ *Harald Fourier*

Undurchsichtige Seelsorger

Die Parallelgesellschaft formiert sich weiter: In Berlin eröffnet das erste muslimische Sorgentelefon

Laut einer CIA-Studie drohen um das Jahr 2020 in etlichen europäischen Ballungsgebieten Bürgerkriege. In einem Bericht der „Washington Post“ vom Mai 2008 begründete CIA-Chef Michael Hayden dieses Szenario mit dem starken Anwachsen der muslimischen Bevölkerungsgruppe, die sich in Parallelgesellschaften organisiere.

Aktueller Ausweis dieser fortschreitenden Segregation ist beispielsweise die Anfang dieser Woche von der niederländischen AZS Media Group gestartete islamisch-korrekte Internet-Suchmaschine „I'm halal“ (www.imhalal.com) oder die Ende August von deutschen Muslimen gegründete Partei „Bündnis für Frieden und Fairness“ (BFF). In Berlin hat Ende 2006 das „Türk Huzur Evi“ eröffnet, das erste Pflegeheim mit islamischer Küche und Gebetsraum.

Mit rund 200 000 Seelen stellen Muslime etwa sechs Prozent der Einwohner Berlins – fast doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt. Und ihr gesellschaftliches Gewicht wächst rapide. Dies zeigt auch der Versuch eines muslimischen Schülers vom Diesterweg-Gymnasium im Wedding, der für sich ein Gebetsrecht inklusive

> Kirchen standen dem Projekt hilfreich zur Seite

Räumlichkeit in der Schule erstreiten will. Da es sich hier um das Mittagsgebet handelt, wäre davon auszugehen, dass dies mit der Unterrichtszeit kollidiert – wandert der Zeitpunkt des Mittagsgebetes doch mit dem sich täglich verändernden Sonnenstand. Am 29. September wird vor dem Berliner Verwaltungsgericht hierüber verhandelt, nachdem der Senat gegen eine einstweilige Anordnung des Gerichts juristisch vorgegangen war. Die Richter hatten die Schule verpflichtet, dem Schüler die Gebetsverrichtung in der Schule zu ermöglichen. Ein Urteil in dieser Sache wird für Oktober erwartet.

Am 30. Juni verpflichtete das Berliner Kammergericht das Standesamt Charlottenburg-Wilmersdorf dazu, den arabischen Vornamen „Djehad“ (Heiliger Krieg) anzuerkennen. Der siegreiche Kläger in diesem Rechtsstreit ist der aus Ägypten stammende und in Deutschland eingebürgerte Reda Seyam. Er gilt als Aktivist der deutschen Islamisten-Szene und wird verdächtigt, zu den Hintermännern der Anschläge auf Bali im Jahr 2002 zu gehören.

Seit dem 1. Mai dieses Jahres steht in Berlin das deutschlandweit erste Seelsorge-Telefon für Moslems. Bislang war diese Form der Beratung in Europa nur aus Großbritannien bekannt. Unter der Nummer (030) 44 35 09 821 nehmen – zunächst täglich von 16 bis 24 Uhr – über 20 ehrenamtliche Muslime Anrufe aus ganz Deutschland entgegen. Laut dem Geschäftsführer Imran Sagir kämen die Hilferufe nur zu einem Fünftel aus Berlin. Wie auch bei anderen Krisen-Hotlines seien Dreiviertel der Anrufer Frauen. Seine Behauptung allerdings, dass Religion nur „in den allerwenigsten Fällen“ eine Rolle spiele, weckt Zweifel. Bestätigt Sagir doch im gleichen Atemzug, dass die Leute hier Dinge ansprechen könnten, „die sie zu Hause oder in der Moschee nicht bereden wollen“.

Die evangelische und die katholische Kirche standen Sagir bei dem Projekt zur Seite. „Kooperationspartner“ von Diakonischem Werk und Caritas-Verband haben die muslimischen Telefonseelsorger ausgebildet. Zudem hat die Caritas eine ihrer Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die hierfür zu entrichtende Miete bezahlt die internationale Organisation „Islamic Relief“. Der indischstämmige, 35-jährige Imram Sagir, der in Deutschland geboren und in Charlottenburg aufgewachsen ist, war bereits als Vorsitzender von „Inssan e.V.“ in Erscheinung getreten. Der Verein wollte im Bezirk Charlottenburg ein Grundstück erwerben, um dort ein islamisches Gemeindezentrum mit Moschee und Kindergarten zu eröffnen. Sagir selbst ist bekannt für seine Kontakte zu Ibrahim El-Zayat. Dieser hatte einst eine Summe von 360 000 Euro für das Grundstück des ersten, aber ebenfalls gescheiterten Moscheeprojekts von Inssan e. V. in Neukölln bezahlt. Seinerzeit hatte Sagir freimütig bekannt, „mit El-Zayat ganz gut bekannt“ zu sein. Laut Verfassungsschutz ist El-Zayat Vorsitzender der „Islamischen Gemeinschaft Deutschlands“ (IGD), die als hiesiger Brückenkopf der islamistischen Muslimbruderschaft gilt. *Peter Westphal*

Vorbehalte gegen »Ossis«

Wie eine Untersuchung des Psychoanalytikers Günter Jerouschek ergab, haben Westdeutsche noch immer Vorbehalte gegen Deutsche aus den neuen Bundesländern. Jerouschek wechselte vor 15 Jahren aus Göppingen nach Jena, wo er seitdem die innerdeutschen Befindlichkeiten studiert.

Dem „Berliner Kurier“ sagte der Wissenschaftler, die Vorbehalte, er spricht sogar von „Ängsten“, seien vor allem bei denen stark ausgeprägt, die in den vergangenen 20 Jahren nie oder nur sehr selten in den neuen Bundesländern gewesen seien. Dabei sei dieses Fremdheitsgefühl auch bei Jüngeren vorhanden und werde von Generation zu Generation weitergegeben. Vielfach handele es sich um das Gefühl einer vermeintlichen Besserstellung, die aus der Zeit des Kalten Krieges rühre und bei manchen fortdauere. Die „Ostalgie“ der anderen sei da bloß die „zweite Seite einer Medaille“, so Jerouschek. *H.H.*

Zeitzeugen



Joachim Herrmann – Bayerns Innenminister hat sich vehement und auch öffentlich für eine Korrektur der umstrittenen BMI-Empfehlung eingesetzt und dabei mutig Klartext geredet („Das Recht auf die Heimat gilt!“). Nun hat sich der 1956 geborene CSU-Politiker und Jurist in wesentlichen Punkten durchgesetzt.

Helmut Sauer – Der Bundesvorsitzende der OMV und langjährige Bundestagsabgeordnete ist an Heiligabend 1945 in Niederschlesien geboren. Vehement hat er dagegen gestritten, dass ihm nun von deutschen Behörden ein Geburtsort „in Polen“ bescheinigt werden sollte. „Ein herzlicher Dank ist Staatsminister Joachim Herrmann und der CSU-Staatsregierung für diese schnelle, sensible und rechtlich einwandfreie Regelung gewiss.“ Andere Bundesländer sollten nachziehen, insistiert Sauer.



Hartmut Koschyk – Der frühere Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen ist bereits mit 31 Jahren in den Bundestag eingezogen. In der aktuellen Umfrage der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* verwies er für die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf den erst am 12. August 1990 unterzeichneten Zwei-Plus-Vier-Vertrag.

Kurt Rossmanith – Der 1944 im Sudetenland geborene Verteidigungspolitiker ist seit 1980 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter. Er hat dem deutsch-polnischen Grenzvertrag nicht zugestimmt und gehört zu denen, die nun nicht die von der Fraktionsführung formulierte Standardantwort verschickt haben, sondern individuell geantwortet haben: „Die völkerrechtliche Position der Deutschen Ostgebiete ist absolut klar ... Der Grenzvertrag ist am 16. Januar 1992 in Kraft getreten.“



Hans-Joachim Hacker – Der 1949 im brandenburgischen Mahlow geborene Jurist hat Maschinenbau gelernt, bevor er noch zu DDR-Zeiten Jura studierte. Im Oktober 1989, noch vor dem Fall der Berliner Mauer, gehörte er zu den frühen Mitgliedern der Ost-SPD. Im März 1990 wurde er in die Volkskammer gewählt, seit Herbst 1990 gehört er dem Bundestag an. Von 2002 bis 2005 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er schrieb der *PAZ*.

Teilerfolg für das Völkerrecht

Schäuble musste seine Empfehlung abschwächen – Einige Fragen bleiben

Der Einsatz der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen und vieler Vertreter der Vertriebenen hat Wirkung gezeigt: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble will seine umstrittene Empfehlung vom 19. März dieses Jahres nun offenbar zumindest großzügiger handhaben lassen.

Für viele Vertriebene war es ein Schock: „Geboren 1946 in Allenstein (Polen)“ – so weisen es seit kurzer Zeit die Einwohnermeldeämter mehrerer Bundesländer, aber auch die Bescheide der Bundesbehörden über die neuen „Steueridentifikationsnummern“ aus. Hatten ihnen nicht Vertreter sämtlicher Parteien über Jahrzehnte versichert, dass die Oder-Neiße-Gebiete völkerrechtlich erst mit dem 1992 in Kraft getretenen deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 zu Polen und Russland kamen?

Die Begründung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) für diesen Vorstoß war in mehreren Punkten in sich fragwürdig und schief (vgl. Beiträge unten und rechts). Umso deutlicher forderten alle betroffenen Landsmannschaften, außerdem die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU, drei Landesinnenminister und ungezählte Einzelpersonen den Bundesinnenminister auf, seinen Schritt zurückzunehmen.

Einen Beitrag hat auch diese Zeitung geleistet: Der *PAZ*-Aufmacher vom 13. Juni „Berlins neueste Zumutung“ hat den Grundsatzartikel in der „FAZ“ vier Tage später „Seit wann ist Breslau Ausland?“ ausgelöst. Dessen Autor Reinhard Müller wurde unmittelbar per E-Mail von der *PAZ* über den bis dato von den Medien wenig beachteten Vorgang informiert. Inzwischen ist auch recht genau der Weg nachvollziehbar, auf dem anschließend innerhalb von CDU und CSU diese Frage beraten wurde, was schließlich in die positive Zusicherung im „Regierungsprogramm“ der CDU/CSU vom 29. Juni mündete, bei der melde- und personenstandsrechtlichen Erfassung von Vertriebenen völkerrechtlich korrekt vorzugehen. Auch der Beitrag im ZDF-„Mittagsmagazin“ über diese Problematik kam unter Mitwirkung dieser Zeitung zustande.

> Ein »FAZ«-Redakteur führt die Korrektur auf die *PAZ* zurück

Wie stark politisiert diese Frage war und ist, hat die Briefaktion gezeigt, in der diese Zeitung sämtliche Bundestagsabgeordnete um Auskunft darüber ersucht hat, seit wann *für sie* Breslau im Ausland liegt. Etliche Abgeordnete, darunter auch namhafte Vertreter der Vertriebenen selbst, wollten kein Datum nennen, sondern erklärten recht allgemein in einer innerhalb der Fraktionsführung ausgehandelten Formularantwort: „Es ist und bleibt unsere Aufgabe, auch in dieser Frage auf das Befinden der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen.“ Ergänzend zur Richtlinie des BMI sei vereinbart worden, „dass die Länder bei den nach 1945 Geborenen flexibel über die Änderung der Eintragung des Geburtsstaates entscheiden können“. Beispielsweise räume das Land Baden-Württemberg (offenbar genau wie Bayern) den betroffenen Vertriebenen ein, „den Staateneintrag zu streichen“.

Da die Betroffenen das nicht selbst tun können, ist offenbar gemeint, dass die Behörden dies auf ihren Antrag hin tun dürfen und sollen. Das aber wäre – bei allem Respekt für den Einsatz der drei Innenminister Joachim Herrmann (Bayern), Heribert Rech (Baden-Württemberg) und Uwe Schünemann (Niedersachsen) – insofern unbefriedigend, als damit die BMI-Richtlinie im Kern bestehen bliebe und eben keine Rückkehr zur langjährig bewährten Praxis (siehe unten) vorgesehen wäre.

Immerhin enthält die Formular-Antwort der Unionsfraktion auch den richtigen Hinweis, dass nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1999 die Oder-Neiße-Gebiete auch nach dem Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 Inland geblieben seien. Schon unerwähnt bleibt, dass auch das Bundesverfassungsgericht so geurteilt hat und dass dabei auch nochmals klargestellt wurde, dass selbst der Warschauer Vertrag von 1970 noch keine Grenzanerkennung bedeutet hat. Doch das wollten die weitaus meisten Unionsabgeordneten schon nicht mehr so klar erklären.

Dass in dieser ganzen Angelegenheit Rücksichtnahme auf Polen, wenn nicht gar die Erfüllung einer polnischen Forderung eine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte, belegt der Zeitpunkt, zu dem die zwischen den Ministern Schäuble und Herrmann ausgehandelte Korrektur verbreitet wurde. Zwar trägt Herrmanns Pressemitteilung das Datum 31. August, doch wirklich verbreitet wurde die Meldung womöglich erst am späten Nachmittag des 1. September – nur Stunden nach dem Ende der Gedenkreden in Danzig.

Die *PAZ* jedenfalls bekam die Nachricht am 1. September Punkt 18.33 Uhr von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zugemailt, mit dem netten Hinweis in der Betreffzeile „Ihr Einfluss“! *K. Badenheuer*



2+4-Vertrag: Erst 1990/92 wurde die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich festgelegt. Bild: pa



Nebelkerze »Inlandsgeburt«

Gleich mehrere Nebelkerzen und Irreführungen enthalten das Schreiben des Bundesinnenministeriums vom 19. März und die diesbezüglichen Stellungnahmen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble selbst. Zunächst einmal wird der Eindruck erweckt, es habe bisher bei der melderechtlichen Erfassung von Vertriebenen eine unklare Situation gegeben, die erst mit dem Rundschreiben vom 19. März geklärt worden sei.

Das ist aber zumindest schief, wie der unten stehende Beitrag belegt: Die jahrzehntelange Praxis war klar und frei von Mehrdeutigkeiten. Noch ist nicht recht erkennbar, wann überhaupt zum ersten Mal deutsche Meldebehörden damit begonnen haben, vor 1990/92 in den Oder-Neiße-Gebieten zur Welt gekommene Aussiedler und Vertriebene mit „polnischem“ Geburtsort zu erfassen. Alles spricht aber dafür, dass das ein Missgriff der allerjüngsten Vergangenheit ist, jedenfalls liegen uns entsprechende Proteste vor dem Jahr 2008 nicht vor.

> Schäuble hält Vertriebene für blöd

Eine besonders dicke Nebelkerze ist Schäubles Hinweis, ohne die Einstufung der Oder-Neiße-Gebiete als „Ausland“ rückwirkend seit 1945 müssten alle dort zur Welt gekommenen Polen und Russen als im Inland geboren angesehen werden. In der Tat, genau so ist es! Da aber im deutschen Staatbürgerschaftsrecht (jedenfalls bis 1997) ebenso wie im polnischen das Abstammungsprinzip gilt, folgt aus dieser Feststellung in der Praxis rein gar nichts. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, warum im Streit um die Ostverträge in den frühen siebziger Jahren das Schreckgespenst von „Millionen polnischer Inlandsgeburten“ keine Rolle gespielt hat. Egon Bahr und Willy Brandt hätten noch damit rechnen müssen, für dieses Argument ausgelacht zu werden. *K.B.*

»Alte Praxis war richtig«

SPD-Politiker bestätigt: BMI-Erlass »löst« Probleme, die es nicht gab

In mehreren Briefen hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) behauptet, die Empfehlung seines Hauses vom 19. März dieses Jahres über die Erfassung von Geburtsorten von Vertriebenen sei „ohne Alternative“. Dabei setzte Schäuble voraus, dass die bisherige Praxis zu Unklarheiten oder anderen Problemen geführt hätte.

Dass das tatsächlich nicht der Fall ist, hat nun ein SPD-Politiker der *Preußischen Allgemeinen* in einem ausführlichen Schreiben bestätigt. Hans-Joachim Hacker, direkt gewählter Abgeordneter von Schwerin, beschreibt nämlich ausführlich und exakt die jahrzehntelang gültige melderechtliche Praxis, wie sie noch zur Zeit von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) angewendet wurde: „Ich kann hierzu nur feststellen, dass die Praxis des Bundesinnenministeriums unter Führung der SPD eine andere war. Bei der Bezeichnung von Orten im Ausland waren die Beamten angewiesen, die dort geltende Bezeichnung zu verwenden und, sofern es zur näheren Kennzeichnung erforderlich ist, den Verwaltungsbezirk (Kreis, Regierungsbezirk), zu dem die Gemeinde gehört, anzugeben oder einen geographischen Bezug (Gebirge, Fluss) hinzuzufügen“, so der SPD-Politiker. Und weiter: „Nur wenn die Kennzeichnung des Ortes auch danach nicht ausreichte, sollte daneben der Staat vermerkt werden. Gibt es für einen solchen Ort außer der fremden auch eine allgemein übliche deutsche Bezeichnung, so ist diese zu wählen. Auf Verlangen oder wenn dies zur Klarstellung notwendig ist, konnte die fremde Bezeichnung in Klammern hinzugefügt werden. Die deutsche Ortsbezeichnung sollte daher immer dann verwendet werden, wenn eine solche im Sprachgebrauch existiert und nicht völlig unbekannt ist. Hierbei machte es keinen Unterschied, ob der Ort früher einmal zu Deutschland gehörte oder nicht“, führte Hacker gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* weiter aus. Sein Fazit: „Ich halte diese ursprüngliche Praxis auch deshalb für richtig, weil sie einfach und klar ist: Der deutsche Name der Stadt oder der Gemeinde zum Zeitpunkt der Geburt der Person ist eindeutig. Zwischenzeitlich können sich Namen und Staatszugehörigkeiten gleich mehrfach geändert haben, was dann zu Verwirrung führt, wenn dadurch die Bezeichnungen des Geburtsortes für eine Person von Behörden geändert werden. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Hans-Joachim Hacker.“

> Deutscher Ortsname ohne Staatenangabe, das hat bisher genügt

Das Schreiben Hackers ist nicht der einzige Hinweis darauf, dass es beim Erlass vom 19. März keineswegs um die Bereinigung wie auch immer gearteter Unklarheiten bei der melde- und personenstandsrechtlichen Erfassung von Vertriebenen ging und geht. Die „halbe Rücknahme“ dieses Erlasses wurde nämlich just am späten Nachmittag des 1. September im Internet bekannt – nur Stunden, nachdem in Danzig die Gedenkreden zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruches gehalten waren. Dennoch wird den Vertriebenen erzählt, dass das ganze Thema mit polnischen Forderungen nichts zu tun habe. *PAZ*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7283**

Zwischen Prinzipien und Machtstreben

Grüne im Saarland im Gewissenskonflikt – Thüringens CDU-Frauen kommen der SPD entgegen

Für die Bundestagswahl am 27. September geben die drei Landtagswahlen vom 30. August und die darauffolgenden Koalitionsgespräche keine eindeutigen Vorzeichen ab. Während in Sachsen die Reise in Richtung Schwarz-Gelb geht, befinden sich in Thüringen die SPD und im Saarland die Grünen in der Position des Züngleins an der Waage.

Am spektakulärsten entwickeln sich die Dinge in Thüringen. Dort trat der offensichtlich mental doch noch nicht so ganz wiedergenesene Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) „mit sofortiger Wirkung“ von allen Ämtern zurück. Kurz darauf fiel ihm die Landesverfassung ein, der zufolge der Ministerpräsident so lange amtiert, bis sein Nachfolger vereidigt ist, und Althaus kehrte in die Staatskanzlei zurück, um eine Kabinettssitzung zu leiten. Kopfschütteln allerorten, während die Frauen in der zweiten Reihe, Sozialministerin Christine Lieberknecht und Vize-Ministerpräsidentin Birgit Diezel, die Nachfolge unter sich ausmachen: Demnach könnte Diezel, die auch die Koalitions-Sondierungen mit der SPD führt, die Führung der Thüringer CDU übernehmen, Lieberknecht das Amt des Ministerpräsidenten – falls die CDU überhaupt dieses Amt zu vergeben hat.

Die Thüringer SPD unter ihrem Vorsitzenden Christoph Matschie, die es auf lediglich 18,5 Prozent und damit auf den dritten Rang hinter CDU und Linkspartei gebracht hat, lässt nämlich vorläufig offen, mit welcher der beiden größeren Parteien sie koalieren will. Vor der Bundestagswahl will Matschie offenbar weder den Anti-CDU-Wahlkampf der Bundes-SPD torpedieren noch den bürgerlichen Parteien Munition für eine Rote-Socken-Kampagne liefern. Ohnehin ist die SPD bereits in Erklärungsnot, wie sie es mit der Linkspartei halten will. Die Thüringer SPD jedenfalls will nicht Juniorpartner der unberechenbaren Linkspartei sein. Doch selbst wenn die Linke in den sauren Apfel beißt und Matschie zum Ministerpräsidenten wählt, sähe der sich permanent einer Kabinettsmehrheit der Linken gegenüber. Eine vernünftige Politik zum Wohle Thüringens könnte Matschie dann kaum für sich reklamieren.

Mit einer Christine Lieberknecht und einer Birgit Diezel an der Spitze kommt die CDU der SPD jedenfalls schon personell weit entgegen. Einen Dieter Althaus als Regierungschef hätten die Sozialdemokraten wohl ebensowenig akzeptiert wie einen Bodo Ramelow.

Im Saarland indes können die Sechs-Prozent-Grünen zeigen, welchem Lager sie sich zugehörig fühlen: dem bürgerlichen, was ihrer Wählerstruktur entspräche, oder dem Linksaußen-Lager, was wohl der Mehrheit ihrer Funktionäre entspräche. So kommt ihrer Entscheidung – entweder für Jamaika oder Rot-Rot-Grün – große Bedeutung für die Zukunft des kleinsten Bundeslandes zu, aber auch für die künftigen Farbenspiele im Bund. Zahlreiche Ost-Grüne – so Katrin Göring-Eckardt, Werner Schulz und Antje Hermenau – erinnern daran, dass die Partei immer noch den Namen der DDR-Oppositionsbewegung „Bündnis 90“ trägt, und lehnen Bündnisse mit den Nachfolgern der Menschenschinderpartei SED ab. Dabei stoßen diese antikommunistischen Grünen ins selbe Horn wie die SPD-Politiker Markus Meckel, der letzte DDR-Außenminister, Klaus von Dohnanyi, der frühere Hamburger Bürgermeister und die DDR-Oppositionelle Freya Klier.



Bekommt das Saarland demnächst Deutschlands erste rot-rot-grüne Koalition? Zumindest auf Demonstrationen treffen sich die Anhänger der drei Parteien bereits. Bild: laif

Parteichef Cem Özdemir und Bundestags-Fraktionschefin Renate Künast gaben ihren Saar-Freunden hingegen bereits den Wink, sie sollten sich bitteschön in Richtung Rot-Rot-Grün orientieren. Das offenbart die auch bei Hessens Grünen-Chef Tarik Al-Wazir erkennbare Ignoranz gegenüber politischer Hygiene und Moral bei vielen West-Grünen, sobald es um konkrete Machtfragen geht: Eine Partei, die die Menschenrechte so hoch hält wie die Grünen, dürfte an sich keinesfalls gemeinsame Sache machen mit der Ex-SED, wenn schon die SPD keine politischen Warninstinkte in dieser Richtung mehr hat. Eine Koalition mit FDP und CDU ausschließen, sich aber gern mit den Ex-Kommunisten ins Lotterbett legen: Signale in Richtung Zukunft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die sich die Grünen sonst ja groß aufs Panier schreiben, sehen anders aus.

In jedem Fall scheint die Person Peter Müller im Gegensatz zum Thüringer Althaus kein Ausschlusskriterium für die Grünen zu sein. Er hat offenbar trotz Alleinregierung im eigenen Land nie so stark polarisiert wie sein Kollege aus dem Eichsfeld.

Während also in Thüringen und dem Saarland reichlich krampfhaft sondiert, aber noch nicht entschieden wird, sendet Sachsen die klarsten Signale an den Bund – zumindest dürften diese Signale der Bundeskanzlerin am besten gefallen: Der Sorbe Stanislaw Tillich, der alle Zweifel an seiner Blockflöten-Vergangenheit wegläch elt und vielen Sachsen wohl gerade deshalb als authentischer Repräsentant einer Ost-CDU mit vollständiger DDR-Biographie gilt, hat den ungeliebten Koalitionspartner SPD, der bei zehn Prozent stagnierte, elegant entsorgt und steuert auf Schwarz-Gelb zu. Die Koalitionsverhandlungen verlaufen offenbar so reibungslos, dass kaum Meldungen nach außen dringen – eine Parallelität zu Bayern übrigens, wo der Krach jedoch später umso heftiger kam. Tillich zufolge will man bis zur Bundestagswahl die schwarz-gelbe Sachsen-Koalition in trockenen Tüchern haben.

Anton Heinrich

MELDUNGEN

Streit ums Sitzenbleiben

Gütersloh – Nachdem eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ergeben hat, dass Sitzenbleiben von Schülern teuer und unwirksam sei, ist die Debatte neu entfacht. Zwar halten laut einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2006 66 Prozent der Deutschen Sitzenbleiben für sinnvoll, doch die aktuelle Studie behauptet das Gegenteil. Nur knapp 25 Prozent der Sitzenbleiber zeigten kurzfristig Verbesserungen der schulischen Leistungen. Auch die im Klassenverbund verbliebenen Schüler hätten nichts davon, dass die Schwächeren nicht versetzt und die Leistungsfähigkeit in der Klasse dadurch homogener wird. 931 Millionen Euro würden die rund 250000 Sitzenbleiber pro Jahr die Länder kosten. 23,1 Prozent der 15-Jährigen haben im Laufe ihrer Schulzeit mindestens einmal eine Klasse wiederholt. Die Bildungsforscher der Studie sprechen sich für individuelle Förderung statt Sitzenbleiben aus. *Bel*

Diktatur anhand Stasi erklärt

Schwerin – Schüler in Mecklenburg-Vorpommern sollen künftig im Unterricht mehr über die DDR-Diktatur erfahren. Dazu haben die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen und das Schweriner Bildungsministerium eine Vereinbarung unterzeichnet. „Wir verbinden damit die Hoffnung, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihres Staatssicherheitsdienstes einen festen Platz im Unterricht, in der außerschulischen Arbeit und in der Lehrerfortbildung bekommen“, erklärte die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler. Das Thema Staatssicherheit sei besonders geeignet, das Wesen einer Diktatur anschaulich und begreifbar zu machen. Ähnliche Vereinbarungen gibt es bereits mit den Bildungsministerien in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. *idea*

Russki-Deutsch (34):

Panje-

Von Wolf Oschlies

Als „Russki-Deutsch“ vor 34 Wochen startete, wünschte die Redaktion, ich solle Seitenblicke auf Polnisch (und andere slawische Sprachen) werfen. Anfangs akzeptierte ich das widerstrebend, war aber bald dankbar für den Tipp: Die sprachliche Verwandtschaft der Slawen drückt sich auch im deutschen Reflex aus.

Dabei kommen mitunter die witzigsten Wortschöpfungen zustande, von denen niemand weiß, woher und aus wessen Phantasie sie entsprungen sind. Das Paradebeispiel dafür ist der Wortstamm „Panje“, der uns aus Bildungen wie „Panjepferd, Panjewagen, Panjeschnaps“ etc. geläufig ist. Das alles klingt sehr slawisch, zumal „pan“ im Polnischen und Tschechischen „Herr“ bedeutet. Verrückt ist jedoch, dass der westslawische „pan“ bei Russen im Rufe eines großmäuligen Angebers steht, während alle deutschen Wörter mit „Panje-“ sich auf Russisches beziehen und ein „Rüchlein“ von Primitivität ausdrücken.

Zum Glück gibt es den „Feldgrauen Büchmann“, das Wörterbuch des deutschen Soldatenjargons, das Gustav Hochstetter 1916 veröffentlichte. Aus diesem Buch wird klar, dass „Panje-“ ein deutscher Pseudorussizismus ist, erdacht im Ersten Weltkrieg zur Bezeichnung russischer Fuhrwerke, die von „Panjepferden“ gezogen wurden, genügsamen und kräftigen Tieren. Ihre Zuchtmerkmale waren etwas unklar und bald wurden sie vom verwandten „Konik polski“ (polnischen Pony) fast gänzlich verdrängt. Auch andere Begriffe verloren sich: „Panje Russki“ (Russe), „Edelpanje“ (russischer Adliger), „Panje-Frau“, „Panje-Kinder“, „Panje-Haus“, „Panje-Brot“ und den „Gurgelpanje“, die Bezeichnung für russische Mörsergeschosse.

Diese Lexik war später selbst Erich Honecker geläufig, der in seiner Autobiographie etwas abfällig über sowjetischen „Fortschritt“ urteilte: „Kein Wunder also, dass ein halbes Jahr später die Panjewagen immer noch das Moskauer Straßenbild beherrschten.“ Schriftsteller Günter Kunert erinnerte sich am 28. April 2005 im WDR an das Kriegsende: „Und dann kam drei, vier Tage später, nach den ersten Russen der Tross, niedrige Panjewagen, da saß irgendein Großvater drauf mit einem Bart, aber in sowjetischer Uniform, und von diesen Panjewagen gab es irrsinnige Mengen.“

Ein »neuer Islam« für Deutschland

Zwei türkische Brüder »klären auf« – Lange vom Verfassungsschutz beobachtet

Erst war es nur eine kleine Wirtschaftsmeldung: In Deutschland gibt es ein neues Zertifikat für Lebensmittel, das wie die verschiedenen Bio-Siegel bestimmte, zuvor festgelegte Methoden und Bestandteile bei der Herstellung attestiert. Das „Halal-Zertifikat“ ist eines von fünf verschiedenen in Deutschland vorkommenden Siegeln, die dem Kunden garantieren, dass die von ihm erworbene Ware nach dem islamischen Recht vorschriftsgemäß hergestellt wurde. Da deutsche Lebensmittelproduzenten auch ins muslimische Ausland exportieren, ist es durchaus sinnvoll, dass sie hierfür Fachleute im Land haben.

Dass es offenbar nicht nur um den Export jener Lebensmittel geht, lässt folgender Satz erahnen: „Wenn Sie sich in deutschen Geburtskliniken umschauen, wissen Sie, wo die Wachstumspotenziale im Food-Bereich sind.“ Der im „Focus“ im Rahmen besagter Wirtschaftsmeldung unkommentiert zitierte Yavuz Özoguz reagiert auf Anfrage der *PAZ* äußerst hilfsbereit. Der Inhaber der Firma m-haditec, die das neue Halal-Zertifikat vergibt, teilt zwar die Sicht, dass selbst die meisten türkischen Jugendlichen der Gegenwart nicht auf Halal achteten, was auch daran abzulesen ist, dass sie zu den treuesten McDonalds-Kunden zählten, doch die Zukunft sähe anders aus: Özoguz geht davon aus, dass es zu einer Hinwendung zum „neuen Islam“ kommen wird.

Fremden Frauen bloß nicht die Hand geben

Die Sympathien des 1959 in Istanbul geborenen Verfahrenstechnikers gehören jedoch nicht der Türkei, sondern dem Iran. Da es keinen internationalen Halal-Standard gibt, hält er sich an die Richtlinien des religiösen Oberhaupts des Irans, Ali Chamenei. Dabei verweist Özoguz auf eine neue Anwendung islamischer Vorgaben, schließlich müsse Chamenei die Versorgung eines Millionenvolkes garantieren, da müsse man Halal moderner Technik anpassen. Natürlich gehöre Schächten trotz massiver Kritik von Tierschützern weiter dazu, doch die Industrie könne leichter die aktualisierten Halal-Bedingungen erfüllen.

Um seine Vorstellung vom „neuen Islam“ zu verdeutlichen, hat Özoguz der *PAZ* sein zusammen mit seinem Bruder Gürham verfasstes Buch „Wir sind (keine) ‚fundamentalistischen Islamisten‘ in Deutschland“ zugeschickt. In freundlichem Tonfall beschreiben die beiden Brüder ihre Lebensgeschichte und versuchen, dem Leser ihre Religion näherzubringen. Gürham besuchte als Schüler auch einen Bibelkreis, doch viele seiner Fragen blieben unbeantwortet, auch fehlten ihm unverfälschbare Botschaften. Für die beiden Brüder ist der Islam origineller. So sei es ganz logisch, dass sich Mädchen nach Erreichen des neunten Lebensjahres zu verschleiern hätten. Veranstaltungen mit Alkoholausschank werden gemieden. Auch geben die beiden Brüder keiner Frau außerhalb ihrer eigenen Familie die Hand. Verwundert berichtet Yavuz, dass der ägyptische Zahnarzt seiner Frau diese Sitte als nicht muslimisch abgetan hätte. Warum jedoch wer so denkt, erläutern die Brüder nicht. Das ist halt so, klingt bei fast jedem ihrer Sätze mit. Sehr freundlich, aber bestimmt weisen die beiden deutschen Staatsbürger deutsche Hundebesitzer darauf hin, ihre Tier nicht frei auf Muslime zurennen zu lassen: Eine feuchte Hundeschnauze an den Textilien und schon müsse der Muslim sich vor seinem nächsten der fünf Gebete am Tag umziehen, da Hunde für ihn unrein seien.

Vorsicht mit unreinen Hundeschnauzen

Auf ihrer Internetseite www.muslim-markt.de informieren die Brüder über ihren Glauben und bieten Produkte und Dienstleistungen an. So zum Beispiel ein Formular, das Moslems hilft, ihre Töchter vom Schwimmunterricht abzumelden. Unter „Palästina-Spezial“ gehen sie auch auf den Nahostkonflikt ein. Dass sie deswegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Antizionisten geführt wurden, macht die Özoguz stolz. Zeitungsberichte und eine Verurteilung wegen Volksverhetzung, die nach eingelegter Berufung eingestellt wurde, deuten die Brüder als eine Art Fehlentwicklung in der deutschen Gesellschaft. Ihrer Schwester Aydan, die für die SPD bei der Bundestagswahl kandidiert, und ihrem Ehemann Michael Neumann, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Hamburgischen Bürgerschaft, seien die beiden Brüder unangenehm, doch das hält diese nicht ab, weiter die Werbetrommel für ihren „neuen Islam“ zu rühren und die Produkte namhafter deutscher Lebensmittelhersteller auf ihre Halal-Fähigkeit zu prüfen. *R. Bellano*

MELDUNGEN

Hindernis für den Frieden

Tel Aviv – Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat einen Siedlungsbaustopp angekündigt, allerdings gleichzeitig zunächst noch einmal 455 Baugenehmigungen für Wohnungen im Westjordanland und Ostjerusalem erteilt. Der palästinensische Nahost-Unterhändler Sajeb Erakat reagierte sarkastisch: „Ich denke, das einzige, was mit dieser Ankündigung ausgesetzt wird, ist der Friedensprozess.“ Auch die EU, die seit langem einen Baustopp fordert, wurde deutlich: Die Siedlungen seien illegal und ein Hindernis für den Frieden, erklärte der britische Außenminister David Miliband zu Netanjahu Plänen. Im Jahre 2006 lebten im Westjordanland rund 250 000 jüdische Siedler, weitere etwa 230 000 in Ostjerusalem. Seitdem kamen über 50 000 hinzu. *Bel*

Rassismus gegen Weiße

Toronto – Nachdem die kanadische Einwanderungsbehörde das Asylgesuch eines weißen Südafrikaners wegen Rassismus in seiner Heimat akzeptiert hat, herrscht in Südafrika Aufregung. „Unser Name wurde international böswillig in den Schmutz gezerrt“, protestierte eine Ministeriumssprecherin in Pretoria. Die Tatsache, dass seit 1994 rund eine Million Südafrikaner das Land verlassen haben, weil sie aufgrund ihrer Hautfarbe und steigender Kriminalität für sich keine Zukunft im Land mehr sehen, scheint die These der Kanadier vom Rassismus gegen Weiße zu bestätigen. Offener Rassismus ist allerdings eher selten, vielmehr leiden die Weißen im Land auch unter dem Wegfall alter Privilegien. Auch ist die Kriminalität nicht explizit gegen sie gerichtet: Die meisten der Opfer der überwiegend schwarzen Täter sind selbst Schwarze. *Bel*

Lebenslänglich für Diebstahl

Kaum ein Land hat so viele Strafhäftlinge wie die USA – Nun ist dieses System nicht mehr finanzierbar

„Das Gefängnis-System in Kalifornien steht kurz vor dem Kollaps“, erklärte kürzlich Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Gefängnisrevolten und Finanzdruck zwingen in den USA zum Handeln. Die Debatte hat gravierende Fehlentwicklungen sichtbar gemacht. Viel zu viele Kleinkriminelle und sogar Unschuldige sitzen in Haft.

Der Gouverneur hatte sichtlich erschüttert das Ausmaß des Schadens betrachtet, den eine Gefängnis-Revolte am 8. August in der „California Institution for Men“ in Chino hinterlassen hatte. Dort hatten 1300 Häftlinge tagelang mit Messern, ausgerissenen Stuhlbeinen, Bettpfosten und sonstigen schlagkräftigen Instrumenten Polizei und Sonderkommandos in Atem gehalten.

Im ganzen Land rebellieren Gefangene gegen ihre Haftbedingungen. Aber nirgends ist es so explosiv wie in Kalifornien. Schwarzenegger, der noch in den 70er Jahren als Bodybuilder Trainings-Programme in Gefängnissen veranstaltet hatte und bei seiner Wahl vor sechs Jahren versprach, den seit Jahrzehnten in ein Chaos schliddernden Strafvollzug zu reformieren, hat bisher nichts erreicht. Jetzt wurde er durch ein Richter-Konsortium, das die Klage von drei Häftlingen (für alle) vertritt, gerichtlich aufgefordert, bis zum 28. September einen Plan vorzulegen, nach dem die Gesamtzahl von 170 000 Gefangenen in den staatlichen kalifornischen Gefängnissen bis Mitte 2011 um 40 000 zu reduzieren sei. Die Klage bezieht sich auf schwere Mängel in der medizinischen und psychologischen Versorgung, durch die es jeden Monat vermeidbare Todesfälle gibt, und auf das Kernproblem der Überbelegung aller Haftanstalten. Rivalisierende Banden von Schwarzen und Latinos kontrollieren alles unter den Augen der meist machtlosen Wärter, die den täglich ausbrechenden Kämpfen oft nur noch resigniert zusehen können.

Der Plan, der die unerträgliche Situation mit drastischen Maßnahmen jetzt retten soll und um dessen endgültige Fassung die Gesetzesgeber in Senat und Repräsentantenhaus von Sacramento dieser Tage ringen, wird schon großspurig „historisch“ genannt. Doch seine Hauptattraktion besteht für die meisten, vor allem die Republikaner, nicht in dem humanen Aspekt, sondern in der verlockenden Aussicht, 1,2 Milliarden Dollar einzusparen, die vom Strafvollzugs-Budget gestrichen wurden. Das 32-Milliarden-Dollar-Defizit des „Sonnenstaates“ zwingt dazu.

Jeder Gefangene kostet 49 000 Dollar im Jahr. Deshalb müsste man zuerst weniger Gefängnisstrafen verhängen. Kein anderes Land in der Welt spricht nach offiziellen Angaben so viele und so lange Haftstrafen aus wie die USA. Kein Wunder, dass die Gefängnisse nicht ausreichen. Für persönlichen Drogen- oder Waffenbesitz (nicht -handel), für Sex auf einer Party mit unter 18-Jährigen, für einfache Diebstähle, Widerstand gegen die Polizei und andere eher geringfügige Vergehen wandern meist junge Leute (zwei Drittel Schwarze) oft für Jahre ins Gefängnis. Dem Musiker Chris Brown drohten dafür, dass er in einem Wutanfall seine Freundin, die Sängerin Rihanna, verprügelt hatte, fünf Jahre Haft, die zu seinem „Glück“ durch 465 Tage Gemeindearbeit wie Müllbeseitigung, Geldstrafen und vier Jahre Bewährung ersetzt wurden.

Ein Grund für die Verurteilungswelle – in den USA kommen auf 100 000 Einwohner 760 Häftlinge, in Deutschland sind es nur 90 – ist das vor einigen Jahren von Bürgern eingebrachte „Three-Strike“-Gesetz. Danach wird jeder, der das dritte Mal mit einem Vergehen (nicht etwa nur mit einem Verbrechen!) erwischt wird, zu 25 Jahren bis lebenslänglich verurteilt. Die US-Bürger befürworten überwiegend die härtestmöglichen Gesetze, ohne selber eine Ahnung zu haben, wie es hinter Gittern zugeht. Kein Politiker kann es wagen, nachgiebig gegenüber Kriminellen zu sein. Die Befürwortung der Todesstrafe ist zwar gesunken, vor allem, weil DNA-Tests in letzter Zeit erschreckend oft die Unschuld von Kandidaten nach endlosen Jahren in der Todeszelle bewiesen haben, aber sie liegt immer noch bei 66 Prozent. Und so sind die Gefängnisse angefüllt mit Menschen, die einmal zu viel eine Flasche Wein gestohlen haben oder dem Kauf von Kokain nicht widerstehen konnten und die dafür nun nahezu lebenslänglich in diesen Brutstätten der Gewalt hocken müssen. Nicht zuletzt deshalb liegt die offizielle Rückfälligkeitsrate in Kalifornien bei 70 Prozent.

Ob und wie man 40 000 Gefangene frühzeitig entlässt, darüber wird in der Öffentlichkeit wie wild debattiert. Ein Plan der Demokraten brachte äußerst sinnvolle Lösungen. Darunter eine Überarbeitung des „Three-Strike“-Gesetzes wie der bisherigen Richtlinien für oft ungerechtfertigt harte Urteile. Eine vorzeitige Entlassung oder Hausarrest (mit elektronischer Kontrolle am Bein) im letzten Jahr ihrer Strafe, von Gefangenen mit guter Führung, von harmlosen Alten, Kranken und Leuten mit geringfügigen Vergehen sowie vor allem jungen Menschen, die mit Rehabilitations-Programmen eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft und eine sinnvolle Zukunft erreichen können, wird erwogen.

Diese Reformansätze scheinen überfällig, zudem human, logisch und praktikabel, ohne die Bürger einer Gefährdung auszusetzen, doch nicht für die Republikaner. Die lehnen den Plan rundweg ab. Sie sind der Meinung, wie einer der Senatoren bemerkte, dass man an den medizinischen Kosten und Rehabilitations-Programmen wie der Reduzierung des Gefängnis-Personals genauso viel sparen könnte. Ihr Einspruch unter Führung von Schwarzenegger, der sich nun um 180 Grad gedreht hat, gegen die Entlassungs-Forderung wird am Obersten US-Gerichtshof in Washington geprüft. Sie alle haben Angst, als nachgiebig gegenüber Kriminellen zu gelten. Der Wilde Westen lebt offenbar fort. *Liselotte Millauer*



Katastrophale Bedingungen: Arnold Schwarzenegger (r.) kritisiert die Hygiene im Gefängnis in Chino. Bild: Getty

Fragwürdige Hilfe

Schweden kritisiert Fördergeldvergabe

Die schwedische Ministerin für Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Gunilla Carlsson, hat auf der beliebten schwedischen Internet-Plattform Newsmill massive Kritik an bisherigen Praktiken der Entwicklungshilfe geübt. Anlass war das Auffliegen von Missbrauchsfällen im Gesundheitsministerium von Sambia, wo innerhalb der letzten anderthalb Jahre fünf Millionen Euro an Entwicklungsgeldern unterschlagen wurden, ein großer Teil davon schwedischer Herkunft.

Die Ministerin zeigt sich enttäuscht, doch nicht überrascht – und sie bezweifelt, dass die von ihr geforderte „Nulltoleranz“ gegenüber Korruption auch nur annähernd erreichbar ist. Tatsächlich liegen im „Korruptions-Wahrnehmungsindex“ von Transparency International die Empfängerländer von Entwicklungshilfe fast ausnahmslos unter 3 (Bestnote 10, Sambia 2.8). Schweden ist mit rund ein Prozent seines Volkseinkommens international Spitzenreiter bei Entwicklungshilfe.

Bemerkenswert an der kritischen Stellungnahme, die international fast völlig ignoriert wurde, ist, dass hier erstmals ein aktives Regierungsmitglied Klartext spricht, wenngleich nur teilweise. Vieles andere blieb unerwähnt, etwa der Umstand, dass die Arbeit aufopferungsvoller Idealisten nur ein kleiner Teil dessen ist, was den Bürgern als „Hilfe für Entwicklungsländer“ verkauft wird.

> Stockholm reduziert geförderte Projekte

Schon von Anfang an diente vieles nur der politischen und militärischen Einflussnahme. Oder es war und ist wirtschaftlich höchst eigennützig, erwiesen sich doch „Geschenke“ nicht selten als verschleierte Subventionierung der eigenen Exporte – obendrein mit fatalen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Kleinindustrie der Empfängerländer – oder nur als eine Art Schutzgeldzahlung zur Sicherung von Rohstoff- und Energiequellen. China ist in Afrika heute deswegen so erfolgreich, weil es dort sogar auf das bei braven Europäern übliche Ritual, die „Menschenrechte anzusprechen“, völlig verzichtet. All das half und hilft indirekt, anrüchige Regimes an der Macht zu halten.

Schweden hat mittlerweile die Zahl der geförderten Projekte um die Hälfte reduziert, um wenigstens diese besser kontrollieren zu können. *RGK*

Das Arsenal des Schreckens wächst

Birma, Syrien, Saudi-Arabien: Immer mehr Staaten drängen zur Atommacht

Die Gefahr eines plötzlichen und unkontrollierten nuklearen Schlagabtausches steigt derzeit wieder. Nordkoreas Kim Jong Il versucht, sich atomare Waffen zu beschaffen, und die Militärdiktatur von Birma (Myanmar) will über den Nachbarn in Pjöngjang ebenfalls die nukleare Bombe in die Hand bekommen. Auch die Unsicherheit über das pakistanische Bombenarsenal, das eventuell in Talibanhand geraten könnte, und die Möglichkeit eines Krieges zwischen Israel und dem Iran wecken neue Sorgen. Immerhin bedrohen die Welt nach militärischen Analysen trotz aller Abrüstungsdebatten noch immer rund 25 000 Atomwaffen, davon 2000 in ständiger Alarmbereitschaft.

Das Zentrum für Verteidigungsinformationen in Washington D.C. hat vor kurzem eine entsprechende Statistik veröffentlicht. Demnach führt Russland mit 7200 Bomben die Liste an, gefolgt von den USA mit 5736, Frankreich mit 350, China mit 250 bis 320, Israel mit 100 bis 200, Großbritannien mit 180 bis 200, Pakistan mit 40 bis 70, Indien mit 50 und Nordkorea mit fünf bis zwölf Sprengköpfen. Zudem wird vermutet, dass Nordkorea Wissen an den Iran und Syrien, Birma und unbekannte Interessenten verkauft und sie so zu Nuklearmächten machen könnte. Überläufer aus Birma ließen vor kurzem die Katze aus dem Sack: Die Militärregierung in der Hauptstadt Naypyidaw (größte und bekannteste City Rangoon) arbeite in der Tat an einem Atomprogramm. Nach Recherchen der „Bangkok Post“ soll Russland einen Birmanen ausgebildet haben, der eine Militäreinheit des von der Weltöffentlichkeit isolierten Staates mit einer Stärke von 1000 Mann rekrutieren und in der Bedienung von Atomwaffen trainieren soll. Nordkorea leiste Steigbügeldienste. Demnach könne Birma binnen fünf Jahren die Bombe fertigstellen. Zwei Reaktoren seien im Einsatz, ein ziviler in Magwe und ein militärischer in Naung Laing. Vor zwei Jahren trat eine Kooperation mit Russland in Kraft, wonach ein kleiner Atomreaktor zu „Forschungszwecken“ gebaut wird. Internationale Beobachter bezweifeln allerdings den rein zivilen Einsatz. Vor allem die USA befürchten durch die Pläne der Junta eine Destabilisierung der gesamten Region.

> Überläufer enthüllen Birmas Atomprogramm

Auch die Saudis, so vermuten Geheimdienste, sind am Kauf atomaren Abschreckungspotenzials gegen Öllieferungen interessiert. Südafrika bastelt ebenfalls (wieder) am Bau solcher Waffen – Pretoria war schon einmal mit israelischer Hilfe faktisch Atommacht. Immerhin stehen auch im Gebiet der Nato in sechs europäischen Ländern 240 taktische Atomwaffen bereit, 100 davon gehören direkt dem Verteidigungsbündnis.

Die Gefahr des Einsatzes sogenannter Bunker-Buster, taktischer Atomwaffen, scheint zuzunehmen, seit die Entwicklung dieses Kriegsgeräts von den USA forciert worden ist. Immerhin besteht seit 1997 eine Vereinbarung der südostasiatischen Staaten Birma, Laos, Kambodscha, Singapore, Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand und Vietnam, auf Atomwaffen zu verzichten. Doch diese Erklärungen sind, wie das Beispiel Nordkorea zeigt, mit Skepsis zu betrachten. Selbst die junge Bundesrepublik hat mit Nuklearwaffen geliebäugelt, wie Äußerungen Adenauers belegen, der taktische Atomwaffen als „Weiterentwicklung der Artillerie“ bezeichnete und wie 2008 bekannt wurde: 700 geheime Atombomben standen jahrelang als „Leihgabe“ der USA für einen Erstschlag (!) nach einem befürchteten Angriff auf die Bundesrepublik zur Verfügung. Nur ein Dutzend Menschen waren eingeweiht, und das Militär war unter Umgehung der Politik zur Zündung berechtigt. Erst Willy Brandts damaliger Verteidigungsminister Helmut Schmidt stoppte diesen (Zitat) „todbringenden Unsinn“.

Die Furcht der Menschen vor dem nuklearen „Holocaust“ jedenfalls sitzt tief, seit bekannt wurde, dass Bin Laden versucht hat, sich in den Besitz atomaren Materials zu bringen. Der aufgeflogene Handel des pakistanischen Atomwissenschaftlers Abdul Quadeer Khan mit Terrorgruppen tut ein übriges, zumal Terroristen und unberechenbare Diktatoren die Ankündigung einer nuklearen Antwort weniger abschrecken dürfte als die Supermächte während des Kalten Krieges. Der Bundesnachrichtendienst weist denn auch nachdrücklich darauf hin, dass die Methoden und Wege der Beschaffung von Material und Know-how immer ausgeklügelter werden. Tarnfirmen, Handel über mehrere Länder und Kontinente hinweg sind üblich. Die Szene der „Todeshändler“ hat seit dem Auffliegen des Baus der libyschen Giftgasfabrik Rabda durch eine deutsche Firma im Jahre 1989 dazugelernt. Leider. *Joachim Feyerabend*

Manipulation Tür und Tor geöffnet

Neuroökonomen können sichtbar machen, wie welche Hirnregionen bei Kaufentscheidungen reagieren

Welche Hirnregion steuert die Gier, welche die Wohltätigkeit? Mit solchen Fragen befasst sich die noch junge Wissenschaft der Neuroökonomie. Sie spürt mit medizinischer Elektronik den Gedankenströmen des Menschen nach und will herausfinden, welche Gefühle oder Gene die Menschen zu bestimmten Entscheidungen bewegen.

Schon lange setzt die Werbung schöne Frauen oder Bilder einer heilen Welt ein, um Produkte zu verkaufen. Warum die Rama-Margarine für ein glückliches und heiles Familienleben stehen soll, weiß keiner so recht. Aber die Sehnsucht des Menschen nach Glück und Frieden im Privatleben stimuliert die Kaufentscheidungen im Supermarkt. Und ohne die Bilder von Models wäre der Verkauf von sündhaft teuren Parfüms undenkbar. Genau diesen Zusammenhängen versuchen die Neurobiologen und Neuroökonomen genauer auf die Spur zu kommen.

Mit Hilfe von Experimenten, die erst durch die medizinische Computer-Technik der beiden letzten Jahrzehnte möglich geworden sind, erforschen die Wissenschaftler, was genau im Kopf vorgeht, wenn Menschen beispielsweise finanzielle Entscheidungen treffen. Eines der Ergebnisse: Junge Männer, denen erotische Bilder gezeigt wurden, neigen eher zu riskanten Finanzgeschäften. Bei Bildern mit bedrohlichen oder neutralen Motiven verschieben sie die Entscheidungen. Das deckt sich mit den Erfahrungen in der jüngsten Börsenkrise, wo die Bankanalysten Anfang dieses Jahres keine Kaufempfehlungen für Aktien abgaben, obwohl die Preise günstig waren. Jetzt, nach dem Verblassen der bedrohlichen Bilder einer Weltwirtschaftskrise und einem der steilsten Kursanstiege der letzten Jahrzehnte, werden die Herren Finanzmanager wieder mutiger mit ihren Anlageempfehlungen.

Die Leiterin dieser Studie, die Finanzwissenschaftlerin Camelia Kuhnen von der Northwestern University im US-Staat Illinois, erklärt den Zusammenhang zwischen der Stimulation durch schöne Frauen und finanzielle Risikobereitschaft: „Sie regen den gleichen Bereich im Gehirn an.“ Dabei spiele der „nucleus accumbens“ (nahe dem basalen Vorderhirn) eine entscheidende Rolle dabei, was ein Mensch als Freude und Genuss empfindet. Die Untersuchung Kuhnens, die sie gemeinsam mit dem Psychologen Brian Knutson von der Universität Stanford durchführte, erschien in der Fachzeitschrift „NeuroReport“.

Die Neuroökonomie ist eine relativ junge Wissenschaft und existiert erst seit etwa 1990. Vor allem Studenten können die Forscher für die Versuche unter dem Computer-Tomographen (CT) oder dem funktionalen Magnetresonanztomographen (fMRT) als Probanden gewinnen. Solche Apparate stehen in den USA an fast alle großen Universitäten, darunter Harvard, Princeton und Stanford. Am California Institute for Technology (Caltech) in Pasadena und in New York arbeiten die größten Einrichtungen an neuroökonomischen Forschungen. In Deutschland werden neurobiologische Versuche beispielsweise an der Uni Köln durchgeführt.

Schleichwerbung im neuen Gewand befürchtet

Dabei müssen die Versuchspersonen, wie ein Kölner Student dieser Zeitung schilderte, still liegen und dürfen ihren Kopf keinen Millimeter bewegen. So kann schon eine Dreiviertelstunde sehr anstrengend werden, auch wenn die Entlohnung relativ hoch ist. Während die Versuchsperson in der Röhre liegt, muss sie sich extrem konzentrieren, denn sie blickt auf einen Bildschirm, auf dem alle paar Sekunden eine neue Frage aufblinkt. Eine lautet: „Würden Sie 15 Euro spenden, damit der Erdkunde-Unterricht in einer Schulklasse mit 30 Euro an Lehrgeldern gefördert wird?“ Eine andere: „Würden Sie fünf Euro spenden, damit der Kunstunterricht in einer Klasse mit 25 Euro gefördert wird?“ Innerhalb von zweieinhalb Sekunden muss die Versuchsperson sich zwischen zwei Knöpfen, „ja“ oder „nein“, entscheiden. Der CT oder fMRT misst dann, was dabei im Gehirn vorgeht.

Die Forscher rund um Paul Glimscher vom neurobiologischen Institut der New York University sind wie elektrisiert von möglichen Ergebnissen. Gelänge es, den Gehirnvorgängen für eine vermeintlich irrationale Kaufentscheidung auf die Spur zu kommen, so hätte die Ökonomie eine neue Grundlage gefunden. Seit Adam Smith (1723–1790) die Wirtschaftswissenschaften begründete, basiert die Ökonomie auf Beobachtungen, Berechnungen und Hypothesen. Die Neuroökonomie könnte die Fakten-Basis verbessern und so die Entscheidungen von Unternehmenslenkern, Politikern und Kunden verbessern.

Auch für die Wohltätigkeit der Menschen sollen neurobiologische Forschungen von Nutzen sein. Wenn es den Wissenschaftlern mit solchen Versuchsreihen gelänge, sogar die Hirnregion für die Wohltätigkeit zu lokalisieren und zu vermessen, dann wüsste man, ob ein Mensch eine hohe Spendenbereitschaft hätte, hofft Glimcher.

Während die Anhänger des Neuromarketings bereits von ungebremsten Erfolgen träumen, werden die ersten kritischen Stimmen laut und warnen vor Rattenfängerei und verlangen ethische Richtlinien, um einer „Schleichwerbung“ in neuem Gewand Herr zu werden. So gehen unter Wirtschaftswissenschaftlern die Meinungen weit auseinander, wie zukunftsfähig diese neue Forschungsrichtung ist. Skeptisch sind vor allem die Anhänger der Spieltheorie, die ebenfalls versuchen, das wirtschaftliche Verhalten der Menschen zu erklären – allerdings nicht durch Gehirnstrommessungen, sondern durch Befragungen und Tests.

Der Kölner Spieltheoretiker Axel Ockenfels etwa meint, die Neuroökonomie sei derzeit noch auf einem derart „rudimentären Niveau“, dass es „extrem schwierig“ sei, aus ihren Ergebnissen konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die Neuroökonomen geben zurück, dass neue Forschungsrichtungen nie auf Anhieb bahnbrechende Ergebnisse hervor gebracht hätten. „Insofern verstehe ich die Kritik nicht“, sagt der Forscher Bernd Weber. „Es ist doch schließlich die Aufgabe der Wissenschaft, neue Forschungsfelder zu entwickeln. Auch wenn sie nicht sofort große Ergebnisse bringt.“

Hinrich E. Bues

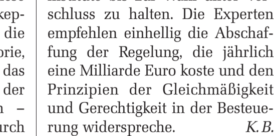


Was passiert im Kopf: Moderne Technik zeigt Hirnaktvität auch bei Kaufentscheidungen. Bild: pa

MELDUNGEN

Fällt unsinnige Subvention?

Berlin – Die Steuerbefreiuung von Nacht-, Schicht- und Feiertagszuschlägen gilt unter Ökonomen als eine der unsinnigsten Subventionen überhaupt. Zum Nachteil des Steuerzahlers, aber letztlich auch der Arbeitnehmer werden dadurch Produktionen in ungünstige Zeiten verlagert. Doch die Abschaffung erweist sich als politisch schwierig, die Gewerkschaften wittern den Verlust eines Besitzstandes. Nachdem die Union mit entsprechenden Vorschlägen im Wahlkampf 2005 Schiffbruch erlitten hat, wird nun offenbar ein neuer Anlauf vorbereitet. Während Gerhard Schröder 2005 noch mit der nachtarbeitenden Krankenschwester Stimmung machte, meidet nun die SPD das heikle Thema. Wie es heißt, versucht Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sogar eine Studie dreier renommierter Forschungsinstitute bis zur Wahl unter Verschluss zu halten. Die Experten empfehlen einhellig die Abschaffung der Regelung, die jährlich eine Milliarde Euro koste und den Prinzipien der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit in der Besteuerung widerspreche. *K.B.*



Söder fordert Gegenleistungen

München – Fünf der 17 deutschen Atomkraftwerke (AKW) befinden sich in Bayern. Grund genug für dessen Umweltminister Markus Söder (CSU) sich mit Laufzeitverlängerungen zu befassen, die auch von CDU und FDP befürwortet werden. Doch während diese Laufzeitverlängerungen ohne strikte Bedingungen gutheißen, verlangt Söder für Verlängerungen von acht bis zehn Jahren erhebliche Gegenleistungen der Stromerzeuger. Diese sollen mehr als die Hälfte der daraus gewonnenen Mehreinnahmen in erneuerbare Energien investieren, sich an der Sanierung des Atommülllagers Asse II beteiligen und ihre AKW umfassend nachrüsten. *Bel*

Vorsichtiger Optimismus

Lage in Mittel- und Osteuropa weniger schlimm als befürchtet

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die laut Expertenmeinung durch Wertverluste, Pleiten und Produktionseinschränkungen bis Jahresende weltweit rund 1000 Milliarden Dollar „kosten“ wird, macht sich in schwächeren Ländern besonders deutlich bemerkbar.

Zu erwarten war dies daher auch in den Reformländern Mittel- und Osteuropas, in den „MOE-Staaten“. Doch es scheint weniger schlimm zu kommen, als befürchtet. Der von Thomson Reuters & OeKB, einer gemeinsamen Tochter der Österreichischen Kontrollbank und der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, regelmäßig ermittelte „Geschäftsklima-Index Mittelosteuropa“ zeigt erstmals seit Anfang 2008 wieder steigende Tendenz, wenngleich auf niedrigerem Niveau. Der Index basiert auf Umfragen in 400 von Wien aus operierenden MOE-Zentralen internationaler Konzerne.

Hauptgrund für den vorsichtigen Optimismus ist, dass die Milliarden-Unterstützungen durch die EU und den Internationalen Währungsfonds Staatsbankrotte und größere Währungsabwertungen verhindert haben und dass deshalb die Flucht von Investitions-Kapital nicht so dramatisch ausfiel wie vorausgesagt. Allerdings steht die wundersame Geldvermehrung durch Staatshaftungen und Sonderziehungsrechte „auf papierenen Füßen“ und muss von der realen Wirtschaft abgearbeitet werden – aufgeschoben bedeutet also hier nicht unbedingt aufgehoben.

Am besten ist das Geschäftsklima derzeit in Polen und der Tschechei, am schlechtesten in Ungarn und in der Ukraine, wo die Befragten die Geschäftslage ihrer Betriebe als katastrophal bezeichnen: Für 46 Prozent der Niederlassungen in Ungarn und 60 Prozent in der Ukraine werden Verluste angegeben und in etwa der Hälfte dieser Betriebe wird mit weiteren Rückgängen gerechnet. Für Russland, das von der Krise voll getroffen wurde, werden hingegen wieder rosigere Erwartungen gemeldet.

Ungarn und Ukraine stecken tief drin, Russland erholt sich

Der Optimismus in Konzernzentralen und die wieder steigenden Aktien widerspiegeln aber keineswegs die Situation in Klein- und Mittelbetrieben und am Arbeitsmarkt. Lokale Unterschiede ergeben sich aus Standortfaktoren und auch aus Sünden der Vergangenheit. So etwa ist die Tschechei ein traditionelles Industrieland, während sich in der Region um die slowakische Hauptstadt Preßburg, die erst nach der Wende zu einem „Detroit Mitteleuropas“ aufschoss, jetzt die Kfz-Absatzkrise auswirkt. Und in Ungarn hat man zu lange auf Pump konsumiert.

Dementsprechend sind die Arbeitslosenraten, die mit Ausnahme von Slowenien, der Tschechei und Rumänien bis Jahresende auf über zehn Prozent geschätzt werden, meist mit weiter steigender Tendenz, auch wegen der Heimkehr von Gastarbeitern. „Spitze“ sind Bosnien mit 44 und Serbien mit 21 Prozent. Noch drastischer ist die Jugendarbeitslosigkeit, die im Baltikum, in Ungarn und in der Slowakei bei weit über 20 Prozent liegt. Frustration lässt aber auch schwelende Konflikte anderer Art wieder aufflammen – siehe die Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn.

Das Konjunkturpaket wirkt

Länder weisen Vorwürfe des Rechnungshofes zurück

Kürzlich stellte der Bundesrechnungshof die Wirksamkeit des Konjunkturpaketes II in Frage. Bis Mitte August seien nur 95 Millionen Euro von den für dieses Jahr vorgesehenen fünf Milliarden Euro von den Bundesländern angefordert worden. Mit der Renovierung von Schulen und dem Bau von Straßen sollten die Kommunen als Auftraggeber die durch die Krise geschwächte Wirtschaft ankurbeln.

Die *PAZ* fragte daraufhin bei allen 16 Landesregierungen nach Gründen für die zögerliche Umsetzung und die prompte Antwort von neun der Befragten verdeutlichte, dass zumindest die Presseabteilungen sich mit dem Thema Konjunkturpaket II beschäftigen.

Das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein wies darauf hin, dass die Daten des Bundesrechnungshofs veraltet seien. Außerdem veranschaulichte der Pressesprecher die Umsetzung. „Wenn die Landsmannschaft Ostpreußen ein neues Museum bauen will, beauftragen Sie einen Architekten mit der Planung. Anschließend holen Sie Angebote ein und vergeben Aufträge. Die Handwerker errichten das Gebäude. Erst wenn Sie den Bau abgenommen haben, bezahlen Sie die Rechnung. Niemand wird Ihnen vorwerfen, sie würden etwas verzögern, wenn Sie so vorgehen“, echauffiert man sich in Kiel über die Vorwürfe des Bundesrechnungshofs. Da die Bundesländer die Mittel erst abrufen dürften, wenn Rechnungen vorliegen, sage der Mittelabruf beim Bund überhaupt nichts über laufende oder begonnene Vorhaben aus.

Mittelabbruf erst wenn Rechnung vorliegt

„Das Konjunkturpaket II läuft. Überall im Land gibt es Baustellen und es werden noch mehr. Viele Schüler werden feststellen, dass sich in den Ferien etwas an ihrer Schule getan hat“, sagte der Kieler Finanzminister Rainer Wiegard (CDU). „Wir haben in Schleswig-Holstein im Bildungsbereich ein sehr schlankes Verfahren: Wer auf den Förderlisten steht, kann loslegen – auch ohne Bewilligungsbescheid. Die Kommunen können erst bauen und sich anschließend um die Formalitäten kümmern.“

Ähnliches vermelden auch die anderen acht Bundesländer in ihren Antworten an die *PAZ*. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) verweist beispielsweise auf die 1150 neuen Dienstfahrzeuge der Polizei, die für 30 Millionen Euro in diesem Jahr beschafft wurden. Das Paket sei ein großer Erfolg und helfe, die momentane Strukturkrise zu meistern, so Herrmann. „Ich kann deshalb nicht verstehen, dass in Berlin einige polemisch von einer schleppenden Umsetzung reden.“

Nordrhein-Westfalen (NRW) beeindruckt mit einer langen Liste bereits geplanter Projekte, auf der die Sanierung von Kinderspielplätzen und Umkleideräumen von Turnhallen, „energetische Dach- und Fassadensanierungen“ bei Schulen und ähnliches detailiert mit Adresse, Vorhaben und Kosten angeführt wird.

Da der Bund nur 75 Prozent der Kosten übernimmt, müssen sich Länder und Kommunen die verbleibenden 25 Prozent der Kosten teilen. In NRW übernimmt das Land 12,5 Prozent und finanziert die verbleibenden 12,5 Prozent der klammen Kommunen vor, die ab 2012 in zehn Jahresraten ihre Schuld beim Land tilgen sollen. *Bel*

Vorurteile bestätigt

Von Rebecca Bellano

Der „neue Islam“ (siehe Seite 5), den die beiden Brüder Özoguz propagieren, ohne ihn jedoch klar zu definieren, ist dazu angetan, Vorurteile gegenüber dem Islam mit Leben zu füllen.

Wir leben in einer Welt, in der es zu den gesellschaftlichen Umgangsformen gehört, dass man sich die Hand gibt. Die beiden Brüder lehnen es jedoch ab, Frauen, die nicht zu ihrer Familie gehören, die Hand zu reichen. Dies begründen sie mit ihrer Religion, räumen jedoch ein, dass diese Sitte selbst in der islamischen Welt umstritten sei. Auch warum sich Frauen ab dem neunten Lebensjahr verschleiern sollen, erläutern sie nicht. Zwar könnten muslimische Mädchen dank Bade-Burka inzwischen auch schwimmen gehen, doch wem das zu freizügig sei, der habe das Recht sein Kind vom Schwimmunterricht abzumelden.

Bestimmt ist historisch herzuleiten, wie manche Regeln entstanden sind, doch die Welt hat sich geändert. Die Christen wissen das inzwischen, und der freie Wille des einzelnen aufgeklärten Menschen dominiert überwiegend ihr Handeln. Manche vom Vatikan beibehaltene, aber von Gläubigen auch nur bedingt gelebte Eigentümlichkeiten sind Ausnahmen. Erfreulicherweise auch deutsche Muslime mit einer Religionsauffassung wie die Özoguz.

Gläserner Kunde?

Von Hinrich E. Bues

Woher kommt in Deutschland eigentlich die reflexartige Kritik an neuen Forschungsrichtungen wie jetzt bei der Neuroökonomie? Sicher ist jede wissenschaftliche Forschung missbrauchbar und benötigt einen ethischen Rahmen. Beispiele dafür gibt es in der Atom- oder Genforschung genug. Wer aber zu zögerlich oder zu kritisch gegenüber neuen Entwicklungen ist, den bestraft irgendwann das Leben, wie Gorbatschow einst sagte.

Beispiele für solches Zögern gibt es in Deutschland genug. Die hierzulande erfundene Fax-Technik nutzten zuerst die Japaner industriell, die Chinesen sind jetzt dabei, unsere Transrapid-Technik zu verwerten. In der Neuroökonomie sind die Amerikaner führend. Nur zögerlich beginnen in Deutschland Wirtschaftswissenschaftler, sich mit diesen eventuell bahnbrechenden Ergebnissen zu beschäftigen. Die Warnungen vor Schleichwerbung, dem gläsernen Kunden oder dem gläsernen Mitarbeiter sind in Deutschland bereits lauter zu vernehmen als die vielleicht positiven Nutzungsmöglichkeiten.

In der Bibel lautet ein Satz des Apostels Paulus: „Prüfet alles, das Gute aber behaltet!“ Gegen kritisches Prüfen wäre also nichts einzuwenden, wenn gute Ergebnisse dieser Forschung zum Wohl der Menschen genutzt würden. Deutschland wird seinen Lebensstandard als hochindustrialisiertes Land nur dann behalten können, wenn die Bedenkenträger nicht das letzte Wort behalten.

Von Ewigkeit zu Ewigkeit

Von Konrad Badenheuer

Der Berliner Theologe Rolf Schieder gab bereits im Jahre 2001, als das Holocaust-Denkmal in Berlin im Bau war, zu bedenken: „Welche Form das Mahnmal auch immer annehmen wird, es wird ein Ort mit einer sakralen Aura werden. Wer etwas über die deutsche Zivilreligion wissen will, wird sie hier studieren können.“ Schieder sollte recht behalten, wobei die Tendenz zur Sakralisierung zunehmend nicht nur das Gedenken an die Shoah, sondern den Umgang mit dem Nationalsozialismus insgesamt prägt: Die Rationalität tritt zurück, und der Gedenkdiskurs einer säkularisierten politischen Klasse erstarrt – auch zum Ärger religiöser Juden – in quasi-liturgischen Formeln.

Ein eindrucksvolles Beispiel bildet die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. September in Danzig. Zitat: „Ich gedenke der 60 Millionen Menschen, die durch den von Deutschland entfesselten Krieg ihr Leben verloren haben.“

Einmal abgesehen davon, dass man im Deutschen nicht „sein Leben verliert“, sondern „ums Leben kommt“: Waren es wirklich 60 Millionen? Wieviele der tatsächlich eher 45 Millionen Getöteten entfallen auf den asiatischen Kriegsschauplatz? Können ganze Staaten oder gar Länder Kriege entfesseln, tun das nicht eher Regierungen, genauer: Mitglieder von Regierungen und andere Einzelpersonen (wobei deren Zahl groß sein kann)?

Pseudoreligiöse Formeln – wozu?

Das mögen noch Ungenauigkeiten sein, aber dann kam Merkels Gedenken an das Leid der deutschen Vertriebenen in der einst zu 97 Prozent deutschen Stadt: „Wenn wir in meinem Land bis heute auch an das Schicksal der Deutschen erinnern, die infolge des Krieges ihre Heimat verloren, dann tun wir das … in dem Bewusstsein der Verantwortung Deutschlands, die am Anfang von allem stand. Dann tun wir das, ohne irgendetwas an der immerwährenden geschichtlichen Verantwortung Deutschlands umschreiben zu wollen. Das wird niemals geschehen.“

Hatte denn Hitlers Machtergreifung keine Vorgeschichte, oder was bedeutet der Satz von der „Verantwortung Deutschlands, die am Anfang von allem stand“? Und was genau bedeutet „immerwährende Verantwortung“? Deutsche Verantwortung – von Ewigkeit zu Ewigkeit? Das mag gut gemeint sein, aber es hat keinerlei Grundlage im Völkerrecht, ja es schreibt den Deutschen eine quasi-religiös begründete Sonderstellung in der Völkergemeinschaft zu, wie sie – natürlich mit umgekehrten Vorzeichen – gerade der Nationalsozialismus immer behauptet hat.

Ganz klar war aber eine Botschaft: Es soll keine wie auch immer geartete Wiedergutmachung für die Ost- und Sudetendeutschen geben! Bitter, aber wahr: Eine der großen „Lehren“, die die deutsche politische Klasse aus dem Nationalsozialismus ziehen zu können glaubt, besteht ausgerechnet darin, dass für eine letztlich durch ihre Volkszugehörigkeit definierte Gruppe von 14 Millionen Menschen das Völkerrecht nicht gelten soll.



Starke Geste, schwache Rede: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Polens Präsident Lech Kaczynski (l.) tragen auf der Westerplatte bei Danzig Grablichter zum Gedenken an die Kriegsopfer. Rund 20 europäische Staats- und Regierungschefs gedachten am 1. September der rund 45 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges.

Bild: ddp

Gastbeitrag:



Familie in akuter Gefahr

Von JÜRGEN HENKEL

Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schleichende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich „getraut“. Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.

Zwei bayerische Universitätsinstitute wollen nun nachgewiesen haben, dass ein Aufwachsen von Kindern bei einem homosexuellen Paar als „Eltern“ dem Kindeswohl nicht abträglich sei. Hier siegt endgültig die Ideologie über das Kindeswohl. Wie soll denn ein Kind, das bei einem gleichgeschlechtlichen Paar aufwächst, das natürliche und von der Schöpfungsordnung Gottes so vorgesehene Zusammenleben von Mann und Frau kennenlernen und erleben und existenzielle Erfahrungen sammeln im Aufbau von Beziehungen mit Menschen und Bezugspersonen unterschiedlichen Geschlechts?

Der Marsch der Linken durch die Institutionen ist nahezu abgeschlossen

Nachdem ohne großes Aufheben die CSU-FDP-Koalition in Bayern im Frühjahr schon auf Druck der FDP die Homoehe auch in Bayern eingeführt hat, wo sie bisher nur als beim Notar eingetragene Partnerschaft möglich war, folgte nun der zweite schwere Schlag für Wertkonservative in der Union, als die bayerische Staatsregierung unter Verweis auf diese Studien ihren Widerstand gegen das Adoptionsrecht für Homopaare zurückzog. Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt.

Die Liberalen triumphieren und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, dass sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst.

Der politische Koordinatenwechsel in der Union, der sich auch an Personen wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen festmachen lässt, ist deutlich spürbar. Das Wertkonservative droht, sich in folkloristischen Auftritten der Parteiprominenz und pathetischen Worthülsen von Heimat und Verantwortung zu erschöpfen und ist nicht mehr mit konkreten Inhalten verbunden. So bewegt sich die Union in einem fortgesetzten Populismus im Windschatten der linken SPD-Familienpolitik und nährt sich noch inhaltlich von deren Abgasen.

Wer in der CDU lässt sich denn dem wertkonservativen Flügel auf Bundes- oder Landesebene überhaupt noch zuordnen? Annette Schavan, Ole von Beust, Ronald Pofalla oder auch die Kanzlerin sicher nicht. Von der privaten „Familienpolitik“ wichtiger Ministerpräsidenten ganz zu schweigen, wiewohl die Anzahl der aktuellen und abgelösten Ehefrauen insgesamt noch nicht das Ausmaß von Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Josef Fischer erreicht.

Die CDU will den Anschluss an den vermeintlichen „Mainstream“ in der Gesellschaft nicht verlieren. Und die CSU ist ihrem Koalitionspartner FDP ausgeliefert, auch wenn sie vom einflussreichen Chef der Hanns-Seidel-Stiftung und ehemaligen Kultusminister Hans Zehetmair bis zu dem jungen wertkonservativen Europaabgeordneten Martin Kastler aus Franken noch das personelle Potential für andere Schwerpunkte hätte.

Auffällig ist, dass jüngst immer öfter der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer wertkonservative Positionen einnimmt. Offenbar gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Merkel und ihm: Die Kanzlerin präsentiert sich präsidial-liberal für breite Schichten, der kernige und charismatische Bayer hingegen kümmert sich um die arg vernachlässigten Stammwähler.

Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistischen Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.

Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.

Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler „Lindenstraße“ in den 80er Jahren. Nicht nur, dass dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz.

Der Name »Zypries« steht für tiefgreifende Veränderungen

Im politischen Bereich trägt dieser erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen in gesellschaftsverändernder Absicht einen Namen: Brigitte Zypries. Seit 2002 gestaltet diese SPD-Linke als Bundesjustizministerin die deutsche Gesellschaft „erfolgreich“ im Sinne linker Ideologien um. Auf ihr Konto gehen Gesetze und Initiativen zur rechtlichen Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Auf der Homepage ihres Ministeriums wirbt sie für die „Regenbogenfamilie“, wie das euphemistisch propagiert wird, unter dem Motto: „Familie ist, wo Kinder sind.“ Dabei bekommt sie Unterstützung von unerwarteter Seite, ein evangelischer Landesbischof äußerte sich nun ähnlich.

Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder. Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewusst selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.

Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall?

Die rot-grüne Bundesregierung hat wirtschafts- und bündnispolitisch viele Probleme hinterlassen. Doch die gravierendsten Schäden mit Spätfolgen haben Schröder & Co. in der Gesellschaftspolitik angerichtet. Die Union setzt diese Politik fort und wundert sich, dass sie bundesweit nicht mehr die 40-Prozent-Hürde überspringt.

Wenn Wowereit und Andrea Nahles die Führung der SPD nach der wohl verlorenen Bundestagwahl übernehmen, werden sie die Partei auch inhaltlich schärfer profilieren, wahrscheinlich aus der dafür komfortableren Position der Opposition heraus. Die Union muss sich dafür auch von ihrem Ideen-, Prinzipien- und Werteangebot her neu aufstellen und rüsten, besonders für ihre Stammwähler.

Dr. theol. Jürgen Henkel, Jahrgang 1970, ist Pfarrer der Evangangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Journalist und Publizist. Er promovierte 2001 über den orthodoxen Theologen Dumitru Staniloae und leitete von 2003 bis 2008 die Evangelische Akademie Siebenbürgen (EAS) in Hermannstadt.

Perlen deutscher Baukunst

Der diesjährige »Tag des offenen Denkmals« lädt in Orte des Genusses – Vom Schloss bis zum Kino

Bundesweit werden am Tag des offenen Denkmals am 13. September mehr als 7500 Bau- und Bodendenkmale für Besucher offen stehen. Geschichts- und Kulturinteressierte haben dann Gelegenheit, Blicke hinter sonst oft verschlossene Türen zu werfen.

In diesem Jahr steht der Tag, der seit 1993 von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz bundesweit koordiniert wird, unter dem Motto „Historische Orte des Genusses“. Eigentümer und Fachleute aus der Denkmalpflege zeigen unter anderem Kinos, Theater, Gasthäuser, Hotels, private Oasen der Erholung oder weitläufige Parkanlagen. Im Rahmen von Führungen, Präsentationen und Ausstellungen erfahren die Besucher spannende Details aus der Geschichte der Denkmale. Außerdem können sie sich unmittelbar vor Ort über den baulichen Zustand und die Maßnahmen zur Instandsetzung der Objekte informieren.

„Der Tag des offenen Denkmals ist für alle, die sich für den Erhalt historischer Bauten einsetzen, eine einmalige Chance, auf Sorgen aber auch auf Erfolge im Denkmalschutz aufmerksam zu machen. Dass sich die Bürgerinnen und Bürger sehr für unser bauliches Kulturerbe interessieren, zeigt der Denkmaltag mit jährlich über vier Millionen Besuchern“, sagt Dr.

Jährlich über vier Millionen Besucher

Wolfgang Illert, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Der Tag des offenen Denkmals ist der deutsche Beitrag zu den European Heritage Days unter der Schirmherrschaft des Europarats. Alle 49 Länder der europäischen Kulturkonvention beteiligen sich in diesem Jahr an dem Ereignis.

Die zentrale Eröffnungsfeier wird dieses Mal in Potsdam stattfinden. Am dortigen Brandenburger Tor wird der Ministerpräsident des Landes, Matthias Platzeck, im übertragenden Sinn den Startschuss geben und die Besucher auffordern die rund 50 in der Stadt geöffneten Denkmale zu besuchen. So ist das 1983 unter Denkmalschutz gestellte, viertgrößte Linsenteleskop der Welt (der Große Refraktor) im restaurierten Kuppelbau auf dem Telegrafenberg zu besichtigen, man kann ein Brunch in Schloss Kartzow oder ein Fest in der russischen Kolonie besuchen. Höhepunkt aber wird die feierliche Wiedereröffnung des Stibadiums im Schlosspark von Sanssouci sein. Ein Stibadium (lateinisch halbrundes Speisesofa) ist ein überdachter Ruheraum im Freien, in den man sich zurückzog. Im 19. Jahrhundert gehörten aufwändig gestaltete, mit Figuren, Fabel- und Mischwesen geschmückte Stibadien als Freisitze für Mußestunden zur Ausstattung großer Gärten.

Das Exemplar in Sanssouci entstand Mitte der 1840er Jahre während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. (1795–1861), der als Romantiker auf dem Preußenthron gilt. Das Interesse des Königs lag vor allem auf dem Gebiet der Architektur. Eine große Zahl seiner Zeichnungen und Entwürfe, die er auf jedem ihm zur Verfügung stehenden Blatt Papier skizzierte, sind erhalten geblieben. Bedeutende Baumeister wie Karl Friedrich Schinkel und dessen Schüler Ludwig Persius sowie Friedrich August Stüler wurden durch seine Vorstellungen angeregt. Wie wohl fast alle gebildeten Menschen seiner Zeit sehnte auch Friedrich Wilhelm sich nach Arkadien und träumte von Italien. Inspiriert durch die Briefe des Römers Plinius des Jüngeren, in denen dieser von seinen Landgütern Laurentinum und Tusculum schwärmte, ließ Friedrich Wilhelm ein Stibadium im Paradiesgärtchen von Sanssouci errichten, allerdings nicht detailgetreu nach antikem Vorbild. „Eigentlich aber handelt es sich bei dem so genannten Stibadium um eine etwas eigenwillige Konstruktion, denn es ist nichts anderes als ein Atrium“, schreibt Beatrice Härig in der Internetausgabe der Zeitschrift „Monumente“. „Das Atrium war im römischen Wohnhaus der zentrale Raum mit einer Öffnung im Dach, durch die Regenwasser das Impluvium, ein Wasserbecken, füllen konnte. Hier in Potsdam wird der zentrale Raum zum einzigen Raum, keine weitere bauliche Anlage umgibt ihn. Innenwände werden zur Fassade, und Pergolen, die um das Gebäude angelegt sind, sollen die fehlenden Räume andeuten. Das Stibadium ist ein Staffagebau, er ist nicht zum Wohnen gedacht, noch nicht einmal zum hemmungslosen Schlemmen, wie der Name denken ließe, sondern zur stillen Sammlung.“


Potsdam: Ort der zentralen Eröffnung Bild: Internet


Wurde restauriert: das Stibadium Bild: spsg

Schon knapp 100 Jahre nach Anlegen des Paradiesgartens wurde die Anlage 1937 und später als Botanischer Garten der Universität Potsdam entscheidend umgestaltet. Die Pergolen als wichtiges Gestaltungselement verschwanden, das Stibadium diente als Geräteschuppen. Eine Restaurierung, bei der Experten vieler Fachgebiete unter der Projektleitung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zusammenarbeiteten, konnte jetzt abgeschlossen werden.

Ein anderer Ort in Brandenburg wird vor allem auch am „Tag des offenen Denkmals“ Literaturfreunde anziehen: Schloss Blankensee, eine halbe Stunde mit dem Auto südlich von Berlin gelegen. Dorthin hatte sich 1902 der Dramatiker Hermann Sudermann (1857–1928) zurückgezogen, als er von der Kritik verspottet wurde und der Streit mit seinem erbittersten Gegner Alfred Kerr hohe Wellen schlug.

Mit seinem weitläufigen Park erinnerte ihn Blankensee an seine memelländische Heimat. Nach eigenen Ideen ließ Sudermann Haus und Garten zu einem wahren Kleinod umgestalten, errichtete Brükken und Pavillons und brachte von seinen Italienreisen Statuen von Göttern, Heiligen und Kaisern mit. Der Park ist immer für die Öffentlichkeit zugänglich. Das im Schloss befindliche Sudermann-Zimmer kann von 14 bis 17 Uhr besucht werden.

Wer es lebhafter mag, geht in eines der historischen Kinos wie etwa die „Astor Film Lounge“ in Berlin. Es gehört zu den wenigen verbliebenen Kinos am Kurfürstendamm mit rotem Teppich und prachtvollem Vorhang. Orte des Genusses werden an diesem „Tag des offenen Denkmals“ landauf landab viele zu entdecken sein. Zum Genuss gehört schließlich auch die stille Freude beim Betrachten wieder hergestellter Perlen der Baukunst. *Silke Osman*

Für Sie gelesen

Bürgerhäuser im Baltikum

Die Bürgerhäuser der baltischen Städte sind bisher nur in wenigen Einzelobjekten erforscht worden, obwohl insbesondere in den alten Hansestädten Reval und Riga noch ein bedeutender Bestand an historischen Bauten erhalten ist – beide Altstädte sind heute Unesco-Weltkulturerbe. Dort war schon im Mittelalter der Steinbau allgemein üblich, während die Landbevölkerung in Estland, Lettland und Litauen bis in die Neuzeit am Blockbau festhielt. Hans-Günther Griep untersucht die spezifischen Formen der bürgerlichen Häuser und ihre Besonderheiten – zum Beispiel auch im Verhältnis zu den Lübecker Häusern –, wie sie in den baltischen Handelsstädten über Jahrhunderte errichtet wurden.



Städte- und länderübergreifend dokumentiert er die Herkunft der unterschiedlichen Haustypen, die Gestalt der einzelnen Hausgrundstücke sowie den Einfluss von Geographie und Geologie auf die Stadtentwicklung. Anschaulich schildert Griep die verschiedenen Haustypen von der Kemenate (zweigeschossiger Wohnturm) über das Hallenhaus bis zu den Speichern. Die Fassaden mit Verzierungen und die für diese Region typischen Beischläge sind ebenso ein Thema wie die Gestaltung der Innenräume, die Versorgung mit Wärme und sogar die Aborte. Auch die wechselnden Herrschaftsverhältnisse – Hanse, Schweden und Russen – und die in anderen europäischen Regionen gepflegten Baustile haben in der baltischen Architektur ihre Spuren hinterlassen. Erstmals entsteht so ein Gesamtbild der Geschichte des baltischen Bürgerhauses, das dank neuerer Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch heute noch die Altstädte prägt. *pm/os*

***Hans-Günther Griep: „Das Bürgerhaus der baltischen Städte“**, Husum Verlag 2009, 248 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert, 24,95 Euro*

Literatur über Friedrich II.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat mit Unterstützung des Landes Brandenburg, der Kulturstiftung der Länder und der Museumsshop GmbH der Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten e.V. die „Bibliothek Knoll“, die größte und wichtigste private Sammlung der Werke von und Literatur über Friedrich II., erworben. Die Bibliothek, die in über 50 Jahren wissenschaftlicher Sammlertätigkeit von Dr. Gerhard Knoll, dem ehemaligen Leiter der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Bremen, entstand, umfasst rund 9000 Bände. Sie beinhaltet neben den Werkausgaben des Königs die nahezu vollständige zeitgenössische Literatur zu Friedrich und Preußen sowie die umfänglichste Sammlung zur Rezeptionsgeschichte vom Großen Kurfürsten bis Friedrich Wilhelm II. Die „Bibliothek Knoll“ ergänzt den einzigartigen Buchbestand der SPSG mit den drei noch erhaltenen Bibliotheken Friedrichs des Großen und der historisch-kunsthistorischen Arbeitsbibliothek in idealer Weise. *spsg*

Kulturwiege Europas in der Krise

Italiens Regierung spart den Kulturbetrieb zu Tode – Mauern von Kirchen und Palästen beginnen zu bröckeln

Vor 20 Jahren drehte Giuseppe Tornatore eine Hommage an das Kino als Erlebnisort und Hort der Träume. „Cinema Paradiso“ erzählt die Geschichte eines sizilianischen Dorfes und seines Kinos von den 1940er Jahren bis heute. Mit dem autobiographischen Epos „Baaria“ des Oscar-Preisträgers über drei Generationen auf Sizilien eröffnete nach zwei Jahrzehnten wieder ein italienischer Beitrag die Filmfestspiele von Venedig. Das weltälteste Filmfestival fand auf dem Lido, der goldenen Insel Venedigs, vom 2. bis zum 12. September statt. Zur Zeit trüben jedoch demonstrierende Regisseure und Schauspieler den nostalgischen Glanz der Traumfabrik Kino. Sie werfen der rechtskonservativen Regierung Berlusconi vor, den italienischen Film zu Tode zu sparen. Diese hatte im letzten Augenblick einen versprochenen zusätzlichen Etat von 200 Millionen Euro aus Spargründen zurückgezogen.

Starregisseur Carlo Verdone warnt vor dem Vormarsch des massenkompatiblen Popcorn-Kinos zulasten kleinerer Programmkinos: „Nur Kinos mit mehreren Sälen überleben, alle anderen müssen schließen.“ In dieselbe Richtung geht das Vorhaben des Kulturministers Sandro Bondis, alle zum Kino gehörigen Institutionen unter einem Dach zusammenzufassen. Die einheitliche Filmagentur soll die bisherige Förderung rationalisieren und nach Bondi „pseudointellektuellen Nischenproduktionen“ einen Riegel vorschieben.

Der Qualitätsverlust auf der großen Leinwand hat längst in die italienischen Wohnzimmer Einzug gehalten. Auf den heimischen Bildschirmen flimmern die Reality-Shows Maria De Filippis „Freunde“ und „Männer und Frauen“ sowie kitschige Seifenopern wie „Ein Platz an der Sonne“. Durch das Nachmittagsprogramm des berlusconischen Fernsehimperiums hüpfen halbnackte Showgirls. Anspruchsvolle Filme bekommt der Zuschauer nur selten oder erst am späten Abend zu sehen.

Nicht nur die Filmbranche, sondern der gesamte Kulturbetrieb wie Theater, Opern, Konzerthäuser und Galerien erleben gegenwärtig finanzielle Einschnitte in Millionenhöhe. Bei der diesjährigen Biennale in Venedig, auf der Künstler aus aller Herren Ländern mit ihren nationalen Pavillons vertreten sind, fielen die sonst aufwändigeren Installationen bescheidener aus – ebenso die Galafeiern. Der Staat ist pleite und die Wirtschaftskrise lässt auch die privaten Sponsoren und Spender den Gürtel enger schnallen. Unternehmen zeigen sich wählerischer und fordernder in der Bereitstellung von Drittmitteln.

Private Spender und Sponsoren schnallen den Gürtel enger – Museen werden zur Versteigerung freigegeben

Selbst Denkmälern und Museen geht es an den Kragen. Die Mauern von Kirchen und historischen Palästen der einstigen Kulturwiege Europas bröckeln vor sich hin. Der ehemalige Kulturbeauftragte der Sozialdemokraten Francesco Siciliano gab angesichts des Stadtverfalls Pompejis zu Bedenken: „In jedem anderen Land wäre deshalb der kulturelle Ausnahmezustand ausgerufen worden. Auch von den Medien. In Italien wird das leider alles sehr heruntergespielt.“ Nicht einmal drei Prozent des Haushalts gibt die Regierung für Denkmalpflege aus und dem Ministerium für Kulturgüter wurde für die nächsten zwei Jahre das Budget um weitere 500 Millionen gekürzt. „Die finanziellen Mittel für Kulturgüter und Museen haben so nachgelassen wie das politische Interesse an Kultur“, beklagt der bekannte Denkmalschützer und Kunsthistoriker Salvatore Settis.

Statt auf die aufwändige Restaurierung setzt Rom lieber auf die Auslagerung in private Hände. Veronas Bürgermeister hat drei Museen und einen ehemaligen Konvent zur Versteigerung ausgeschrieben, um ein neues Parkhaus für Messebesucher zu bauen. Sizilien plant, den weltberühmten Tempel von Agrigento für die nächsten 30 Jahre privat zu verpachten. Leonardo da Vincis Wandgemälde „Das Abendmahl“ retteten ausschließlich private Sponsoren vor dem sicheren Verfall, weil das Ministerium kein Geld hatte. Durch das Land der großen Dichter, Maler, Komponisten und Architekten geht angesichts dieser Entwicklung ein Aufschrei. Gottfried Wagner, Urenkel des Komponisten Richard Wagner, der seit langem in Italien lebt, blickt angstvoll in die Zukunft: „Wo kommen wir denn hin, wenn die Kultur nur noch zur politischen Prostitution missbraucht wird?“

Sophia E. Gerber

»Österreich ist das, was übrig bleibt«

Durch den vor 90 Jahren unterzeichneten Vertrag von Saint Germain wurde Österreich zum Kleinstaat – Folgen bis heute

Nach dem Ende Österreich-Ungarns hatten die politischen Kräfte in Wien mit drückenden Problemen zu kämpfen, die mit der Gründung der neuen „Republik Deutsch-Österreich“ einhergingen: Verhinderung diverser Putschversuche, Versorgung der notleidenden Bevölkerung sowie schließlich der von den Siegern des Ersten Weltkrieges diktierte Pariser Vorortvertrag – sozusagen das österreichische „Versailles“–, der Friedensvertrag von Saint Germain.

Für die Eliten des alten Reiches, für Armee und Beamtenschaft, bedeutete der Zerfall der Monarchie ein schmerzliches Debakel. Wie sehr die Politiker an der Lebensfähigkeit des neuen Staates zweifelten, lässt sich schon aus der Bezeichnung „Deutsch-Österreich“ ablesen: dies war der Name, den die Nationalversammlung in Wien am 12. November 1918 dem Staat gab. Gleichzeitig wurde der Anschluss an das Deutsche Reich beschlossen. Außerdem legte ein Gesetz die Grenzen des Staatsgebietes fest: So sollte das deutschsprachige Südtirol ebenso zu „Deutsch-Österreich“ gehören wie Teile der heute slowenischen Untersteiermark mit Marburg an der Drau (Maribor) sowie das Sudetenland mit drei Sprachinseln.

Diese Pläne stießen sofort auf massiven Widerstand. Die Vertreter der eben erst proklamierten Tschechoslowakei lehnten Verhandlungen über das Sudetenland genauso wie eine Volksabstimmung in den betroffenen Gebieten ab, und Südkärnten war seit dem Spätherbst von slowenischen Truppen besetzt, die den Anspruch Jugoslawiens auf große Teile Kärntens untermauerten. Daran gemessen waren die Verhandlungsziele, welche die Nationalversammlung am 7. Mai 1919 für die Friedenskonferenz formulierte, hoch gesteckt. So wollte man unter anderem für die Sudetengebiete das Selbstbestimmungsrecht gemäß dem „14-Punkte-Plan“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson durchsetzen.

Staatskanzler Karl Renner, der designierte Delegationschef, betrachtete die Ziele als überzogen. Am 7. Mai, als man bereits die Friedensbedingungen für das Deutsche Reich kannte, äußerte er sich vor seiner Abreise: „Nach der Unglücksbotschaft von gestern wird der Gang, den die Friedensdelegation jetzt unternimmt, nicht so sehr einem Gang an den Beratungstisch als einem Bußgang gleichen.“ Als die Delegation in Paris eintraf, wurde sie in Saint Germain-en-Laye praktisch interniert. Die am 2. Juni überreichten Friedensbedingungen bestätigten Renners Pessimismus voll und ganz.

So sollte die Grenze der ehemaligen Kronländer Nieder- und Oberösterreich gegenüber Böhmen und Mähren die Grenze zu Tschechien bilden. Dahinter stand nicht nur der Wille der Prager Regierung, sondern auch das Interesse Frankreichs, der neuen militärischen Führungsmacht, an einer starken Tschechoslowakei als Verbündetem gegen Deutschland. Renner argumentierte hingegen, dass die betroffenen 3,1 Millionen Deutschen in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebten. Die Berufung Prags auf die „historischen Grenzen“ war höchst anfechtbar, denn man verwarf dieses Prinzip umgehend, als es um die Forderung nach slowakischen Gebieten ging, die innerhalb der seit etwas über 1000 Jahren unveränderten Nordgrenze Ungarns lagen.

> Entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durften die Deutschösterreicher sich nicht dem Deutschen Reich anschließen

Auch im Falle Südtirols musste die Delegation eine Niederlage hinnehmen. Seit einem Geheimvertrag vom 26. April 1915 mit der Entente strebte Italien nach dem „cisalpinen“ Tirol mit seiner „natürlichen“ Grenze am Brenner. Die italienischen Vertreter pochten auf diesen Vertrag, und Präsident Wilson beugte sich der Forderung, obwohl der neunte seiner „14 Punkte“ vorgesehen hatte, die Grenzen Italiens entlang „klar erkennbarer Linien der Nationalität“ zu ziehen. Er verwarf auch den Plan einer direkten Verbindung zwischen Nord- und Osttirol entlang des Pustertales. Das Festhalten Italiens am Prinzip der Wasserscheide widersprach aber nicht nur dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern war auch insofern willkürlich, als es bei keiner anderen europäischen Grenze Anwendung fand und findet.

Während die österreichische Delegation im Falle der Untersteiermark nachgeben musste, erreichte sie wenigstens, dass in Kärnten eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten angesetzt wurde. Sie erbrachte am 20. Oktober 1920 ein deutliches Votum zugunsten des Verbleibs bei Österreich. Dennoch musste Kärnten Gebietsverluste hinnehmen. Den einzigen Erfolg erzielte die Delegation, als die Siegermächte der Abtretung von Teilen Westungarns, des Burgenlandes, aber außer seiner Landeshauptstadt Ödenburg (Sopron), an Österreich zustimmten.

Der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 10. September 1919 war starker Druck der Siegermächte vorausgegangen, die sogar mit dem Einmarsch in Österreich drohten. Die Alliierten gestanden Wien nur eine Berufsarmee im Umfang von 30000 Mann zu und sicherten sich Pfandrechte auf alle Staatseinnahmen. Der Staatsname „Deutsch-Österreich“ wurde verboten.

Indem die Alliierten ein verhülltes Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich erließen, schufen sie reichlich Zündstoff für die künftige Entwicklung Österreichs. Das Anschlussverbot, das vor allem Frankreich gefordert hatte, rief starke Emotionen in der Bevölkerung hervor. So ergaben 1921 Volksbefragungen in Tirol und Salzburg überwältigende Mehrheiten zugunsten des Anschlusses. Offenbar fühlten sich zahlreiche Bürger als Verlierer des Weltkrieges solidarisch mit den Reichsdeutschen, die ebenfalls den Krieg verloren hatten. Wenn auch der Anschlusswunsch an Aktualität verlor, verliehen ihm die Nationalsozialisten ab 1933 eine neue, brisante Stoßkraft, die eine der Voraussetzungen für den reichsdeutschen Einmarsch in Österreich 1938 bildete. Somit trat derjenige Fall ein, den Frankreich 1919 unbedingt hatte verhindern wollen. Aus heutiger Sicht übte das Anschlussverbot eine höchst zweischneidige Wirkung aus.

Da auch Ungarn im Vertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 enorme Gebietsverluste hinnehmen musste, gab es einen weiteren Staat, der nach „Revision“ strebte. Alles in allem: 1919 hatten sich nicht die „14 Punkte“ Wilsons, sondern die Siegermächte durchgesetzt, die Österreich nur die Rolle eines geopolitischen "Puffers" zwischen den Nachfolgestaaten der alten Monarchie und den am Donauraum interessierten Mächten zubilligten. So wurde das harte Wort des damaligen französischen Ministerpräsidenten Georges Clemençeau Tatsache: „Österreich ist das, was übrig bleibt!“

Heinz Magenheimer



Von der Großmacht zum Kleinstaat: Mit dem Vertrag von Saint Germain wurde Österreich-Ungarn aufgeteilt. Karte: AlphaCentauri

Weiße Flecken ausgemalt

Seminar der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft – Als Sonderdruck erhältlich

Fragen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der so genannten „Geschichtspolitik“ standen im Mittelpunkt eines Tagesseminars der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Hamburg vor wenigen Wochen. Zu diesem jährlichen Ereignis traf sich wieder eine große Zahl von historisch und politisch Interessierten, um sich mit Themen zu befassen, die heute gar nicht mehr oder nur noch verzerrt in der Öffentlichkeit behandelt werden. So hatte bereits im Februar das Thema „Zweiter Weltkrieg: Deutsche als Soldaten unter anderen Völkern“ ein weites Echo ausgelöst. Ursache dafür ist wohl auch die durch die Anti-Wehrmacht-Ausstellung des Jan Philipp Reemtsma in die Welt gesetzte Behauptung, die deutsche Wehrmacht habe sich in den besetzten Ländern Verbrechen in einem Ausmaß zuschulden kommen lassen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Obgleich die Ausstellung aufgrund ihrer massiven Fälschungen bald ihre Tore wieder schließen musste, geistern die Diffamierungen weiter durch die Massenmedien.

Diesmal referierten drei junge, durch ihre fundierten Bücher ausgewiesene Historiker über Teilgebiete der jeweiligen Rolle der Wehrmacht als Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg.

Stefan Scheil sprach über das Verhalten der Wehrmacht in Frankreich und Norwegen, Daniel Heintz über Polen und die Besatzungspolitik auf dem Balkan und Walter Post über die Sowjetunion und Italien.

Ihre mit zahlreichen Quellenhinweisen unterbauten Darlegungen boten häufig ein völlig anderes Bild als das von den Massenmedien in den letzten Jahren verbreitete. In den westlichen und skandinavischen Ländern beispielsweise war das Verhältnis zwischen deutschen Besatzungssoldaten und der einheimischen Bevölkerung zunächst weithin spannungsfrei, bis in Großbritannien ausgebildete Terroristen eingeschleust wurden, die Anschläge verübten, um die Besatzungsmacht zu harter Reaktion zu veranlassen. Auch stellte sich die Besatzungspolitik in Polen in weitem Sinne anders dar, als sie in der Bundesrepublik – häufig inspiriert durch polnisch gelenkte Institute – regelmäßig dargestellt wird. Auch zur Besatzungspolitik in der Sowjetunion erfuhren die Zuhörer manches, was verblüffte, da bislang in Deutschland nicht verbreitet, so etwa die Tatsache, dass das Deutsche Reich umfangreiche wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe leistete, nachdem die Rote Armee bei ihren Rückzügen auf Befehl Stalins ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung viel verbrannte Erde hinterlassen hatte.

> Warum kämpften 800 000 Russen auf deutscher Seite?

Dass nicht die Rede davon sein könne, Deutschland habe die Absicht verfolgt, im Rahmen eines „Vernichtungskrieges“ die Völker der Sowjetunion sowie die Polen auszurotten, ging aus Dokumenten ebenso hervor wie aus Aussagen von Zeitzeugen. „Vernichten“ wollte man hingegen das kommunistische System (ähnlich, wie die Siegermächte nach dem Kriege den Nationalsozialismus zu beseitigen gedachten und nicht etwa das deutsche Volk).

Sowohl die Referate als auch die Diskussion wurden inzwischen in einem Sonderheft des „Deutschland-Journals“ dokumentiert. Den Abschluss bildet eine Aufstellung über die Freiwilligen aus nahezu allen Ländern Europas, die an der Seite der deutschen Wehrmacht gegen den Bolschewismus gekämpft haben (vgl *PAZ* Nr. 13/2009) und damit den Beleg liefern, dass diese Völker offenkundig nicht den Eindruck hatten, die Deutschen wollten sie vernichten. Hätten sonst etwa 800000 Russen und 250000 Ukrainer Deutschland unterstützt oder 280000 Angehörige der Kaukasusvölker, 100000 Letten, 10000 Franzosen, 40000 Niederländer und so weiter?

Man pflegt in Deutschland immer wieder deutsche Kriegsverbrechen, die es zweifellos auch gegeben hat, auszubreiten, aber meist ohne zu erwähnen, welche Ursachen und Hintergründe sie hatten. Sie werden vielmehr regelmäßig als Zeugnisse deutscher Brutalität dargestellt. Auf dem Seminar versuchte man, solche Lücken zu füllen und Fehlurteile zu korrigieren. Das „Deutschland-Journal“, Sonderausgabe „Deutsche als Soldaten unter anderen Völkern“ (144 S.) ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und Schutzgebühr erhältlich bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Postfach 26 18 27, in 20508 Hamburg.

Hans-Joachim von Leesen

Jubel von 1880

Der Name des »Kandahar«-Skirennens

Kein Tag vergeht ohne Meldungen aus Afghanistan, und oft ist dabei von der Stadt Kandahar oder der gleichnamigen Provinz die Rede. Da mag einem in den Sinn kommen, dass es auch ein „Arlberg-Kandahar-Rennen“ gibt – doch wie ist dieses zu seinem Namen gekommen? Es ist ja nicht wie etwa die „Rallye Paris-Dakar“ ein Rennen „von-bis“, sondern ein alpiner Ski-Wettbewerb. Nun, ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Arlberg und Kandahar besteht nicht, und eigentlich muss man bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen, als von Norden her das zaristische Russland und vom indischen Subkontinent aus die Briten Zentralasien zu unterwerfen trachteten.

> Marschall spendete den Ski-Pokal

Im ersten anglo-afghanischen Krieg (1839–1843) hatten die Briten eine schwere Niederlage einstecken müssen. Theodor Fontane setzte ihr mit dem Gedicht „Das Trauerspiel von Afghanistan“ ein literarisches Denkmal: „Mit dreizehntausend der Zug begann, Einer kam heim aus Afghanistan.“ Umso bedeutsamer wurde es daher, die Erfolge im zweiten Afghanistan-Krieg (1878–1880) groß herauszustreichen. Frederick Sleigh Roberts, der dort zunächst Abschnitts-Kommandant und später Oberbefehlshaber war, brachte es später bis zum Feldmarschall und zum Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte. Und neben anderen Orden und Titeln erhielt er auch den eines „Earl of Kandahar“.

Adel verpflichtet. So kam es unter anderem, dass der Earl 1911 den Siegespokal für den ersten Abfahrtslauf der Ski-Geschichte im schweizerischen Crans-Montana stiftete. Das wieder bewog die Initiatoren des 1924 gegründeten britischen „Kandahar Ski Club“, den Vereinsnamen im Andenken an den inzwischen Verstorbenen zu wählen. Das Arlberg-Kandahar-Rennen schließlich hat seinen Namen, weil der erste derartige Wettbewerb – 1928 in St. Anton – eine gemeinsame Veranstaltung des Ski Klubs Arlberg und der britischen Bergkameraden war. Das seither alljährlich an wechselnden Orten ausgetragene Rennen hat wesentlich zur Verbreitung des alpinen Skilaufs beigetragen. Heute ist es allerdings nur noch eines von vielen im Rahmen des Ski-Weltcups.

RGK

Der erste preußische Bundespräsident

Vor 50 Jahren trat Heinrich Lübke das höchste Staatsamt an – Einst Abgeordneter für das Zentrum im Preußischen Landtag

Am 15. September 1959 trat der CDU-Politiker Heinrich Lübke sein Amt als zweiter Präsident der Bundesrepublik Deutschland an. Bis heute gilt er in der öffentlichen Wahrnehmung als eher schwach – ein schiefes Bild, das der Korrektur bedarf.

Sauerland ist überall – so titelte im März des geschichtsträchtigen Jahres '68 der „Spiegel“, und so verhöhnen in dessen Gefolge selbsternannte „kritische Geister“ bis heute den Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der von 1959 bis 1969 unser Land repräsentierte. Sauerland stand und steht hier als Synonym für Provinzialität, Sturheit, „hinterm Mond“.

In der Tat war Heinrich Lübke „typisch Sauerland“, jedoch in einem anderen, viel weiter gefassten Sinne: bodenständig, heimatverbunden, prinzipientreu, zuverlässig, pflichtbewusst, ehrlich, glaubwürdig. Tugenden also, die man gemeinhin als „preußisch“ bezeichnet. So hatte die junge Teilrepublik nach dem schwäbischen Schöngeist „Papa“ Theodor Heuss ihr erstes preußisches Staatsoberhaupt.

Seine Vita ist schnell erzählt: Am 14. Oktober 1894 im westfälischen Enkhausen (Kreis Arnsberg) geboren, Kriegsdienst unter anderem in Ostpreußen, danach Studium der Landwirtschaft und Volkswirtschaft, Examen als Vermessungsingenieur, leitende Positionen bei der Deutschen Bauernschaft und der Siedlungsgesellschaft Bauernland. 1932 wurde Lübke für die Zentrumspartei in den Preußischen Landtag gewählt, im Zuge der Auflösung der demokratischen Parteien im Februar 1934 verhaftet und im Oktober 1935 aus dem Gefängnis entlassen. Das NS-Regime, das sich rühmte, die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft zu haben, sorgte dafür, dass Lübke für die nächsten zwei Jahre arbeitslos blieb; dann durfte er wieder arbeiten, wurde zu Wehrübungen einberufen und kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges als Vermessungsingenieur und Bauleiter in der „Baugruppe Schlempp“ dienstverpflichtet, die dem späteren Rüstungsminister Albert Speer unterstand.

Nach Kriegsende schloss sich Lübke der CDU an, kam 1946 in den NRW-Landtag und vor genau 60 Jahren in den Bundestag. 1953 berief Konrad Adenauer ihn zum Bundeslandwirtschaftsminister, am 1. Juli 1959 wählte die Bundesversammlung ihn zum Präsidenten.

Der Wahl waren quälende Querelen vorangegangen. Erst wollte Adenauer nach zehn Jahren Kanzlerschaft vom Palais Schaumburg in die benachbarte Villa Hammerschmidt umziehen. Dann überlegte der „Alte“ es sich anders, zog dem Repräsentieren das weitere Regieren vor.

Den Ersatzkandidaten verhöhnte der „Spiegel“ als „Lübkenbüßer“. Auch weniger kämpferische Blätter gaben sich reserviert, lobten zwar seine „moralische Anständigkeit“, verwiesen aber auch auf seine spröde Wesensart und seinen „sauerländischen Dickschädel“. Kritisch angemerkt wurde schon damals, dass Lübke nicht gerade als Meister der freien Rede bekannt war.

Doch gelang es Lübke schnell, sich hohes Ansehen in weiten Teilen der Bevölkerung zu erwerben. Die Menschen schätzten es, nach dem intellektuell-professoralen, über allem und allen schwebenden Heuß nunmehr einen eher schlichten, bodenständigen Präsidenten zu erleben, der so sprach, dass jeder ihn verstehen konnte.

Von Anfang an wollte Heinrich Lübke ein „politischer“ Präsident sein, nicht nur eine Art „Staatsnotar“. Er hatte klare, von preußischem Denken geprägte Wertund Zielvorstellungen und scheute sich nicht, diese auch offensiv und öffentlich zu vertreten.

Politische Wirkung von unschätzbarem Wert für unser Vaterland entfaltete Lübke vor allem auf seinen zahlreichen Auslandreisen – obwohl (oder weil?) er auch vor Tabubrüchen nicht zurückschreckte. So mahnte er in der Schweiz 1961, also gerade einmal 16 Jahre nach Kriegsende, man dürfe nicht „das ganze deutsche Volk für die Untaten der Hitlerzeit verantwortlich machen“.

Auf massive Kritik stießen solche mutigen Aussagen nicht etwa im Ausland, sondern im „publizistischen ‚Spiegel‘-Deutschland jener intellektuellen Minderheit, vor der unsere sogenannten Eliten Angst haben“ (so der Gründer des konservativen „Deutschland-Magazin“, Kurt Ziesel).

Mut bewies der Präsident auch auf seinen Reisen in die Dritte Welt. Als er zum Staatsbesuch der einst deutschen Kolonie Togo einschwebte, vermied er trickreich den Händedruck mit dem Militäroberbefehlshaber Gnassingbé Eyadéma. Der habe seinen Freund, den Ex-Präsidenten Sylvanus Olympio, ermorden lassen, und er schüttele keine Hände, an denen Blut klebe.

Dass der reisefreudige Heinrich Lübke in aller Welt das Ansehen Deutschlands in so hohem Maße mehren konnte, ist auch das Verdienst seiner Ehefrau Wilhelmine.



Empfang in Nepal im März 1967: Entwicklungshilfe war dem Staatspräsidenten ein Herzensanliegen. Bild: Interfoto

Mit ihren phänomenalen Fremdsprachenkenntnissen wie mit ihrer offenen Herzlichkeit glich sie seine spröde Zurückhaltung aus. Wenn sie Zeitgenossen als „heimliche Präsidentin“ galt, konnte man das auch als Kompliment verstehen. Im „Spiegel“-Deutsch wurde daraus freilich ein „wilhelminisches Zeitalter“ mit einem „First Sir“ namens Heinrich.

Diese und schlimmere Verspottungen hinderten Lübke nicht, sich immer wieder in die aktuelle Politik einzumischen. Es entsprach seinem Amtsverständnis, nicht einfach nur Gesetze abzuhaken und Ernennungsurkunden zu verteilen, sondern mitzureden und mitzuentscheiden. Neben Misserfolgen (1965 schaffte er es nicht, ein schwarz-gelbes Kabinett unter Ludwig Erhard zu verhindern) standen Erfolge – die Große Koalition von 1966, zeitlich befristet und im Gegensatz zu heute erfolgreich, war auch sein Werk.

Indirekt war damit aber auch der Niedergang besiegelt. Die Große Koalition begünstigte das Erstarken der Außerparlamentarischen Opposition und der '68er. Deren publizistische Hilfstruppen, an der Spitze Henri Nannen und Rudolf Augstein, eröffneten eine von Hohn und Hass bestimmte Hetzjagd. Beispiele für von „Spiegel“ und „Stern“ verbreitete Lügen und Fantastereien: In Liberia habe Lübke die Gastgeber mit „Liebe Neger“ begrüßt, die Queen habe er mit „Equal goes it loose“ verwirrt – alles frei erfunden.

Politischer und moralischer Tiefpunkt: die Kampagne gegen den angeblichen „KZ-Baumeister Lübke“, gestützt auf aus Ost-Berlin lancierte Dokumente. Nicht nur die linken Medien, auch viele sogenannte Parteifreunde fielen auf den simplen Trick herein: Lübkes Unterschriften waren echt, der Rest der „Dokumente“ gefälscht. Die seelische Belastung solcher Kränkungen dürfte auch zum Fortschritt seiner Erkrankung an Zerebralsklerose beigetragen haben. Drei Monate vor Ablauf der Amtszeit trat er am 30. Juni 1969 verbittert zurück. Er verstarb am 6. April 1972. Es ist an der Zeit, ihn als das zu würdigen, was er wirklich war: nicht Deutschlands „Bundesheini“, sondern unter unseren Bundespräsidenten einer der bedeutendsten.

Hans-Jürgen Mahlitz

Als Sachse erzogen

Julius von Bose fand als Jüngling zu Preußen

Der vor 200 Jahren auf der Besitzung Engelsburg bei Sangerhausen geborene Friedrich Julius Wilhelm Graf von Bose war der Sohn eines sächsischen Offiziers und wurde seit seinem zwölften Lebensjahr im großherzoglichen Pagencorps zu Weimar erzogen. Und trotzdem fand er 1826 den Weg zu den Preußen.

Gewandtheit im Auftreten und sicherer Takt gehörten zu den ihm nachgesagten Stärken, und so landete er nach dem Besuch der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin erst einmal in der Adjutantur. Verschiedene Verwendungen als Truppenführer und Stäbler folgten.

1861 wurde er als Chef der Armeeabteilung ins Kriegsministerium versetzt. Hier wurde der Militär in die Politik gezogen. Im Heereskonflikt zwischen Wilhelm I. und dem liberal geprägten Landtag hatte er gegenüber dem Parlament die Position seines Dienstherren zu verteidigen. Es heißt von ihm, dass er dieser Aufgabe mit viel Energie nachgekommen sei, dass sie aber auch über seine Kräfte gegangen sei. In den Kommissionssitzungen soll er den Parlamentariern rhetorisch und argumentativ einfach nicht gewachsen gewesen sein.

Da muss es ihm eher Erlösung gleichgekommen sein, dass er nach dem Ausbruch des Deutsch-Dänischen Krieges an die Spitze der 15. Infanteriebrigade beordert wurde, die er auch in den Deutschen Krieg führte. Legendär ist sein Einsatz in der Schlacht bei Podol, als er selber mit einem Gewehr in der Hand einen Nachtangriff anführte. Des weiteren nahm er an den Schlachten von Münchengrätz, Königgrätz, Göding, Holitsch und bei Blumenau teil.

Julius von Bose Foto: Wikipedia

Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges brachte ihm die Ernennung zum kommandierenden General des XI. Armeekorps. Allerdings wurde er schon zu Beginn des Krieges in der Schlacht bei Wörth durch zwei Verwundungen für Monate außer Gefecht gesetzt.

An der Spitze des XI. Armeekorps stand Bose auch noch, als er 1880 in den Ruhestand trat. Am 22. Juli 1898 ist der General der Infanterie auf seinem Altersruhesitz zu Hasserode bei Wernigerode vom Alter gezeichnet gestorben.

Manuel Ruoff

Zwischen Renaissance und Barock

Das Zeughaus in Danzig wurde nach neun Jahren Bauzeit vor 400 Jahren fertiggestellt

Bevor Anton von Obbergen (1543–1611) 1586 nach Danzig berufen wurde und die Pläne für das Große Zeughaus schuf, wurde er als Baumeister des Schlosses Kronborg auf der dänischen Insel Seeland bekannt. Als Schauplatz von Shakespeares Drama „Hamlet“ ging es in die Weltgeschichte ein.

Das Danziger Zeughaus wurde gemäß neuesten Forschungen nach neunjähriger Bauzeit 1609 vollendet und gilt als schönstes Beispiel für den niederländischen Manierismus. Es trennt die so genannte Rechtstadt von der äußeren Stadt. Obbergen entwarf die Pläne für das aus kleinen roten holländischen Ziegeln gebaute einzigartige Haus. Die Westfassade zur Jopengasse zeigt zwei figurengeschmückte Giebel und reichen Bandschmuck. Die beiden Portale sind mit dem Danziger Wappen geschmückt. Skulpturen schufen der aus Gent zugezogene Wilhelm Barth d. Ä. und Abraham van den Blocke. Sie zeigen die Kriegsgötter Pallas Athene, Mars und Minerva. Das „Brunnenhäuschen“ war kein Brunnen, sondern eine ausgeklügelte Einrichtung, um Kanonenkugeln aus den Kellerräumen nach oben zu befördern. Die schlichte Ostfassade zum Kohlenmarkt (Theaterplatz) hat vier Giebel. Berstende Kanonenkugeln auf ihnen erinnern an die Wehrfunktion des Hauses.

In der vierschiffigen Halle lagerten Kanonen, in den oberen Stockwerken leichte Waffen und Rüstungen. Außerdem gab es im Zeughaus viele bewegliche Figuren wie etwa Mars in Begleitung seiner Soldaten. Wenn man den Saal betrat, stand Mars vom Thron auf, verbeugte sich und ließ sich


Foto: Internet

Zeughaus in Danzig (Ostfassade): Der bedeutendste Bau der Spätrenaissance an der Ostsee wurde 1609 fertiggestellt.

wieder nieder. Ein anderes Beispiel war der Alte Schweizer mit einem Rapier (Fechtwaffe, Degen), der mit dem Kopf wackelte und mit seiner Muskete Feuer erzeugte.

Über dieses so friedlichen wie kriegerischen Zwecken dienende Gebäude schreibt der Kunsthistoriker von Holst: „Das meisterliche Bauwerk des Flamen Antoni von Obbergen, nicht mehr Renaissance und noch nicht Barock, hat im frühen 17. Jahrhundert weithin nach Ost und West gewirkt. Am Ort, wo es steht, bezeichnet es den höchsten Grad der Verfeinerung, den bürgerliche Art erreichen kann, ohne sich selbst aufzugeben.“

Obbergen baute auch das Altstädtische Rathaus in der Pfefferstadt, das den Krieg unbeschädigt überstand. Er war unter anderem beteiligt am Bau der Befestigungsanlagen, der neuen Wallanlagen der Festung Weichselmünde, um 1600 am Bau der drei Pfarrhäuser an der Katharinenkirche, einem Haus in der Pfefferstadt, der Bedachung des Stockturms und der Giebelgestaltung der Folterkammer, ferner des als Gewerkshaus geplanten Bürgerhauses in der Frauengasse, später Haus der Naturforschenden Gesellschaft, auf dem dann die Sternwarte errichtet wurde. Er zeichnete auch verantwortlich für die künstlerische Ausstattung des Rechtstädtischen Rathauses.

Hans Strakowski (Strachwitz) war der Baumeister des Großen Zeughauses. Er ist seit 1595 in Danzig belegt und starb dort 1640. Er erbaute auch 1624 das Leegetor und 1628 das Langgarter Tor und war an der Restaurierung des Stockturms, der Peinkammer und des Königsspeichers beteiligt. Sein Sohn Georg (* 1614) erbaute von 1643 bis 1645 das Kleine Zeughaus am Wallplatz. Entwürfe zur Befestigung von Hagels- und Bischofsberg stammen auch von ihm.

Im März 1945 wurde das Große Zeughaus ein Raub der Flammen. Der Wiederaufbau war schon 1950 abgeschlossen. Wie zur Freistaatzeit existiert heute wieder eine Passage zwischen Kohlenmarkt und Großer Wollwebergasse mit exquisiten Geschäften. In den oberen Räumen hat die Staatliche Kunstschule ihren Einzug gehalten.

Dieter W. Leitner

Politik, da der Glaube fehlt

Zu: „Für mehr Ehrlichkeit bei der Kirchenmitgliedschaft“ (Nr. 35)

Vielen Dank an Professor Aden für die Kritik an der kirchlichen Verkündigung. Weil allzu viele Theologen kaum noch glauben, machen sie lieber in Politik, stramm politisch korrekt natürlich, sonst könnte es Ärger geben. Vor dem (linksgestrickten) Zeitgeist kuscht man lieber. Nur wenige bleiben standhaft, wie Idea, der ACP, Evangelikale und auf katholischer Seite die Bischöfe Meisner, Mixa und früher der unerschrockene Erzbischof Johannes Dyba. Das nennt sich nun Märtyrer-Kirche?

Zum Artikel Zweiter Weltkrieg: Vielen Dank auch dem mutigen General Schultze-Rhonhof. Leider hat Ihr Setzer bei der Abschnittsüberschrift wohl Subjekt und Objekt, Hitler und Polen verwechselt und so die Überschrift für den wichtigsten Satz umgekehrt.

Felix Schecke, Hannover

***Anm. d. Red.:** Leser Schecke hat recht, und wir bedauern das Versehen, das mehreren Lesern auffiel.*

Landeskirchen können Kirchensteuer mitbestimmen

Zu: „Für mehr Ehrlichkeit bei der Kirchenmitgliedschaft“ (Nr. 35)

Zur Kirchensteuer wird dort folgendes ausgeführt: „Deren Höhe wird übrigens nicht von der Kirche, sondern vom Staat festgesetzt.“ Dies ist nicht richtig. Die Höhe der Kirchensteuer wird von den jeweiligen Landeskirchen festgesetzt. Soweit mir bekannt ist, hat die Nordelbische Landeskirche gegenüber den anderen Landeskirchen auch einen in der Höhe anderen Steuersatz.

Der Staat (hier die Finanzämter) berechnet und erhebt die Kirchensteuer im Auftrag der jeweiligen Landeskirchen. Dafür bekommt der Staat für Inkasso eine Vergütung. Dies sollen drei Prozent sein. Dies bedeutet übrigens, dass die jeweiligen Landeskirchen von 100 Euro Kirchensteuer nur 97 Euro bekommen und drei Euro für Inkasso beim Staat verbleiben. Für den Staat ist das ein sehr gutes Geschäft. Mit wenig Aufwand gute Einnahmen. Auch für die Kirchen ist das gut. Wenn die Kirchen die Steuer selbst berechnen und einziehen würden, wäre dies erheblich teurer.

Erich Stanzick, Bad Rothenfelde

***Anm. des Autors Menno Aden:** Die Berechnungsbasis der Kirchensteuer ist die Einkommensteuer. Kirchensteuer wird als Zuschlag von meist zwischen acht und zehn Prozent von der Einkommensteuer festgesetzt. Nur diesen Zuschlagssatz legen die Landeskirchen selbständig fest. Also: Ohne Einkommensteuer keine Kirchensteuer. Wenn der berühmte Zahnarzt sein steuerpflichtiges Einkommen durch Abschreibungsobjekte auf Null senkte, bekam auch die Kirche nichts mehr von ihm. Jahrzehntelang waren die Renten (weitgehend) steuerfrei – die Kirche bekam daher von den Rentner nichts. Nachdem der Staat die Renten nun nach und nach der Einkommensteuer unterwirft, profitieren davon auch die Kirchen (und das nicht schlecht).*

US-Interessen

Zu: „Vollbremsung aus Detroit“ (Nr. 35)

Die Amis kennen nur ihren Vorteil. So genannte Freundschaften zählen da nicht. Das ist in der Wirtschaft nicht anders als in der Politik. Obama will die Türkei in der EU haben, was gegen unsere Interessen ist, was ihm aber egal ist. So verhält sich auch der Staatskonzern GM.

Monika Eckhardt, Bocholt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Foto: Christuskirche Hagen

Leere Gotteshäuser: Selbst Gläubige stimmen seltener mit evangelischer Kirche überein.

Durch Umkehr kämen wir weiter

Zu: „Für mehr Ehrlichkeit bei der Kirchenmitgliedschaft“ (Nr. 35)

„Die evangelische Kirche in Deutschland ist geistig und geistlich ausgelaugt“, so begann der Gastkommentar von Menno Aden, und recht hat er. Denn in der Tat ist es weithin so, dass die Kirche der Reformation nicht mehr weiß, was sie glaubt und wofür sie eigentlich da ist.

Natürlich bemühen sich Tausende in den örtlichen Kirchengemeinden redlich, zu sagen, was die Frohe Botschaft von Jesus bedeutet. Aber in den Synoden und Kirchenleitungen sitzen Leute, die das Evangelium „marktgängig“ machen wollen. Und so verliert die Kirche an Profil. In der Bevölkerung wird die kirchliche Arbeit meist nur noch wegen ihres sozialen Engagements wahrgenommen. Da wird Gutes und Wichtiges geleistet, keine Frage, aber ihr Hauptauftrag geht weit darüber hinaus. Woher kommen wir und wohin gehen wir? Wie können wir unsere Schuld los werden und wo ist unsere letze Heimat? – Das alles wären Themen, die in der Predigt bearbeitet werden müssten. Aber wie will man diese Fragen beantworten, wenn man keinen Standpunkt mehr hat?

Raphael Hombach hat einmal gesagt: „Manchmal kämen wir weiter, wenn wir umkehrten.“ Das hat die Kirche nicht nur den Menschen zu sagen, sondern sie muss es auch für sich selbst beherzigen.

Alexander Kloß, Heimsheim

Kießling war das Wohl Deutschlands wichtiger

Zu: „Gradlinig und daher wenig populär“ (Nr. 36)

Vor 25 Jahren sprachen die Medien von einer „Affäre Kießling“, einem widerlichen Vorkommnis, das man besser als „Affäre Wörner“ bezeichnet hätte. General Kießling erfuhr 1983 während seiner Vertretung des Nato-Oberbefehlshabers US-General Rogers, von den geheimen Plänen, im Falle eines Angriffs der Sowjets nur dann Atomwaffen einzusetzen, wenn sich die sowjetischen Truppen noch auf deutschem Gebiet befänden. Sollte es der Sowjetarmee jedoch gelungen sein, Deutschland zu überrennen und bis Frankreich, Holland oder Belgien vorzustoßen, sollte sie dort nur mit herkömmlichen Waffen bekämpft werden.

Kießling, der mit seinem Gewissen eine atomare Zerstörung Deutschlands nicht vereinbaren konnte, wandte sich deshalb an Rogers, der seinerseits Bundesverteidigungsminister Wörner aufforderte, Kießling sofort zu entlassen. Nun wurden aus dem Zuhältermilieu „Zeugen“ eingesammelt, die der Wahrheit zuwider dem Ehrenmann Kießling übelste Verleumdungen andichteten und diese „bewiesen“. Doch Lügen haben kurze Beine und Kießling musste rehabilitiert werden, seine Stellung als zweithöchster Nato-General war er aber los. Danach erschien ein Bild von US-General Rogers, wie er mit seinem Zeigefinger droht; die Überschrift lautete: Er ist der Boss. Jetzt wusste jeder, woher der Wind weht. Solange wir Deutsche nach der Satzung der Uno (Feindstaatenklausel) Menschen zweiter Klasse sind, braucht einen dieser Verlauf nicht zu wundern: Vor einem deutschen General, dem das Wohl Deutschlands mehr bedeutet als seine Karriere, ziehen wir unseren Hut.

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Hohe Wehr-Ungerechtigkeit abstellen

Zu: „Wehrpflicht im Wahlkampf“ (Nr. 31)

Die Truppenstärke der Bundeswehr hat seit Jahren ständig abgenommen, Eid und Gelöbnis stimmen nicht mehr. Von der allseits vermittelbaren Landesverteidigung ist man zum Söldnerheer in fremden Interessen geworden.

Stünde ich heute dort, wo ich 1991 mit Entschlossenheit Soldat wurde, würde ich verweigern. Denn die Geschichte und der hohe Blutzoll in meiner eigenen Familie während der beiden Weltkriege hat mir gezeigt: Deutsche Soldaten haben – bewaffnet – im Ausland nichts zu suchen, wie auch fremde Soldaten – bewaffnet – in meinem Land nichts zu suchen haben!

Von der Jahrgangsstärke 1984 (435 898 Mann) wurden nur noch 18,7 Prozent zur grundgesetzlich festgesetzten Wehrpflicht eingezogen (daneben leisteten 21,3 Prozent Zivildienst und 2,1 Prozent Dienst bei Katastrophenschutz, Feuerwehr und Polizei) – ganze 57,9 Prozent wurden zu gar nichts eingezogen.

Bei einer solch hohen Wehr-Ungerechtigkeit muss ich FDP-Chef Guido Westerwelle zustimmen, dass eine Wehrpflicht heute unzeitgemäß ist. Deshalb plädiere ich dringend dafür, dass die 57,9 Prozent des Jahrganges 1984 (und in den nachfolgenden Jahrgängen dürfte dieser Anteil nicht geringer sein) zum Zivildienst zwangseingezogen werden.

Im Krankenhaus oder in der Hauskrankenpflege kann selbst ein physisch und psychisch nicht in bester Lage befindlicher 18-Jähriger unserem Gemeinwesen nützlich sein und seinen Platz aufgezeigt bekommen, ein verantwortungsvolles wie nützliches Mitglied unseres Volkes zu sein.

Peter Hild, Potsdam

Nur Grundlegendes

Zu: „Brüssel lässt unsere Flusswehre einreißen“ (Nr. 35)

In Brüssel sind Politiker der zweiten und dritten Garnitur mit einer erschreckenden Machtfülle ausgestattet, was dazu führt, dass aus Brüssel auch viel Unfug und Unrat kommt. Darum muss Brüssel entmachtet und die Selbstbestimmung der Staaten der EU gestärkt werden. Auch wenn Brüssel und die EU zu bejahen sind, muss doch der Aufgabenbereich von Brüssel auf Grundlegendes beschränkt werden, überhaupt wäre auch noch einmal darüber nachzudenken, was Brüssel übergreifend zu befinden hat und was nicht.

Günter Skorko, Hamm

PAZ in der Schule: Der Geschichtslehrer hat gestaunt

Zu: *PAZ*

Hallo liebe Redaktion, mein Mann hatte bei Ihnen ein vierwöchiges Probe-Abo der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bestellt, weil unsere Tochter momentan in der achten Klasse deutsche Geschichte auf dem Lehrplan hat. Sie hat diese Zeitung mit in die Schule genommen und es kam wunderbar an.

Der Lehrer wusste gar nicht, dass es so eine Wochenzeitung gibt, speziell mit dem Ostpreußenteil.

Daraufhin haben wir für unsere Tochter Vanessa ein Abo geordert, und die Schulbescheinigung gleich mitgefaxt. Es ist schön, dass es mit dem Schüler-Abo zum halben Preis klappt.

Es passt momentan wunderbar in ihren Lehrplan, aber auch mein Mann wird wohl ein „Auge“ hineinwerfen, da sein verstorbener Vater aus Medenau/Kreis Fischhausen stammt und er gerne forschen möchte, ob es da den Einen oder Anderen gibt, der eventuell seine Familie kannte.

Maria Wolff, Hannover

Lasst ihn giften

Zu: „Prügel vom Pfarrer“ (Nr. 36)

Von dem weit linken Pfarrer Schorlemmer verbale Prügel zu beziehen (wie es Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm ergangen ist), kann man durchaus als Ehre bezeichnen. Lasst ihn giften. Wir leben in einem halbwegs freien Land, in dem jeder seine Meinung frei sagen darf, selbst wenn meist Unrat seinem Munde entströmt.

Friedrich Schorlemmer sollten wir vergessen und nicht weiter erwähnen. Damit treffen wir ihn am meisten. Er will doch etwas sein, und dazu braucht er die Medienpräsenz.

Werner Voss, München

Haben Politiker das Endlager bereits heimlich ausgesucht?

Zur Diskussion über ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle

Für die Auswahl eines Standortes für ein Endlager hoch radioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle aus Kernkraftwerken soll zunächst ein mehrstufiges Auswahlverfahren und später unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hierauf aufbauend ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden.

Hierbei sind Alternativen in unterschiedlichen Gesteinen (Salz, Granit, Ton), Tiefen und Konstruktionen aufzuzeigen und gegen einander abzuwägen.

Die bisherigen Aktivitäten der hierfür Verantwortlichen lässt diese Vorgehensweise für die breite Öffentlichkeit bisher nur schwer erkennen. Vielmehr haben die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, dass ohne alternative Untersuchungen ein Endlager in Gorleben in einem Salzstock in nur zirka 1000 Meter Tiefe bereits von der Politik heimlich ausgewählt wurde.

Dr. Rolf Bielecki, Jesteburg

Naumburg: Komplettes Kriegsgefangenenlager wurde vergessen

Zu: „Tod und Elend auf den Rheinwiesen“ (Nr. 29)

Es war ja wirklich Zeit, dass endlich einmal die Zustände in Gefangenenlagern auf deutschem Boden zur Sprache kommen. Der Brief des Herrn Kraft aus Mannheim hat mich zum Schreiben angeregt.

Mein leider vor vier Jahren verstorbener Mann, Jahrgang 1923, hat als junger Offizier den Sturm auf Berlin bei Seelow mit seinen Männern noch zu verhindern versucht. Danach marschierte er – allein – Richtung Westen. Von Russen wurde er eingefangen und sollte mit vielen anderen ehemaligen Soldaten wieder gen Osten marschieren. Aber es gelang ihm die Flucht und sein Weg ging wieder der Richtung Westen. Diesmal haben ihn bei Weißenfels die Amerikaner aufgelesen und ins Kriegsgefangenenlager in Naumburg an der Saale gebracht.

Auf dem Gelände des ehemaligen Heeres-Verpflegungslagers müssen mehrere Tausend Soldaten zusammengepfercht worden sein. Es war so eng, dass die Männer nur stehen konnten.

Mein Mann erzählte, dass sie auch zum Schlafen sich nicht setzen konnten. Wie ein wogendes Kornfeld hätten nachts die schlafenden Männer ausgesehen.

Und die Verpflegung? Trotz der vollen Speicher gab es für jeden Mann pro Tag nur einen Maggi-Suppenwürfel und dazu Wasser mit einem Schlauch. Ein Sadist gab ihnen eines Tages eine Büchse Schmalzfleisch.

Kurz bevor Thüringen von den Amerikanern geräumt wurde, bekam mein Mann am 24. Juni 1945 seine Entlassungs-Papiere und erhielt die Möglichkeit, mit einem Truck bis Crailsheim zu fahren, von wo aus er sich nach Würzburg durchschlug, wo seine Mutter inzwischen eine neue Heimat gefunden hatte. Allerdings hatten ihn die fünf Wochen in Naumburg so abmagern lassen, dass seine Mutter ihn erst an der Stimme erkannte.

Im Mai 1996 waren mein Mann und ich in Naumburg, um etwas über das damalige Lager zu erfahren und ob es wirklich gelungen war, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit alle Gefangenen zu entlassen. Aber niemand wusste etwas von dem Lager. Weder bei der Zeitung noch im Rathaus war irgendetwas zu erfahren. Meinen Mann fertigte man als großen Märchen-Erzähler ab.

So wird vieles, was man uns Deutschen angetan hat, bewusst in die Schublade des Vergessens gepackt.

Rosemarie Zerrath, Würzburg

Unsere Freiheit ist eingeschränkt

Zu: „Die vergessenen Opfer“ (Nr. 31)

Ich frage mich immer wieder, wer in unserem Land bestimmt, was die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigen darf und was unter den Teppich gekehrt wird.

Zu dieser Frage gehört eine weitere, denn es erstaunt doch, dass deutsche Historiker und Medien diese Einschränkung der Meinungs- und Forschungsfreiheit so einfach hinnehmen.

Ja, Historiker werden sogar in der Zementierung von Fälschungen oder Faktenverkürzungen tätig, denken wir nur an die Festlegungen der Opferzahlen der drei großen Angriffswellen auf Dresden.

Das Geschehen um den Kriegsausbruch gehört zu den herausragenden Beispielen für Verschweigen und Schuldverlagerung. Es ist niemand bei uns zu finden, der sich nur der historischen Wahrheit verpflichtet fühlt. Man liegt vor den nationalistischen polnischen Geschichtsfälschungen auf den Knien und nimmt so auch hin, dass die deutschen Opfer des polnischen Nationalismus ganz einfach vergessen werden; doch auch sie haben unser Gedenken und unsere Trauer verdient.

Theo Lehradt, Bremen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 37 – 12. September 2009

MELDUNGEN

Fünf Jahre Partnerschaft

Osterode – Osterode in Ostpreußen und Osterode im Harz haben das fünfjährige Bestehen ihrer Städtepartnerschaft gefeiert. Zum Festprogramm in der ostpreußischen Stadt gehörten ein Gottesdienst in polnischer und deutscher Sprache, der morgens in der evangelisch-lutherischen Kirche gefeiert wurde – auf den Tag genau 100 Jahre, nachdem in dieser Kirche am 31. August 1909 der erste Gottesdienst gefeiert worden war. Dieses Mal nahmen neben offiziellen Vertretern der beiden Städte auch etwa 200 frühere Einwohner des ostpreußischen Osterode teil, die aus der Bundesrepublik angereist waren. *PAZ*

Zum Gedenken an Tannenberg

Jägersdorf – Ende August 1914 bewahrte der deutsche Sieg bei Tannenberg Ostdeutschland vor russischer Besetzung. Auf dem Soldatenfriedhof in Jägersdorf bei Neidenburg, wo 23 deutsche und russische Soldaten ruhen, wurde aus diesem Anlass nun ein Kreuz enthüllt. Eingeweiht wurde es vom ermländischen Weihbischof Jacek Jezierski und von Pastor Roland Zagora. *PAZ*

Pillauer Seetief wird geöffnet

Zoppot – Russland öffnet das Pillauer Seetief für den internationalen Schiffsverkehr. Anlässlich der Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges unterzeichnete der russische Ministerpräsident Wladimir Putin in Zoppot einen entsprechenden Vertrag. Polen hatte diesen Schritt lange gefordert und ersehnt, denn am Frischen Haff liegen immerhin zehn polnische Häfen und Anlegestellen. *PAZ*

Zum Gedenktag nach Königsberg

Louis-Ferdinand Schwarz gedachte in der Erlöserkirche der Opfer des Bombenterrors vor 65 Jahren

Königsberg, das Samland, Gumbinnen, Insterburg, Pillau – jeden Tag steuerte Louis-Ferdinand Schwarz mit seinen 26 Begleitern ein anderes Ziel an. Höhepunkt und Anlaß der Reise war eine Gedenkveranstaltung in der Erlöserkirche zu Ehren der Opfer der alliierten Bombenangriffe auf die ostpreußische Hauptstadt vor 65 Jahren.

Louis-Ferdinand Schwarz steht im Innenhof des früheren Krankenhauses der Barmherzigkeit in Königsberg. Er legt Rosen nieder am Gedenkstein, den er hat errichten lassen – zur Erinnerung an die Diakonissen, die hier nach der Besetzung durch die Sowjets 1945 weiter ihren mildtätigen Dienst geleistet haben – oft bis zur Erschöpfung, bis zum Tod.

Neben ihm steht eine Angestellte des Krankenhauses, Schwester Natascha. „Geh mal auf Angriff", ruft jemand. Es ist scherzhaft gemeint. Schwarz soll die Russin in den Arm nehmen. Aber niemandem ist zum Lachen zumute. Es kullern sogar einige Tränen. Leise sagt Schwarz: „Meine Oma liegt auch hier begraben."

Dieser Besuch in dem Krankenhaus ist der erste wichtige Termin von Schwarz' Reisegruppe im nördlichen Ostpreußen. Vorher haben die deutschen Touristen bereits zwei Tage im südlichen Teil verbracht, unter anderem in Rastenburg. Jetzt liegen sechs Tage „Oblast Kaliningrad" vor ihnen. Es ist ein anstrengendes Programm.

Wieder einmal ist Schwarz mit einer Reisegruppe nach Ostpreußen aufgebrochen. Zum 44. Mal. Der ehemalige Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Fischhausen scheint einen Rekord aufstellen zu wollen. Königsberg, das Samland, Gumbinnen, Insterburg, Pillau – jeden Tag wird ein anderes Ziel angesteuert.



Mit 26 Begleitern ist Schwarz in Rauschen im Hotel Falke untergebracht. Am ersten Tag nach ihrer Ankunft im nördlichen Ostpreußen fährt die Gruppe in die Hauptstadt Ostpreußens. Im Königsberger Dom singt ein russischer Chor das Ostpreußenlied und „Ännchen von Tharau". Spontaner Applaus. Danach besichtigen die Gäste den wiederaufgebauten Dom. Wieder unten angekommen trifft die Reisegruppe auf ein russisches Hochzeitspaar, das auf der Honigbrücke steht und einen Schlüssel in den Pregel wirft. Das Schloss wurde zuvor am Eisengitter der Brücke befestigt. Nie wieder soll es aufgehen.



Volles Programm: Die Reisegruppe (oben auf der Königsberger Dominsel) steuerte unter der Leitung von Louis-Ferdinand Schwarz (links) jeden Tag ein anderes Ziel an. Bilder (2): Schleusener

Viele Russen heiraten jung. Das wirkt sich auch auf die Geburtenrate aus, die jahrelang beängstigend niedrig war. Nun sind plötzlich überall im Königsberger Gebiet junge Mädchen und Paare mit Kinderwagen zu sehen. Öfter als in bundesdeutschen Städten. Kaum zu glauben, dass die Geburtenrate so niedrig sein soll, wie es Statistiken besagen. Für die Eltern lohnt es sich, denn wie in der Bundesrepublik Deutschland wird in der Russischen Föderation ein verdienstabhängiges Elterngeld gezahlt, das in der Gesamtsumme mehr als 300 000 Rubel (rund 10 000 Euro) ausmachen kann.

In der Stadthalle und in einem Vortrag von Professor Wladimir Gilmanow informieren sich die Besucher über die Zerstörung des Stadtschlosses und über die Bemühungen von deutscher Seite, das Königsberger Schloss wiederaufzubauen. Ein Jahrhundertprojekt, das wohl nicht so schnell in Gang kommen wird.

Konkrete Fortschritte gibt es eher im Kleinen: Der Direktor der Stadthalle berichtet, im September käme ein Ostpreuße ins Königsberger Gebiet, um seinen Familienschatz zu heben. Die Familie hat ihn 1945 vergraben. Mit den russischen Behörden habe er sich bereits geeinigt. Er dürfe das Familienerbe behalten, dafür bekommt das Königsberger Museum aus dem Familienbesitz des Deutschen einen Becher, aus dem Napoleon persönlich getrunken haben soll. Dass Ostpreußen 1945 ihren Besitz „für später" eingegraben haben, ist nichts Neues. Auch Schwarz berichtet davon: „Auch ich habe auf dem Grundstück meiner Mutter gegraben." Gefunden hat er jedoch nichts.

Das Grundstück der Familie Schwarz war das Gut Pollwitten im Samland. Heute ist davon nichts mehr übrig. Die Reisegruppe sucht die Überreste von Pollwitten drei Tage später auf. Schwarz, der als Siebenjähriger damals mit seiner Schwester von der Mutter nach Pommern in Sicherheit gebracht worden ist, war 1990 das erste Mal hier. Aber er hat nicht nur keinen Schatz gefunden, sondern auch sonst nichts, was an den Hof erinnert hätte. „Hier standen keine drei Steine mehr aufeinander", berichtet er. Seine Großväter wurden 1945 getötet, Haus und Hof dem Erdboden gleichgemacht.

Doch Schwarz, der während der Reise seinen 72. Geburtstag feierte, hat dennoch längst seinen Frieden mit den Russen gemacht. Das wird deutlich, als er am 26. August in der evangelischen Erlöserkirche eine Gedenkfeier anlässlich des alliierten Bombenangriffs von 1944 durchführt. Er erinnert an die Ereignisse von damals, an den Tod und die Zerstörung im Feuersturm.

„Der Untergang der blühenden Krönungsstadt nahm in dieser letzten Augustwoche des Jahre 1944 seinen so verhängnisvollen Anfang", sagte er. Doch dann betont er, dass er sich als „ehrlicher Botschafter einer endgültigen Versöhnung" sehe und: „Ich freue mich und bin ein wenig stolz, sagen zu dürfen, dass ich hier sehr viele russische Freunde habe." Probst Jochen Löber, der seine Kirche zur Verfügung gestellt hat und der Zeremonie beiwohnte, war dennoch nicht sehr angetan von der Gedenkfeier im allgemeinen und Schwarz' Rede im besonderen.

Der deutsche Pastor war nicht nur ohne Talar erschienen, sondern kritisierte hinterher zusätzlich, durch die Nennung der Details der alliierten Kriegsverbrechen sei ihm die Rede von Louis Ferdinand Schwarz „zu scharf" vorgekommen. Übrigens waren auch die Vertreter des offiziellen, russischen Königsbergs nicht erschienen, obwohl sogar Hans-Gert Pöttering, der Präsident des EU-Parlaments, schriftlich dazu eingeladen hatte.

Dennoch war die Gedenkveranstaltung wie auch der Rest der Reise für die Teilnehmer ein unvergessliches Erlebnis. Schwarz plant indes schon die nächste Reise im Herbst 2010. *Markus Schleusener*

Cranz feiert sein 727-jähriges Bestehen

Erstes Teilstück der Autobahn Königsberg–Ostseebäder eröffnet – Neue Uhr auf der Dreiangel (Zentralplatz) eingeweiht

Im August feiert das im Jahre 1252 gegründete Cranz traditionell sein Stadtfest. In diesem Jahr war es das 727.. Das Fest wird zwar immer feierlich begangen, doch diesmal gab es viel Neues. Das erste Teilstück der Autobahn von Königsberg zu den Ostseebädern wurde eigens für dieses Fest eröffnet. Zwar ist der Weg nicht in 20 Minuten zu schaffen, wie die Bauherren behauptet hatten, doch gab es zumindest keine Staus. Eine Überraschung erlebten die Königsberger auf dem Rükkweg, als sie wieder die selbe Autobahn nehmen wollten: Nur die Fahrbahn für den Hinweg war freigegeben worden. Wer trotzdem die Autobahn befuhr, wurde von der Polizei abkassiert.

Die Feier fand auf der Dreiangel (heute Zentralplatz) in Cranz statt, Festumzüge bewegten sich über die Straßen des Kurorts. Daran nahmen Mädchen auf Stelzen des Theaters „Del" teil, Modelle in Hochzeitskleidern sowie Ritter in Rüstungen.

Auf der Dreiangel erhielten neu gewählte Ehrenbürger des Kreises Cranz ihre Auszeichnungen. Einer bekam sogar eine Medaille für Mut und Entschlossenheit, weil er vor kurzem ein ertrinkendes Kind aus dem Meer gerettet hatte.

Auch die Stadt Cranz selbst erhielt ein Geschenk: Eine neue Uhr auf der Dreiangel sollte enthüllt werden. Doch das blaue Leinentuch wollte sich nicht lösen. Die Theatermädchen auf Stelzen eilten zu Hilfe und nach ein paar Versuchen zeigte sich die neue Uhr in ihrer ganzen Pracht.

Nach der offiziellen Zeremonie bewegte sich der Festumzug von der Allee der Freundschaft zur Promenade an einer Reihe von Ständen vorbei, an denen Künstler aus der ganzen Region ihre Arbeiten präsentierten.

Es wurden verschiedene Holzschnitzereien, Bilder, Häkel- und Strickwaren, Bernsteinschmuck und Keramik angeboten.



Foto: Tschernyschew

Die Uhr wird enthüllt.

Gegen Mittag fand die erste Ziehung der städtischen Lotterie statt. Hauptpreis war ein Dacia „Logan".

Auch die kleinen Gäste erhielten ein Geschenk: das neue Literatur- und Kunstmagazin „Murr", vorgestellt von Künstlern aus Königsberg und Schriftstellern aus Cranz. Der Held des Journals, Kater Murr, ist der Enkel des berühmten gleichnamigen Katers, über den E.T.A. Hoffmann geschrieben hat.

Neugierig betrachteten die Gäste die orangefarbenen Elektrozüge, ein Import aus China. Sie können 20 Passagiere befördern und fahren mit Musik durch die Straßen im Zentrum.

Im Stadtpark versuchten Mitglieder verschiedener Geschichtsvereine – „Sprechendes Wasser" aus Cranz, „Kaup" aus Königsberg und „Insterburg" aus Insterburg – Mittelalter-Stimmung herzustellen. Um den See gab es zerstörte Zelte des Deutschen Ordens, etwas entfernt davon befanden sich die Unterkünfte der alten Prußen. Die Zuschauer wurden Zeugen vom Leben der Prußen zur Zeit der Wikinger, von der Eroberung Preußens durch den Deutschen Orden und vom Leben am Hofe Herzog Albrechts. Sie konnten sehen, wie die Menschen damals gearbeitet haben, und sich auch selbst daran beteiligen. Besonders vielen gefiel es, Tonfiguren einer mythischen „Mutter Erde" mit Bernsteinstückchen zu bekleben.

Die Stadtfeier fiel mit dem Tag des Sports zusammen, deshalb waren auf den Straßen auch viele Sportler unterwegs. Faszinierend war der Leichtatlethiklauf „Cranzer Meilen". Bei der Cranzer Mittelschule gab es ein Minifußball-Turnier. Wer es ruhiger mochte, konnte auch Schach spielen. Große Aufmerksamkeit zog das Schauklettern des Vereins der Felskletterer auf sich. Die Feier endete am Abend mit einem grandiosen Feuerwerk. *Jurij Tschernyschew*

»Silberne Rose«

Guttentag ehrt SKGD-Funktionsträgerin

Barbara Kaczmarczyk ist mit der „Silbernen Rose“ ausgezeichnet worden. Die Angehörige der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen, die mit ihrem Mann eine Möbelfirma betreibt, ist stellvertretende Vorsitzende des Kreisrates in Guttentag, Vorsitzende des Gemeindevorstandes der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) in Guttentag und Präsidiumsmitglied des Woiwodschaftsvorstandes der SKGD in Oppeln.

Barbara Kaczmarczyk Bild: Internet

Die Auszeichnung für verdiente Einwohner von Guttentag ist der Schlesierin während der „Guttentager Tage“ von der Bürgermeisterin feierlich verliehen worden. Die so Geehrte zeigte sich überrascht und überglücklich, aber auch bescheiden: „Diese Auszeichnung ist für mich sehr wichtig. Ich habe mich sehr gefreut. Doch ich will mich nun nicht auf den Lorbeeren ausruhen und werde mich weiterhin für die Gesellschaft, die Gemeinde und die deutsche Minderheit sowie im Kreisrat stark einsetzen. Mein Ziel ist, möglichst viel zu erreichen.“ *PAZ*

Baden-Württemberg engagiert sich

Innenminister Heribert Rech: »Kultur der Vertreibungsgebiete muss erhalten bleiben«

Zu den am stärksten für die Ost- und Sudetendeutschen engagiertesten deutschen Landespolitikern gehört der Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech (CDU). Der 1950 geborene Vater zweier erwachsener Töchter stammt aus einer donauschwäbischen Familie aus Parabutsch in der Batschka. Rech ist seit 2004 Innenminister und zugleich Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler. Zuletzt sprach Rech am 30. August vor Vertriebenen, Anlass war das 58. Vinzenzifest und das 35. Egerländer Landestreffen in Wendlingen. „Unser Land ist eine einzigartige Aufbauleistung von Einheimischen und Heimatvertriebenen“, erklärte Rech und verlangte: „Wir müssen die Vergangenheit im Bewusstsein der Menschen lebendig halten und aus der Geschichte unsere Lehren für die Zukunft ziehen. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass mit dem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin im Geist der Versöhnung ein sichtbares Zeichen gesetzt wird.“

Die Festlichkeiten seien ein beeindruckendes Bekenntnis der Egerländer Landsleute zu ihrer Herkunft, ihren Wurzeln, zu ihren Traditionen und ihrer Heimat. Im Rückblick auf Vertreibung und Flucht, auf die schrecklichen Geschehnisse und die schlimmen Folgen des Zweiten Weltkriegs müsse man sagen, dass auch der Weg der Egerländer ein Leidensweg war. Auch sie hätten ihre angestammte Heimat, ihre Habe und ihren Besitz verloren.

Der Innenminister wies darauf hin, dass die großartige Integrationsleistung in den Jahren nach 1945 Gegenstand einer Landesausstellung sei, die am 12. November im Haus der Geschichte in Stuttgart eröffnet werde und bis 22. August 2010 zu sehen sein soll (*PAZ*-Bericht soll folgen): „Mit dieser Ausstellung bekennen wir uns zu der Geschichte und zu den Leistungen unserer Heimatvertriebenen. Ich wünsche der Ausstellung viele Besucher.“



Tag der Heimat 2009 in Berlin: Bundeskanzlerin Merkel, Landesminister Heribert Rech (dahinter) und LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg Bild: K.B.

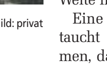
Das Vinzenzifest, das traditionsreiche Egerer Erntedankfest, ist 1952 in Wendlingen wiedererstanden. Nur wenige Wochen zuvor sprach Rech Anfang August beim 61. Bundestreffen der Südmährer in Geislingen. Auch dort rief die Gesellschaft auf, die Erinnerung an die Kultur von Heimatvertriebenen wach zu halten. „Die Kultur der Vertreibungsgebiete muss erhalten bleiben, auch wenn die Erlebnisgeneration sie eines Tages nicht mehr selbst pflegen kann“, erklärte Rech. Museen, Archive, Institute oder ein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin seien der Weg für diese Erinnerungskultur. *K.B.*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

kürzlich wurde mir ein schmales Büchlein in die Hand gedrückt mit der Bemerkung „Das hast du doch geschrieben!“ Ich wollte schon den Kopf schütteln, denn der Titel „Zum Feierabend“ kam mir doch sehr unbekannt vor, da fiel mein Blick auf die Unterzeile „Lache on Griene en eenem Sack“, und es dämmerte mir: Ja, natürlich hatte ich damals mit **Hanna Wangerin** zusammen diesen Vorläufer der Schulungshefte der Landsmannschaft Ostpreußen im Auftrag des Kulturellen Veranstaltungsdienstes zusammengestellt, denn es begannen sich überall die vertriebenen Landsleute zusammenzufinden, und sie wollten ihrer Heimatliebe Ausdruck geben mit den Worten der ostpreußischen Dichter und Schriftsteller. So boten wir ihnen mit diesem ersten Band der Schriftenreihe der LO, den der junge Zeichner **Hans-Jürgen Press** graphisch gestaltete, „besinnliche und meist heitere Gedichte und Erzählungen bekannter und neuer ostpreußischer Autoren“. Und das trotz des schmalen Umfanges in reicher Fülle: von **Agnes Miegel** bis **Walter Scheffler**, von **Hansgeorg Buchholtz** bis **Toni Schawaller**, von **Frieda Jung** über **Charlotte Kayser** und **Fritz Kudnig** bis zu **Edith Schröder**, die zu den „neuen Autoren“ gehörte, denen erst Flucht und Heimatlosigkeit die dichterische Sprache gegeben hatten. Ich hatte einen „Vorspruch für einen Ostpreußenabend“ geschrieben, denn der Titel dieses Büchleins sollte ja damals vor allem der Gestaltung von Heimatabenden dienen. Er begann mit den Worten: „Wir wollen heute in die Heimat gehen ...“

Damals: Das war im Jahr 1950! Aber diese Zeile könnte auch heute jede Veranstaltung einleiten, die gerade jetzt zum „Tag der Heimat“ stattfindet. Überall, wo sich die Vertriebenen zusammenfinden, steht das Wort „Heimat“ als großes Dach über allem Denken und Handeln. Obgleich inzwischen fast 60 Jahre verstrichen sind, obgleich wir nicht mehr wie in dem Büchlein die Nichtostpreußen als „liebe Leser aus dem Gastland“ anreden, sondern in ihren Regionen sesshaft wurden, bleibt die Heimat das Land, in dem unsere Wurzeln noch immer stecken. Nach dem wir immer Heimweh haben werden, das damals wie eine offene Wunde brannte. Das nicht nur in den bleibenden Werken der Dichter zum Ausdruck kommt, sondern auch in den Niederschriften vieler Vertriebenen, die heute nach deren Tod in Briefen und Tagebuchaufzeichnungen entdeckt werden. So wie die von einer Ostpreußin, die vor einigen Jahren in Karlsruhe verstarb und in deren Nachlass ihre Partnerin eine Aufzeichnung fand, die mit „Heimweh“ betitelt ist. Und die uns wert erscheint, sie hier als einen Beitrag unserer Ostpreußischen Familie zum „Tag der Heimat“ zu bringen. Denn diese Niederschrift wird nicht nur die älteren Leserinnen und Leserinnen berühren, weil sie damals die gleichen Empfindungen hatten, sie soll auch den Jüngeren aufzeichnen, wie gerade die älteren Kinder unter der Heimatlosigkeit gelitten haben. Denn **Christel Schulz** aus Gumbinnen war im Juni 1946 erst 15 Jahre alt, ihre Aufzeichnung „Heimweh“ wird damit zu einem unbestechlichen Zeitdokument.





Gumbinnen: Heimatstadt von Christel Schulz Bild: privat

Christel beginnt mit einem Gang durch die winterlichen Straßen der westdeutschen Stadt, in der sie nach der Flucht eine Bleibe gefunden hat: „Eis, Schnee, Kälte. Die Natur ist in einen tiefen Winterschlaf gefallen – die Menschen auch. Man lebt ... wofür? Wenn man dann, von einer unsichtbaren Macht getrieben, durch die Straßen wandert, immer weiter, weiter, fast ohne zu wissen, wohin – dann wird man eben auch unfreundlich. Man will sein Inneres, das schmerzt, wund ist, der Umwelt nicht zeigen, und wird dann so menschenscheu, feindlich, verschlossen gegen alles. Und Wünsche? Die äußert man kaum. Es ist eben alles tot. Ja, sicher, man hofft auf etwas Erlösendes ...“ Und das kommt dann mit dem Frühling, mit der erwachenden Natur.

„Ja, und dann erwacht auch das Herz zu neuem Leben und Fühlen, Was fühlt man? Die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat – das Heimweh! Ja, das Heimweh steigt hoch. Quälend, drückend wird es, kaum erträglich. Mit jedem hoffnungsvollen neuen Frühlingstag wird es größer, genau wie jede Knospe, jedes Blatt größer wird. Bis jetzt war es tot – nein, nicht tot, es hat nur geschlafen, gekeimt, tief im Herzen der Heimatlosen. Jetzt ist es erwacht. Die warmen Sonnenstrahlen sind hinein gedrungen bis in den tiefsten Winkel des Herzens, wo das Heimweh keimte, nur ganz leise angehaucht zu werden brauchte. Haben es angerufen durch den frischen Duft, durch das Gezwitscher der Vögel, die jetzt wieder heimgekehrt sind. Nun ist es da, mächtig groß geworden in den ersten Frühlingstagen, lässt kaum andere Gedanken aufkommen.

Ich muss an das Gedicht von Agnes ‚Heimweh‘ denken: ‚Ich hörte heute Morgen am Klippenhang die Stare schon, sie sangen wie daheim, und doch war es ein anderer Ton ...‘ Als ich diese Verse zu Hause zum ersten Mal las, fand ich es sehr schön, aber verstanden habe ich sie wohl kaum. Heute? Heute weiß ich, was Agnes Miegel mit diesen einfachen Worten meint, was sie gefühlt hat, als sie dieses Gedicht schrieb. Denn heute fühle und denke ich genau so, nur, dass sie es so wunderbar ausgedrückt hat in diesen schlichten Worten – das große, tiefe Heimweh! ‚In meiner Heimat Feldern liegt in den Furchen noch der Schnee ...‘ Die ganze große Sehnsucht nach der fernen Heimat klingt darin. Vielleicht ist meine Heimat gar nicht so schön wie es hier ist? Ich weiß nur, dass ich sie unendlich liebe, dass ich sie am schönsten finde von allen Teilen, allen Winkeln, die ich jemals gesehen habe. Die Heimat! ‚Hier ruh'n die starken Wurzeln deiner Kraft‘, sagt Schiller. Ja, hier haben unsere Ahnen gelebt, hier haben sie gearbeitet, gesorgt, ihre Freunde gehabt und hier sind ihre Gräber ... Mag die Fremde noch so schön sein, mag sie einem alle Freuden des Lebens bieten – es ist nicht die Heimat, nicht die Heimaterde, in der jeder fest verankert ist, von der niemand los kann!

An einem schönen sonnigen Tag wandere ich durch die Vorstadt, durch Gärten und Wiesen. Ein lauer Wind weht über die junge Saat und lässt sie wie rollende Wogen erscheinen. Vögel steigen hoch und immer höher, schwingen ihre Flügel frei, immer kleiner werden sie, dann sind sie verschwunden. Wohin fliegen sie? Nach unserer Heimat? Ihnen kann niemand etwas befehlen, sie sind frei, ohne Fesseln. Wehmut steigt in mir hoch, und meine Gedanken fliegen mit, einen weiten, weiten Weg – ich lausche in die Weite hinaus:

Eine breite Straße taucht erst verschwommen, dann immer deutlicher vor mir auf. Uralte Kastanien stehen zu beiden Seiten. Große, alte, mir so vertraute Häuser schimmern durch das Laub der Bäume, und dort steht *unser* Haus. Mit den großen Schaufenstern hebt es sich von den andern ab. Langsam wandere ich weiter und stehe plötzlich in einem großen Raum – unserem Esszimmer. Meine Mutter sitzt in der Ofenecke in einem schweren Sessel. Dann sitze ich auch schon vor dem Flügel und lasse meine Hände über die schwarzen und weißen Tasten gleiten. Meine Mutter nickt mir freundlich zu.

Plötzlich springe ich auf und laufe durch die Werkstatt, in der die Maschinen laut kreischen und die Arbeiter emsig hobeln und hämmern, dann über den Holzplatz und stehe nun im Garten. Zwischen den mit prächtigen weißen Blüten geschmückten Bäumen schimmert die grünweiße Laube. Kletterrosen haben sich bis auf das Dach empor gerankt. Ein Busch mit schneeweißem Flieder steht an der rechten Seite. Schnell habe ich einen großen Strauß zusammengebunden. Und dort: Fröhlich springe ich zu meinem Beet hinüber. Mein im vorigen Jahr gepflanztes Mandelröschen hat auch schon eine kleine Blüte – wie niedlich sie ist! Das muss Mutti sofort wissen. Da kommt sie gerade den Kiesweg herunter mit einem Korb am Arm. Die Hühner, weiße und bunte, kommen gackernd angelaufen, allen voran der schneeweiße Hahn mit lauten Kikeriki, um die letzten säumigen Hennen anzulocken, als Mutti einige Körner verstreut. Dann gehen wir gemeinsam zu den Kaninchen. Meine beiden Lieblinge, ein schwarzes und ein weißes, schmiegen sich mit ihren weichen Fellchen an mich. Oh ja, ich weiß, ihr wollt euer Fläschchen haben. Ihre Mutter ist nämlich verstorben ...

Ja; und dann blicke ich verwundert auf. Wo war ich denn wieder einmal? Zu Hause! Ach, könnte ich doch dort sein. Langsam wandere ich zurück. Am Himmel, der schon ganz dunkel ist, blinken Sterne auf. Der Mond strahlt über mir wie eine glänzende Sichel. Genau so wie in der Heimat. Derselbe Himmel, dieselben Sterne und der Mond leuchten auch über mein Vaterhaus. Von fern kommt eine Melodie, irgendwoher erklingt: ‚Heimat, deine Sterne, sie strahlen mir auch an fernem Ort.‘ Ja, ihr Sterne kennt meine Heimat! Langsam laufen Tränen über meine Wangen, immer mehr quellen hervor und tropfen zur Erde.

Heimatland, noch einmal dich wieder sehen! Noch einmal dem Rauschen deiner uralten, dunklen Wälder lauschen. Leise verklingt die Melodie: ‚... in der Ferne träum' ich vom Heimatland.‘ Sollen wir es wirklich nie wieder sehen, unser geliebtes Ostpreußen, nie wieder die kristallklaren, blauen Seen erblicken? Nie wieder durch die unendlich scheinenden Kornfelder und Wiesen wandern? Ist uns die Heimat wirklich für immer verloren? Nein, das darf nicht sein. Man muss auf die Heimkehr hoffen. Auch wenn es jetzt, wo Deutschland, unser Vaterland, besiegt ist und niedergedrückt wird, schwer fällt, an ein neues Erwachen, Emporkommen zu glauben. Man muss hoffen, und sich durch nichts abbringen lassen. Und wenn ich in trostlosen Stunden noch einmal zu zweifeln beginne, dann steht plötzlich der Spruch Fichtes vor Augen, den sich jeder Deutsche tief und für immer einprägen sollte: ‚Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an deines Volkes Aufersteh'n. Lass diesen Glauben dir nicht rauben trotz allem, allem, was gescheh'n ...‘ Und Ostpreußen ist ja Deutschland!

Dann ist man wieder getröstet, neue aufgerichtet und gestärkt im Glauben an Deutschland, an das Vaterland, an die Heimat!“

So schrieb sich Christel Schulz damals im Sommer 1946 ihr Heimweh und ihre Hoffnung von der Seele. Ein junges Mädchen, das – durch die Flucht herausgerissen aus der Geborgenheit, die Heim und Heimat boten – schneller und schmerzlicher ihre Kindheit verlor als gedacht. Das beweisen diese so bewegenden Zeilen der 15-Jährigen, die sie bis zu ihrem Tod im Jahr 2007 in Karlsruhe aufbewahrt hat. Ihre Partnerin, Frau Dipl. Ing. **Sabine Wagner**, fand diese Aufzeichnungen im Nachlass von Frau **Christel Heller** geborene **Schulz**, und erkannte sofort ihren dokumentarischen Wert. Da sie in einem schlechten Zustand waren, gab sie den Text in den Computer ein und übersandte uns eine Diskette. Frau Wagner schrieb dazu: „Christel hat bis zu ihrem Tod im Jahre 2007 an Heimweh gelitten. Die Flucht war ein Trauma, das sie nie verwand. Der Aufsatz ist ein verständliches und ergreifendes Zeugnis dafür, was damals in den Flüchtlingen und Vertriebenen vor sich ging. ‚Heimweh‘ ist ein Erbe, das allen Ostpreußen gehören sollte“!

Wir danken Frau Sabine Wagner sehr dafür!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: Pawlik

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 107. GEBURTSTAG

Minuth, Helene, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Seniorenstift Hohenwald, Oberurselerstraße 73, 61476 Kronberg, am 19. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schlemminger, Erich, aus Angerburg, jetzt Hauptstraße 13, 38557 Osloß, am 17. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Wylutzki, Margarete, geb. **Pruß**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, jetzt Hopgarten 4, 38462 Grafhorst, am 15. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Pilz, Ida, geb. **Jeroch**, verw. **Abel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Lärchenstraße 27, Seniorenheim Am Schwarzholz, 04567 Kitzscher, am 17. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Druba, Gerda, geb. **Kawald**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Horsthauser Straße 30, 44628 Herne, am 20. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dohm, Elfriede, geb. **Dobrzinski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Munscheiderstraße 102, 44869 Bochum am 17. September

Krizons, Erna, geb. **Westphal**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Moltkestraße 3, 32105 Bad Salzuflen, am 19. September

Mahnke, Eva, geb. **Palußek**, aus Lyck, Bismarckstraße, jetzt Zimmermannstraße 8, Luisenhof Altersheim, 37075 Göttingen, am 20. September

Reiche, Elfriede, aus Lyck, jetzt Bekstraße 15, 22880 Wedel, am 20. September

Zabel, Helmut, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt Brookfield, WI 53045-3315, 2740 Memory Lane, am 19. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lauer, Ursula, geb. **Holstein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Grevenbroicher Weg 7, 40547 Düsseldorf, am 20. September

Luskau, Ingeborg, geb. **Kempas**, aus Ebenrode, jetzt Nikolausberger Weg 1, 37057 Göttingen, am 19. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Madsen, Herta, geb. **Pitzer**, aus Ebenrode, jetzt Andreasstraße 20, 22301 Hamburg, am 15. September

Müller, Otto, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Metzer Straße 7, 42855 Remscheid, am 19. September

Reimann, Siegfried, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Moellenkamp 12 b, 30926 Seelze, am 18. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Anneliese, geb. **Reck**, aus Neidenburg, jetzt Wasserstraße 3, 59505 Bad Sassendorf, am 19. September

Halw, Bruno, aus Treuburg, Otto-Reinke-Straße 16, jetzt Kolping - straße 16, 86825 Bad Wörishofen, am 19. September

Kangowski, Elfriede, geb. **Scharnowski**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenweg 2, 19205 Vietlübbe, am 16. September

Lippik, Friedrich, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Hässtraße 20 bei Lahmer, 29649 Wietzendorf, am 20. September

Prawdzik, Karl, aus Zielhausen, Kreis Lyck, jetzt Braunschweiger Straße 11, 38685 Langelsheim, am 18. September

Schnetzkat, Rita, geb. **Kiebert**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrich-König-Straße 20, 98527 Suhl, am 17. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bornemann, Traute, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Hinter dem Amtshof 11, 27356 Rotenburg, am 19. September

Gnosa, Thekla, geb. **Neumann**, aus Lyck, jetzt Am dicken Turm 19, Pankratius Altenheim, 58636 Iserlohn, am 18. September

Gunia, Frieda, geb. **Zacharias**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt 1436 Princeton, Berkley/ Michigan, USA, am 16. September

Kowalewski, Emilie, geb. **Jankowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, jetzt Mainstraße 3, 64560 Riedstadt, am 19. September

Paulekuhn, Grete, geb. **Reusch**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Birkenweg 3, 24582 Brügge am 19. September

Schubert, Elisabeth, geb. **Kloß**, aus Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Reinickendorfer Straße 93, 13347 Berlin, am 17. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czerwinski, Wilhelm, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Buchenweg 9, 85757 Karlsfeld, am 19. September

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Steinerweg 4, 53809 Ruppichteroth, am 18. September

Hohnsbein, Frieda, geb. **Weylo**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Paul-Sorge-Straße 143, 22455 Hamburg, am 18. September

Homann, Johanna, geb. **Rehberg**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kampschulteweg 1, 37671 Höxter, am 1. September

Jucknies, Hildegard, geb. **Tomath**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, jetzt Schützenwaldweg 10, 79540 Lörrach, im September

Kanzler, Hildegard, geb. **Neusetzer**, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Grundstr. 99, 55218 Ingelheim/Rhein, am 20. September

Otto, Willi, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Leipziger Straße 19, 28832 Achim, am 17. September

Pamin, Walter, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hinterdorfstraße 24, 37434 Rollshausen, am 19. September

Ponneleit, Helene, geb. **Kühn**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ostlandstraße 33, 24787 Fockbek, am 19. September

Rhinow, Meta, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Wagrierweg 37, 22455 Hamburg, am 18. September

Sandrock, Martha, geb. **Metzdorf**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Römerstraße31, 74864 Fahrenbach, am 17. September

Schenkluhn, Frieda, geb. **Gonschor**, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Wohnstift Beethoven, 53332 Bornheim, am 18. September

Sommer, Herta, geb. **Geruschke**, aus Biothen, und Adlig Popelken, Kreis Wehlau, jetzt Alter Kupfermühlenweg 139, 24939 Flensburg, am 16. September

Stegat, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Schönmörcherstraße 20, 24539 Neumünster, am 17. September

Thrun, Charlotte, geb. **Briese**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Timm-Kröger-Weg 34, 24939 Flensburg, am 19. September

Topeit, Erich, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Bornstraße 38, 35708 Langenaubach, am 16. September

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, jetzt Siebenbuchen 14, 22587 Hamburg, am 14. September

Zlotowski, Emmi, geb. Leitner, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 65, 17179 Finkenthal, am 14. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Amon-Amonsen, Christian, aus Trenk, Kreis Samland, jetzt Haus Christianeck, 90518 Altdorf, am 17. September

Biernath, Ernst, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt In der Kneife 18, 45739 Erkenschwiek, am 19. September

Bokemeyer, Marianne, geb. **Wolff**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Detmolder Straße 43, 32545 Bad Oeynhausen, am 15. September

Borowski, Arnold, aus Preußwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hymendorfer Straße 69, 27624 Drangstedt, am 19. September

Eichenauer, Ruth, geb. **Schossadowski**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldstraße 58, 45968 Gladbeck, am 18. September

Ellmer, Horst, aus Hopfenbruch, Kreis Ebenrode, jetzt Friedensstraße 29/30, 65510 Idstein, am 17. September

Falinski, Otto, aus Megdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Pasbachstraße 55, 45329 Essen, am 20. September

Friedrich, Margrete, geb. **Gamser**, aus Treuburg, jetzt Zühlsdorfer Straße 8, 12679 Berlin, am 16. September

Hacke, Gerda, geb. **Kledtke**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Todtenhauser Straße 57, 32425 Minden, am 19. September

Herwig, Anneliese, geb. **Moysessyk**, Treuburger Markt 61, Kreis Treuburg, jetzt Tizianstraße 15, 14467 Potsdam, am 20. September

Hinz, Margarete, geb. **Grabbeck**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Am Kamp 12, 24589 Nortorf, am 14. September

Hofmann, Erna, geb. **Ollech**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Kirchstraße 4, 01594 Staucha ü. Riesa, am 14. September

Kampmann, Brigitte, geb. **Neumann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Langenweg 32, 88131 Lindau, am 18. September

Kessler, Luzia, geb. **Markowski**, aus Elsau, Kreis Rößel, jetzt Osterratherstraße 73, 47877 Willich, am 10. September

Knies, Grete, aus Lyck, jetzt Ossietzkyring 24, 30457 Hannover, am 18. September

Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, jetzt Gustav-Bratke-Straße 69, 30629 Hannover, am 14. September

Lünsch, Horst-Wilm, aus Neidenburg, jetzt Schwartzstraße 96, 46045 Oberhausen, am 14. September

Morawe, Martha, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Breitscheid-Straße 7, 39164 Wanzleben, am 18. September

Moskwa, Paul, aus Neidenburg, jetzt Baumschulweg 2, 65439 Flörsheim, am 16. September

Neumann, Magdalene, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Zikadenweg 16 f, 22043 Hamburg, am 19. September

Ollech, Emma, geb. **Beber**, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Straße der Opfer des Faschismus 4 C, 29410 Salzwedel, am 19. September

Pischon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Westerealder Straße 18, 31749 Autal, am 20. September

Pommereit, Ernst, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Paul-Bonatz-Str. 33, 40595 Düsseldorf, am 18. September

Ratschkowski, Elfriede, geb. **Bauer**, aus Baldenhain/Gera, jetzt Afrikanische Straße 100, 13351 Berlin, am 18. September

Powierski, Kurt, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Südliche Ringstraße 191 a, 63225 Langen, am 17. September

Quednau, Hans-Otto, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Weierweg 10, App. 3502, 79111 Freiburg, am 16. September

Rabis, Frieda, geb. **Pirdschun**, aus Scharfeneck, jetzt Landshuter Straße 9, 84036 Obergangkofen, am 13. September

Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, jetzt Zwernberger Weg 21, 90449 Nürnberg, am 20. Seprember

Scherhaus, Frieda, geb. **Kornatzki**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 12, 24783 Osterrönfeld, am 14. September

Schulz, Bruno, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Haußelbergweg 49, 29328 Faßberg, am 16. September

Seidel, Edith, geb. **Wassel**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Waldstraße 27, 58509 Lüdenscheid, am 20. September

Zumann, Gerhard-Paul, aus Ortelsburg, jetzt Musberg 81, 24326 Ascheberg, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barsch, Anni, geb. **Baumann**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, jetzt Hellweg 86, 40235 Düsseldorf, am 16. September

Becker, Werner, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Große Schulstraße 15, 49078 Osnabrück, am 20. September

Bernt, Margarete, geb. **Gesick**, aus Sanditten, und Pelohnen Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Gorkistraße 8, 08107 Kirchberg, am 20. September

Brandau, Hildegard, geb. **Brozio**, aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt Am Ginsterbusch 11, 44803 Bochum, am 20. September

Ebert, Annemarie, geb. **Bacher**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, jetzt Nordpromenade 6, 06255 Schafstadt, am 18. September

Fleischer, Joachim, aus Neumühl, und Neumühl Ziegelei, Kreis Wehlau, jetzt Mörikestraße 14, 41564 Kaarst, am 20. September

Freitag, Ingeborg, geb. **Pagel**, aus Lyck, Yorkstraße 11, jetzt Pulsstraße 5, 14059 Berlin, am 18. September

Giovannini, Rita, geb. **Possekel**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Kantweg 3, 53498 Bad Breisig, am 14. September

Göbel, Manfred, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt 145 Bellevue Road, 2261 Tumbie-Umbie, NSW., Australien, am 15. September

Gusek, Bruno, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Stader Landstraße 28, 27721 Ritterhude, am 17. September

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2009

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongress

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

23. bis 25. Oktober: 2. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird gesondert hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Hoffmann, Erika, geb. **Tamowsky**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Leher Landstraße 38, 27607 Langen, am 15. September

Jonischkeit, Walter, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Peter-Dörfler-Straße 39, 88161 Lindenberg, am 18. September

Kaujokat, Helmut, aus Dürfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Im Dorfe 1, 29223 Celle, am 13. September

Komossa, Willi, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Geibring 6, 67245 Lambsheim, am 14. September

Konopasek, Lilli Erika Elfriede, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heidebergenstraße 22, 53299 Bonn, am 18. September

Krämer, Claus, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Plaggen 11, 23866 Nahe, am 19. September

Lindner, Waltraud, geb. **Neumann**, aus Dachsrode, Kreis Wehlau, jetzt Niebuers Kamp 6, 49808 Lingen, am 15. September

Loseries, Hans-Georg, aus Ebenrode, jetzt Louise-Scher-Straße 24A, 65582 Diez, am 14. September

Mindt, Helmut, aus Groß Schönau, Kreis Gerdauen, jetzt Mittlerer Hainberg 11, 37120 Bovenden, am 11. September

Nickel, Gerhard, aus Grieben, Kreis Ebenrode, jetzt Luettmoor 22, 23866 Nahe, am 20. September

Nielsen, Brunhilde, aus Neuen - dorf, Kreis Lyck, jetzt Eichenkreutzstraße 39, 40589 Düsseldorf, am 14. September

Olkiewicz, Lisbeth, geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Karwendelstraße 6, 86507 Oberottmanshausen, am 20. September

Peters, Sieghardt, aus Treuburger Grenzstraße 8, Kreis Treuburg, jetzt Römerstraße 22, 71116 Rohrau, am 16. September

Pichler, Ruth, geb. **Blanck**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Mühlenweg 113, 46483 Wesel, am 20. September

Püscher, Ilse, geb. **Soboll**, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Pulsstraße 5, Seniorenhaus, 14059 Berlin, am 16. September

Regge, Erhard, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Holthausenstraße 65, 42369 Wuppertal, am 15. September

Reinert, Heinz, aus Neidenburg, jetzt Emsring 15, 44628 Herne, am 16. September

Rinio, Heinz, aus Rogallen, Kreis Lyck, jetzt Wiegenstraße 11, 61130 Nidderau, am 15. September

Senkbeil, Gerhard, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Am Leuchtturm 9, 27809 Lemwerder, am 18. September

Spieckermann, Hans-Jürgen, aus Ortelsburg, jetzt Im Graben 51, 44579 Castrop-Rauxel, am 17. September

Schulz, Waltraud, geb. **Bischoff**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hönigshausen 15A, 51789 Lindlar, am 17. September

Timas, Ursula, geb. **Pasternak**, aus Wehlau, Niddener Straße, jetzt San Antonio Cir Apt 7, Salinas, Kalifornien, USA, am 15. September

Vödisch, Ingeborg, geb. **Dolenga**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt Amselweg 4, 42477 Radevormwald, am 16. September

Weber, Horst, aus Triptis, Kreis Neidenburg, jetzt Oschitzer Straße 2, 07907 Schleiz, am 14. September

Weist, Gisela, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Elbinger Straße 6, 28237 Bremen, am 17. September

Wenzelewski, Ernst, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Friedhofstraße 33, 64711 Erbach, am 16. September

Zander, Eva, geb. **Döllermann**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Friedericke-Krüger-Straße 5, 17279 Lychen, am 18. September

Zietlow, Edith, geb. **Skomrock**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Marschhof 20, 26389 Wilhelmshaven, am 17. September



Mertsch, Hans, aus Schaberau am Pregel, Kreis Wehlau und Frau Elli, jetzt Akazienweg 3, 59320 Ennigerloh, am 3. September

Modregger, Hugo, aus Damerau, Kreis Ebenrode und Frau Gertraut, geb. **Schierig**, jetzt Käthe-Kollwitz-Straße 28A, 28717 Bremen, am 3. September



Pettkus, Gerhard, Argenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit und Frau Elisa, jetzt Hohlweilerstraße 10, 91443 Scheinfeld, am 19. September

Pönopp, Gerhard, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, und Frau Brigitte, geb. **Krause**, aus Wissingen, jetzt Sandweg 7, 49143 Bissendorf, am 19. September

Schulz, Gerhard Georg, Schaberau am Pregel, Kreis Wehlau und Frau Irmgard, jetzt Steigstraße 12, 55296 Gau-Bischofsheim, am 29. August

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. September, Landesdelegierten- und Kulturtagung im Hotel Wartburg, Langestraße 49, 70174 Stuttgart, Telefon (0711) 20450. Landesdelegiertentagung, 19. September: Beginn: 10 Uhr mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht und Entlastung. Damit die Delegiertentagung ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, bitten wir die Gruppenvorsitzenden um vollzähliges Erscheinen, beziehungsweise um Entsendung eines Delegierten aus ihren Gruppen. Ende der Delegiertentagung etwa gegen 12.30 Uhr mit anschließendem gemeinsamen Mittagessen. Landeskulturtagung 19. und 20. September, Hotel Wartburg, Beginn am Sonnabend, 14 Uhr, mit Ministerialdirigent Herbert Hellstern vom Innenministerium Baden-Württemberg, Vortrag mit Diskussion, danach spricht Friedrich-Wilhelm Böld, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern und Schatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen, ein Grußwort mit anschließender Diskussion. Ab 19.30 Uhr findet unter der Leitung von Peter Jurėwitz ein „Kultureller Heimatabend“ mit Geschichten, Gedichten und gemeinsamem Gesang statt. Das gemeinsame Abendessen wird gegen 18.30 Uhr eingenommen. Sonntag, 9.30 Uhr, Fortsetzung der Landeskulturtagung im Hotel Wartburg. Irma Barraud spricht ein „Wort zum Sonntag“. Anschließend gibt es zwei Vorträge. Ulla Gehm, Landeskulturreferentin, hält den Vortrag: „Charlotte Keyser – Schriftstellerin aus Ruß/Memelland“, und die Landesvorsitzende Uta Lüttich referiert: „Käthe Kollwitz – Ich will wirken in dieser Zeit“ Leben und Werk der Grafikerin und Bildhauerin aus Königsberg. Im Anschluss an die Landesdelegiertentagung wird gemeinsam am „Tag der Heimat“, ab 14 Uhr in der Liederhalle, Stuttgart, teilgenommen. Bitte tragen Sie zu dieser Veranstaltung Ihr Ostpreußenkleid oder die Herrenweste, damit die Ostpreußen beim Einzug der Trachtenträger auch vertreten sind. Gäste sind herzlich eingeladen. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093

Pforzheim – Sonntag, 20. September, „Tag der Heimat“ in Pforzheim. – Mittwoch, 30. September, 126. Preußische Tafelrunde. Uta Lüttich referiert über „Elisabeth Boehm-Steppuhn – Die Begründerin der Landfrauenbewegung“.

Stuttgart – Sonntag, 20. September, 11 Uhr, Totengedenken mit Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der Vertreibung am Kursaal, Bad Cannstatt – Sonntag, 20. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Helgesaal der Liederhalle, mit Begrüßung, Ansprache und Auftritten verschiedener Kapellen, Chören und Volkstanzgruppen.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 12. September, 14.30 Uhr, Feier zum „Tag der Heimat“ in Illerrieden. Anfahrt: Buslinie 70 um 14.20 Uhr am ZOB, Bahnsteig 4, Ulm. Rückfahrt: 17.14 Uhr Illerrieden, Haltestelle Gasthaus zur Brücke. – Sonnabend, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Bayern



Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Gernot Danowski hält einen Vortrag: „100 Jahre Heinz Erhardt – der verschmitzte Humorist aus Riga“.

Bamberg – Mittwoch, 16. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Es gibt einen Bericht über die Masurenrundreise im Juni 2009.

Ingolstadt – Sonntag, 20. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 15. September, 12 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“ zum Königsberger Klops-Essen und Rückblick auf 2008.

Memmingen – Mittwoch, 16. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Freitag, 11. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Sonnabend, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel, anschließend hält Hubertus Moeller einen Vortrag: „Masuren, von der Geschichte vernachlässigt“.

Nürnberg – Freitag, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Thema: „Meine Jahre der Gefangenschaft in Sibirien – Eine Betroffene berichtet“. – Sonntag, 20. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“, Kleiner Saal, Meistersingerhalle.

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Lüneburg – Einen feierlichen Ostpreußischen Heimatgottesdienst veranstaltet die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen am Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, in der Johanniskirche Lüneburg.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 27. September, 11 Uhr, Mahnmalfeier zum „Tag der Heimat“, Hindenburgplatz, Gunzenhausen.

Berlin



Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Angerburg – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, „Oase-Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Neues aus Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7712354.



Darkehmen – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, „Oase-Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Neues aus Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7712354.



Goldap – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, „Oase-Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Neues aus Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7712354.

Bremen



Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Sonntag, 20. September, 10 Uhr, Tagesfahrt zum Strohmuseum in Twistringen, zum Wehlauer Heimatmuseum in Syke und zum Bauernmarkt am Syker Kreismuseum. Twistringen war rund 300 Jahre lang ein Zentrum der Verarbeitung des Strohs. Das Strohmuseum in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Twistringen dokumentiert die Strohverarbeitung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Vom Trinkhalm über die Strohhutproduktion bis hin zum modernen nachwachsenden Rohstoff für Isoliermaterial, das Strohmuseum in Twistringen zeigt eine verblüffende Vielfalt an Verwendungsmöglichkeiten. Es war ein anspruchsvolles Ziel, das sich die Beteiligten, Kreismuseum Syke, Kreisgemeinschaft Wehlau und der Bund der Vertriebenen 2008 gesetzt hatten. Das Wehlauer Heimatmuseum im Ochtmannier Speicher sollte inhaltlich um Flucht und Vertreibung der Bewohner aus allen deutschen Ostgebieten sowie deren Integration in den heutigen Landkreis Diepholz erweitert werden. Das Wehlauer Heimatmuseum im Kreismuseum Syke ist heute ein gelungenes Beispiel für die Fortführung kleiner heimatgeschichtlicher Sammlungen, das einen Besuch lohnt. Verlauf: 10 Uhr, Abfahrt vom ZOB Bremen, Breitenweg; von etwa 11 bis 12.15 Uhr, Führung im Museum der Strohverarbeitung in Twistringen; 12.30 Uhr bis 13.45 Uhr, Mittagessen im Gasthaus Zur Penne in Twistringen; 14 Uhr, Fahrt nach Syke; 15 Uhr, Führung im Wehlauer Kreismuseum, anschließend Besuch des Bauernmarktes mit vielen Attraktionen, wie zum Beispiel Backtag, Direktvermarkter, Pflanzenflohmarkt, Tante-Emma-Laden, Brezel-Verkauf, Buttern, Melken, Milchzentrifuge, Weben, Dreschen und Stuhlflechten. Rückkehr nach Bremen etwa gegen 18.30 Uhr. Preis pro Person für Busfahrt, Eintritt und Führung im Museum der Strohverarbeitung in Twistringen und Eintritt im Kreismuseum Syke: 22 Euro. Anmeldungen werden ab sofort bei der Geschäftsstelle erbeten. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Konto: 80097454, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101.

Betrifft: »TAG DER HEIMAT«

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat" statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht abgedruckt werden.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. September, 14 Uhr, **ökumenischer Gottesdienst** zum „Tag der Heimat", St. Ansgar, Kleine Michaeliskirche, Michaelisstraße 5. Predigt: Pastor Peter Voß, Liturgie: Diakon Meinke. An der Orgel: Hans-Werner Held. Der Ostpreußenchor singt Lieder aus der „Deutschen Messe" von Franz Schubert.

Sonntag, 13. September, 15 Uhr, „**Tag der Heimat**" des LvD im Hotel SAS Radisson, fällt aus technischen Gründen leider aus, eine kleine Zusammenkunft im kleinen Rahmen findet im „Haus der Heimat", Teilfeld 8, statt. Einlass 14.30 Uhr.

Sonnabend, 26. September, 10 Uhr, **Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften**, Gerhart-Hauptmann-Platz (gegenüber von Karstadt, Mönckebergstraße) zusammen mit dem Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghausen. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

Sonnabend, 26. September, 10 bis 17 Uhr, (Einlass: 9:30 Uhr), **9. Heimattreffen im norddeutschen Raum** im Hotel „Zur Glashütte", Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt Telefon (040) 5298660, Fax: (040) 52986635. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord/Norderstedt über die B432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach etwa zwölf Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. 10 Uhr Begrüßungsansprachen, 10:30 Uhr Vortrag: „Wolfskinder Ostpreußens und ihre Schicksale". Hierzu wird Annita Motzkus aus eigener Erfahrung berichten. Beim Diavortrag wird sie von Manfred Samel (Vorsitzender der Insterburger in Hamburg) unterstützt. 12 bis 14 Uhr Mittagspause (Zeit zum Plachandern / Vertellen / Schabbern). Nachmittags wird es gemütlich. Der LAB-Chor Hamburg unter der Leitung des Gumbinner Landsmannes Dieter Dziobaka wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. Danach sorgt die Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußenplatt" (Bielefeld) mit den Duddelspielern Heinz Grawitter und Hans Günter Schattling für gute Stimmung. Mitsingen und Mitmachen ist angesagt. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause und langsam klingt das Beisammensein aus. Nach dem Ende des Heimattreffens können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weiter ausgelebt werden. Gäste sind herzlich willkommen! Nähere Informationen bei Mathilda Rau, Telefon (040) 6016460, oder Hans Günter Schattling, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonntag, 4. Oktober, 14 Uhr, Herbstfest im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Dazu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, um bei Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag (Ostpreußen – wie es war) einige gesellige Stunden miteinander zu verbringen, und in Erinnerungen schwelgen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bis zum 2. Oktober bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag 5 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 7. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kulturelles Programm ist geplant. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest („Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder und der Herbst beginnt") der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf gelegen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel wird man unter der Erntekrone bei Musik und Gesang gemütlich beisammen sein. Spenden für den Erntetisch werden dankbar entgegengenommen. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg / Wilhelmburg – Montag, 28. September, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle", Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Es wird Erntedank gefeiert mit Erinnerungen an die Heimat.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 19. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Gustav Rupietta einen Vortrag: „650 Jahre Hohenstein".

Hanau – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wiesbaden – Sonnabend, 12. September, 11.15 Uhr, Feierstunde am BdV-Gedenkstein in Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlbeck, zum „Tag der Heimat". Unter der Mitwirkung des ostpreußischen Frauenchores Berlin-Mark Brandenburg. Die Ansprache hält Stadtrat Wolfgang Herber. – Sonntag, 13. September, 11.15 Uhr, Feststunde zum „Tag der Heimat". Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die Festansprache hält Dr. Kristina Köhler, MdB. Vor der Feierstunde finden Gottesdienste in der Marktkirche und St. Bonifatiuskirche (10 Uhr) statt. Ab 15 Uhr Kinderfest. – Sonnabend, 26. September, 15 Uhr, Erntedankfest-Feier im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Wer helfen möchte, den Erntetisch zu bereichern und zu verschönern, teile dies bitte Helga Laubmeyer, Telefon 303767, oder Helga Kukwa, Telefon 373521, mit.

Wetzlar – Montag, 14. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Der Vorsitzende Kuno Kutz hält einen Diavortrag „Eine Fahrt durch die ost- und westpreußische Heimat". Gäste sind herzlich willkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Sonnabend, 3. Oktober, von 10 bis 17 Uhr, 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, Jahn-Sport-Forum (Schwedenstraße / Kulturpark). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Hotels: Hotel am Ring, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 5560 (Preise: DZ 65 Euro, EZ 55 Euro inklusive Frühstück, bei Gruppen Rabatt, Kennwort: „Ostpreußentreffen"), Parkhotel, Windbergsweg 4, Telefon (0395) 55900; Hotelberatung Neubrandenburg Bettina Rennack, Telefon (039606) 20499.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 9. Oktober, 10.30 Uhr, Tagesausflug: „Fahrt zum Elchessen nach Sittensen" und Besuch des „Tister Bauernmoor". Abfahrt: 10.30 Uhr Busabfahrt ZOB Buxtehude, 10.35 Uhr Marktkauf / Post, 10.40 Uhr Abensener Straße / Denkmal, 10.45 Uhr Abensener Straße / Wachtelburg. Weitere Haltepunkte in Apensen und Beckdorf können abgesprochen werden. Mittagessen in Sittensen, Landhaus de Bur. Auf der Speisekarte stehen Elchbraten oder ein vegetarisches Gericht, Weiterfahrt nach Burgsittensen. Hier erwartet eine Kaffeetafel die Gruppe, anschließend fährt man mit der Moorbahn. Im Preis von 45 Euro sind enthalten: Mittagessen, Kaffeegedeck und Moorbahnfahrt. Anmeldungen umgehen unter Telefon (04161) 3406.

Fallingbostel – Vom 11. bis 27. September zeigt der BdV zwei Bilderausstellungen im Heimathaus, Marktstraße 1, Hofseite, 29683 Dorfmark. „Königsberg in alten Ansichten" lautet der Titel der ersten Ausstellung und die zweite beschäftigt sich mit „Bernstein – ostpreußisches Gold". Diese Exponate werden von der Landsmannschaft Ostpreußen ausgeliehen und dem BdV nur für die Ausstellungen zur Verfügung gestellt. Die Ausstellungen erfolgen auf Anregung des Heimatvereins Dorfmark und waren bereits im Jahresprogramm eingeplant. Auf den Bildern sind Aufnahmen von Königsberg zu sehen wie es sich früher einmal darstellte, bevor noch zum Schluss des Krieges englische Bomber die kulturell hoch stehende Provinzhauptstadt von Ostpreußen in Schutt und Asche legten. Die Bilder der Ausstellung „Bernstein – ostpreußisches Gold" zeigen interessante Exponate über die Bernsteingewinnung durch industriellen Abbau und die mühselige Arbeit der Bernsteinfischer in früheren Jahren. Für diese Ausstellung hat der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes, Albrecht Dyck, einen Anschauungs- und Verkaufstisch organisieren können, an dem ebenfalls das weltbekannte Königsberger Marzipan angeboten wird. Die Herstellungsfirma verlegte nach dem Krieg ihre Produktionsstätte in den Westen der Bundesrepublik Deutschland. Leider ist der Bernstein- und Marzipanverkauf nur am Freitag, 11. September, möglich. Weitere Aktionen sind in Planung während der Laufzeit der Ausstellungen, die über drei Wochenenden gezeigt werden. In deren Rahmen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sind Diavorträge im Hotel Deutsches Haus, Hauptstraße 26, 29683 Dorfmark geplant. Am 15. September, 19.30 Uhr, hält Frau Sauerwein den Diavortrag: „Brücken bauen für ein bisschen Hoffnung“, und am 22. September referiert Hans-Georg Tautorat über „Leben und Werk großer Ostpreußen“.

Hannover – Freitag, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Ruderclub Ihmeblick. Nach der Sommerpause gibt es zum gemütlichen Beisammensein Reiseberichte aus Ostpreußen von Luise Wolfram, Horst Potz, Lore Rueß und Roswitha Kulikowski.

Helmstedt – Donnerstag, 17. September, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Freitag, 18. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 24. September, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonntag, 13. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ im Restaurant Franz, im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74 (am Marschiertor). Die Feier steht unter dem Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – Ein starkes Europa“. Es soll aller Opfer von Gewaltherrschaft gedacht werden. Diese mahnen zu Gerechtigkeit, Frieden, Respekt und Toleranz., Verbunden mit dieser Einladung ist eine Jubiläumsveranstaltung: „60 Jahre Landsmannschaften – 50 Jahre Haus des Deutschen Ostens“ in Aachen. Mit Bildern aus den letzten Jahren, Vorträgen, Liedern und Musik wird es eine informative Feierstunde werden. Sie sind alle herzlich eingeladen und keiner sollte diese Feierstunde verpassen.

Bielefeld – Donnerstag, 17. September, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 21. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Freitag, 11. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Freitag, 11. September, 18 Uhr, Verleihung des Andreas-Gryphius-Preis an Arno Surminski, Eichendorff-Saal, GHH. – Dienstag, 15. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert. – Mittwoch, 16. September, 19 Uhr, Vortrag von Dr. Christian Pantle „Die Varusschlacht – Was geschah im Teutoburger Wald?“

Ennepetal – Donnerstag, 17. September, 19 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt ein Königsberger Klopse-Essen. – Sonnabend, 19. September, 16 Uhr, Feierstunde zum „Tag der Heimat“ in der „Rosine“.

Essen – Sonntag, 13. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Gaststätte Am Pferdezentrum St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51, 45144 Essen. Referentin ist Petra Hinz, MdB. – Freitag, 18. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe mit Berichten der Mitglieder über Reisen in die Heimat.

Gütersloh – Sonnabend, 12. September, 11 Uhr, Seniorenfahrt nach Minden. Dort erwartet die Gruppe ein interessantes Programm, das von dem früheren Vorsitzenden der dortigen Ostpreußen, Werner Kruschel, zusammengestellt wurde. Lm. Kruschel wird die Gruppe auch empfangen. Alle interessierten Senioren sind herzlich eingeladen, aber auch Nichtsenioren und Nichtmitglieder sind willkommen. Die Kostenbeteiligung von 10 Euro wird im Bus eingesammelt, Nichtsenioren (unter 65 Jahre) oder Nicht-Mitglieder zahlen 15 Euro. Abfahrt: 11 Uhr Kahlertstraße / Ecke Magnolienweg, 11.05 Uhr Marktplatz / Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 11.10 Uhr B 61 / Ecke Grenzweg, 11.15 Uhr Café Raschke, 11.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 11.25 Uhr Verler Straße / Ecke Stadtring Sundern, 11.30 Uhr Verler Straße / Markant Supermarkt. Bitte nehmen Sie sich für die Mittagszeit „Stullen“ mit. Eine Einkehr ist erst zur Kaffeezeit geplant. Kalte Getränke gibt es im Bus. Anmeldungen bis spätestens 6. September bei Josef Block, Telefon 34841. – Sonnabend, 19. September, 19.09 Uhr (Beginn 20 Uhr), Treffen der Gruppe zum Herbstfest im „Spexarder Bauernhaus“, Lukasstraße 14, Gütersloh. Es spielt die „City-Band“ aus Bielefeld. Eintritt: 6 Euro für Mitglieder, 8 Euro für Nichtmitglieder. Nähere Informationen bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. – Seit sieben Jahren zelten Familien aus Gütersloh, Schlesien und Ostpreußen zusammen. Wie schon in den vergangenen sieben Jahren, so war auch in diesem Jahr das Familien-Zeltwochenende bei Groß und Klein ein voller Erfolg. Über 37 Personen nahmen die Gelegenheit wahr, um das gemeinsame Zeltabenteuer zu genießen. Neben Grillabend, Volleyball-Turnieren und Badespaß war für die meisten der absolute Höhepunkt eine Kanufahrt über achtzehn Kilometer auf der Weser. Nach einer kurzen Einweisung in die Künste des Paddelns wurden die Boote zu Wasser gelassen und es konnte losgehen. Es war gar nicht so einfach zu dritt oder zu viert im Kanu immer das Gleichgewicht und die Richtung zu halten. Gewohnt haben die Familien in Zelten, Wohnwagen und Wohnmobilen, die Mahlzeiten wurden gemeinsam vorbereitet und im Gemeinschaftszelt eingenommen, die Abende am Lagerfeuer beendet. Organisiert wurde das Familien-Zelt-Wochenende von der Gruppe Gütersloh. Diese konnte in diesem Frühjahr auf ihr 60jähriges Bestehen zurückblicken.

Iserlohn – Sonntag, 13. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im städtischen Saalbau Letmathe, Von-der-Kuhlen-Straße 35, Festredner ist Prof. Dr. Gilmanov von der Kant-Universität und Vorsitzender der Goethe-Gesellschaft Königsberg (Kaliningrad). Programm: 14 bis 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 15 bis 16 Uhr Gedenkstunde.

Köln – Die Gruppe hat gewählt. Dem neuen Vorstand gehören an: Frau Taruttis, Frau Franken, Herr Gramoll (Kassierer und Schriftführer), Frau Adamus, Frau Buchert, Frau Goldapp, Frau Blankschäfer, Frau Karmowsky, Herr Staar, Herr Wolff und Herr Batz. Der Vorstand betonte seine Offenheit gegenüber Anregungen von Außen.

Leverkusen – Die Gruppe war mit ihren Mitgliedern und Gästen auf einer interessanten Ganztagsfahrt. Zwei Busse brachten die Teilnehmer nach Schwamenauel. Dort ging es mit dem Schiff über den Ruhrstausee. Rund zwei Stunden hörte man interessante Erläuterungen des Kapitäns. Anschließend besuchte die Gruppe auf dem Kermeter das einzige Trappistenkloster in Deutschland. Im Klosterrestaurant wurde dann Mittaggegessen. In der bescheidenen doch sehr interessanten Klosterkirche durften einige der Chormitglieder der Gruppe singen, worüber sich die Anwesenden sehr freuten. Danach ging es nach Monschau, wo man im Schlosscafé mit Köstlichkeiten aus eigener Herstellung verwöhnt wurde. Es war ein wunderschöner und interessanter Tag. geschichtliche Informationen über die Trappisten und den Kermeter hatte Frau Pelka allen schriftlich zukommen lassen.

Mönchengladbach – Sonntag, 12. September, 11 Uhr, Gedenkfeier zum „Tag der Heimat“ vor dem Gedenkstein an der Stadthalle Rheydt.

Neuss – Donnerstag, 24. September, 15 Uhr, „Tag der offenen Tür“ in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17. Bei Kaffee, Kuchen und Programm.

Siegen – Freitag, 18. September, 17.30 Uhr. „Tag der Heimat“. Anton Olbrich weist schon jetzt auf die BdV-Veranstaltung zum Tag der Heimat hin. Kranzniederlegung und Gedenkworte am Ostdeutschen Ehrenmal, Oberes Schloss in Siegen – Freitag, 18. September, 17.30 Uhr. – BdV-Veranstaltung Tag der Heimat mit kulturpolitischem Programm: Sonntag, 20. September, Bismarckhalle, Siegen-Weidenau. Die Gruppe plant einen kleinen Bücherstand im Foyer der Bismarckhalle. Für den Schriftenstand sind Klaus-Josef Schwittay (früher Kreis Allenstein) und Kulturwart Schneidewind zuständig. Der Vorstand bittet um rege Teilnahme der Mitglieder.

Witten – Donnerstag, 24. September, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Es gibt Urlaubsberichte in Bild und Wort.

Wuppertal – Sonntag, 27. September, 11 Uhr, festliche Matinee zum 60jährigen Bestehen der Gruppe im Mendelssohnsaal, Stadthalle Wuppertal. Musikalische Gestaltung: Konzertpianist Arthur Keilmann und der Chor Harmonie (Leitung Nelly Illinich). Parken: Tageskarte kostet 3 Euro, Einfahrt Südstraße.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 11. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 17. September, 15 Uhr, heimatliche Kaffeestunde der Damen im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 18. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Montag, 21. bis 24. September, viertägige Busreise nach Schwerin zur Bundesgartenschau. Anmeldung unter Angabe von „Landsmannschaft Ostpreußen“ beim Reiseunternehmen Westend, Telefon (0611) 449066.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826.

Dresden – Sonnabend, 26. September (Terminänderung!), 10 Uhr, „Tag der Heimat“ des Heimatverbandes Dresden, Meißen, Sächsische Schweiz im Dresdner Rathaus. Festredner: Bundeskanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) angefragt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 16. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 14. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Tag der Heimat“ im „Krötenhof“. – Montag, 21. September, 14 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Sonnabend, 12. September, 13.30 Uhr, Feier zum „Tag der Heimat“ im AMO – Kultur und Kongresshaus, Magdeburg. – Sonntag, 13. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 15. September, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Dienstag, 22. September, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Hauptkreistreffen – Hallo, liebe Braunsberger! Das letzte Wochenende im September rückt immer näher. Unser jährliches Treffen findet wieder am 26./27. September in Münster statt. Der Vorstand erwartet Euch, es lohnt sich möglichst zahlreich dabei zu sein, zeigen wir uns in der Patenstadt Münster! Bitte Übernachtungen bei der Johanniter-Akademie schnellstens bestellen, unter Telefon (0251) 97230145.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Ablauf des Kreistreffens / der Mitgliederversammlung im Hotel Esplanade, Bad Nenndorf, Telefon (05723) 702460. Freitag, 25. September: ab 14 Uhr, Eröffnung des Tagungsbüros / Treffen im Restaurant; 14 Uhr, Delegiertenversammlung und Kreistagssitzung im „Hufeland-Raum“; 16 bis 18 Uhr, Film- und/oder Diavorträge im „Agnes-Miegel-Raum“. Sonnabend, 26. September: 9 Uhr, Eröffnung des Tagungsbüros / Verkauf von unter anderem Büchern; 9.30 Uhr, Treffen im Restaurant; 10.15 bis 11.45 Uhr, Film- und/oder Diavorträge im „Agnes-Miegel-Raum“; 12 Uhr, Mittagessen im Restaurant; 14 Uhr, Eröffnung der Mitgliederversammlung, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Totenehrung, Grußworte vom Patenkreis (Landrat Kethorn), Grußworte vom stellvertretenden Landrat Kreis Schaumburg (Hartmann-Grolm), Bericht des Versammlungsleiters des Kreistags Manfred Grusdt, Gastvortrag von Dr. Ruoff (*PAZ/OB*), Grußworte der Kirchspiel-Vertreter. Gegen 16 Uhr, Wahl der Kirchspielvertreter, Ostpreußenlied, gemütliches Beisammensein; 19 Uhr, musikalische Unterhaltung. Sonntag, 27. September: 10 Uhr, Gottesdienst in der Kirche Steinhude beziehungsweise Bad Nenndorf, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses, Ausklang im Hotel. Anmeldungen bei Kreisgemeinschaft Elchniederung, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon / Fax (034203) 33567.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Zweiter Band ab sofort erhältlich – Eine gute Nachricht: Der zweite Band der herausragenden Dokumentation von Dr. Wulf Wagner „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen“ ist fertig und ab sofort erhältlich. Wie schon im ersten Band dokumentiert Wulf Wagner auf 672 Seiten anhand bisher weitgehend unveröffentlichten Akten- und Bildmaterials die Geschichte und Baugeschichte unseres Heimatkreises, seiner Städte, Dörfer und Güter sowie die Entstehung einer großartigen Kulturlandschaft. Enthalten sind im Band 2 die Güter von Kanoten bis Woninkeim, aber auch die Stadt Nordenburg (die Güter mit den Buchstaben A bis H und die Stadt Gerdauen sind im ersten Band enthalten, dazu eine historische Einführung in den Kreis Gerdauen). Im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel steht neben dem Gutshaus jeweils die Besitzerfolge als Anhaltspunkt für die historische, kulturelle und landwirtschaftliche Bedeutung des betreffenden Landsitzes. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten macht das Buch lebendig und facettenreich. Der Anhang umfasst neben einem Nachwort des Verfassers auch Erläuterungen, ein Abkürzungs- und Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsregister für beide Bände. Beide Bände sind bei der Heimatkreisgemeinschaft zum Preis von jeweils 39,95 Euro (zuzüglich Versandkosten) erhältlich. Bestellungen richten Sie bitte an Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28 a, 24977 Langballigholz, Telefon (04636) 8408. Selbstverständlich können Sie die Bücher und alle anderen Materialien aus unserem Verkaufsangebot auch bei unserem Hauptkreistreffen an diesem Wochenende (12./13. September) in Rendsburg, Hotel Conventgarten, käuflich erwerben. Das Programm des Hauptkreistreffens, zu dem wir alle Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen herzlich einladen, finden Sie auf unserer Internet-Seite unter www.kreis-gerdauen.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Hauptkreistreffen am 12. und 13. September 2009 im Veranstaltungszentrum in Burgdorf, Sorgenser Straße 31 – Programm: 9 Uhr Öffnung des Veranstaltungszentrum; 11 Uhr Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park hinter dem Rathaus II; 12 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. im Saal des „Haus der Jugend“ (direkter Zugang vom Veranstaltungszentrum); 14 Uhr Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A (bis 16 Uhr). Ein Pendelbus steht zur Fahrt zur Verfügung. 16 Uhr Lesung: „Aus dem Nest gefallen“ – Arno Surminski; 19 Uhr musikalischer „Bunter Abend“ mit Tanz und Musik. Sonntag, 13. September: 9 Uhr Öffnung des Veranstaltungszentrum; 11 Uhr Feierstunde: Begrüßung durch die Kreisvertreterin Elke Ruhnke, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes, Lied: Choral von Leuthen, Vortrag in ostpreußischer Mundart (Gerlinde Groß), Grußworte der Ehrengäste, Festvortrag: Wolfgang Neumann über „Personen und Geschehnisse – Die Salzburger in Ostpreußen“, Instrumentalstück der Schützenkapelle Gehrden, Schlussworte Kreisvertreterin, Absingen des Deutschlandliedes (3. Strophe), 13.30 Uhr Öffnung der Heimatstube und des Archivs (bis 16 / Pendelverkehr fährt ab 13.15 Uhr), 14 Uhr Jubiläumsfeier für Konfirmanden in der St.-Pankratius Kirche am Spittaplatz unter der Leitung von Konrad Wien. 17 Uhr Offizielles Ende des Kreistreffens.

Sondertreffen – Sonnabend, 12. September: 11 Uhr Gemeinde Schwengels im Schützenheim Burgdorf, An der Bleiche 7, Leitung: Eleonore Kath. 15 Uhr Kirchspiel Bladiau im Gemeindesaal der Pankratiuskirche in Burgdorf, Gartenstraße Leitung: Konrad Wien. 15.30 Uhr Stadtgemeinde Zinten im Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenserstraße 31, Leitung: Viola Reyentanz. 16 Uhr Kirchspiel Deutsch Thierau im Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenserstraße 31, Leitung: Heinz Klein.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil freut sich auf ein Wiedersehen und wünscht allen Besuchern eine schöne Zeit. Jeder Gast erhält eine „kleine“ Aufmerksamkeit zur Erinnerung dieser Veranstaltung.

Kirchspiel Deutsch Thierau – Fritz Hellwig langjähriger Kirchspielstellvertreter und Ortsvertreter für die Gemeinde Hanswalde, Kirchspiel Deutsch Thierau tritt aus gesundheitlichen sowie Altersgründen von seinem Ämtern zurück. Im Namen des Vorstands der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, danke ich Landsmann Hellwig für seine heimattreue Arbeit und das Engagement zum Wohle der Kreisgemeinschaft.

Jubiläumskonfirmation, Information und Einladung – Anlässlich unseres Kreistreffens 2009 in Burgdorf werden wir am 13. September wieder eine Jubiläumskonfirmation feiern. Hierzu sind Landsleute aus allen Kirchspielen des Kreises recht herzlich eingeladen. Bitte informieren Sie den betreffenden Personenkreis. Die Konfirmation betrifft folgende Jahrgänge: 1945 Goldene, 1935 Diamantene, 1930 Eiserne, 1925 Gnaden. Wir wollen natürlich die nach dem Krieg Geborenen nicht vergessen. Diese können gerne teilnehmen. Es betrifft den Jahrgang 1970 (Silberne). Wir werden die Jubiläumskonfirmation am Sonntag den 13. September um 14 Uhr in der St.-Pankratius-Kirche in Burgdorf mit einem Jubiläumsgottesdienst feiern.

An dieser Stelle möchte ich mich für die fehlerhafte Darstellung in meiner Einladung im Heimatblatt (Nr. 54) entschuldigen und weise auf das korrekte Datum und meine neue Anschrift sowie Telefonnummer hin. Konrad Wien, 1. Kirchspielvertreter Bladiau, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092, E-Mail: konrad.wien@t-online.de



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Alte Fotos zum Heimattreffen – Im Pfingstbrief haben wir bereits auf Seite 19 ausführlich unsere Landsleute auf das Mitbringen von Vorkriegsfotos zu unserem Hauptkreistreffen am 20. September hingewiesen. Heute erinnern wir gerne noch einmal daran, uns Fotografien aus der Zeit vor 1945 mit einem gewissen Allgemeinwert zur Verfügung zu stellen. Trotz der in unseren beiden vor Jahren erschienenen Bildbänden zahlreich abgedruckten Aufnahmen, schlummern mit Sicherheit noch hier und da „alte Schätzchen“. Wir werden dieses Material in Ihrer Gegenwart ablichten und Sie können somit Ihre Erinnerungsstücke sofort wieder mitnehmen. Bitte denken Sie daran, dass manches Bild für einen Landsmann von untergeordneter, für den anderen jedoch von großer Bedeutung sein kann. Es würde mich freuen, viele Neidenburger, Soldauer und Freunde unserer Kreisgemeinschaft in Bochum – mit und ohne Foto – begrüßen zu dürfen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Liebe Schloßberger Landsleute! Herzlich willkommen zum Hauptkreistreffen 2009 in der Winsener Stadthalle – Sie erwartet an diesen zwei Tagen ein umfangreiches, interessantes Programm. Bereits gestern, Freitag, trafen sich die Ehemaligen der Friedrich-Wilhelm-Oberschule. Besuchen Sie auch unsere Heimatstube in der Rote-Kreuz-Straße 6. Sie ist heute, Sonnabend, ab 10.30 Uhr geöffnet, am Sonntag ab 13.30 Uhr. Ein Fahrdienst pendelt von der Stadthalle zur Heimatstube und zurück. Die genaue Zeiteinteilung des Treffens finden Sie auch in unserem Programm, das Sie am Eingang erhalten. Wir wünschen Ihnen viel Spaß und nette Gespräche. **Haben Sie noch Beiträge oder Termine** für den Heimatbrief? Redaktionsschluss war bereits am 1. September 2009. Daher also Beiträge umgehend zusenden an die Heimatbrief-Redaktion (siehe HB 2008, Seite 155 – Impressum). Vergessen Sie bitte nicht Ihre Spende; denn nur mit ausreichend Spendengeldern können wir auch weiterhin den Heimatbrief herausgeben! In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, auch an Spenden für unsere Stiftung zu erinnern. Das Verfahren der Stiftungsgründung läuft und ist kurz vor der Unterzeichnung durch die Kontrollbehörde. Überweisungsträger für den Heimatbrief und die Stiftung liegen dem Heimatbrief bei. Dort finden Sie auch die Spenden-Konto-Nummern.

Im Mai fand mit 40 Mitreisenden wieder eine Ostpreußen-Busrundfahrt statt. In diesem Jahr ging es über Danzig, Elbing mit Oberländer Kanal, Sensburg mit Bootsfahrt auf dem Spirdingsee und Masurenrundfahrt, Königsberg mit Dombesichtigung, Besuch der Salzburger Kirche in Gumbinnen, Insterburg mit Rundfahrt Tilsit, Schlossberg, Haselberg und freiem Tag für eigene Unternehmungen, zurück über Königsberg zur Samlandküste, Rau-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Gelebte Tradition ist mehr als nur Folklore

Die Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtage in Nordrhein-Westfalen fanden großen Anklang

Das rumänische Generalkonsulat in Bonn hat erstmals die Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtage im Patenland Nordrhein-Westfalen beherbergt.

„Siebenbürgen, Land des Segens, Land der Fülle und der Kraft ...“ Wenn diese Verse des Siebenbürgerliedes nicht in der „süßen Heimat“ mitten im Karpatenbogen erklingen, sondern in der Bundesstadt Bonn am Fuße des Siebengebirges, bedeutet das nicht etwa Nostalgie oder längst vergilbte Minderheiten-Folklore. Nein, es ist wahrhaftig gelebte Tradition jener Volksgruppe, die den existenziellen Bogen zwischen zwei Heimatregionen spannt, die sich vorbildlich integriert hat, ohne ihre Identität aufzugeben.

Ein durch Leben und Wirken gestärkter Beleg dafür waren auch die jüngsten „Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtage“ 2009 in NRW, die diesmal in den Räumlichkeiten des Generalskonsulats Rumäniens sowie in der Bonner evangelischen Kreuzkirche abgehalten wurden.

Bekanntlich leben Siebenbürger Sachsen seit mehr als 60 Jahren in Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens, jenem Bundesland, das sich seit Jahrzehnten als Patenland erklärt und bewährt hat.

„Es ist, meine Damen und Herren, etwas ganz Besonderes, dass die Landesgruppe NRW die Kulturtage hier in den Räumen des rumänischen Generalkonsulats eröffnet. Andere Verbände von Deutschen aus einem Land des ehemaligen Ostblocks wären froh, wenn sie mit der offiziellen Vertretung ihres Ursprungslandes ihre eigene Kultur gemeinsam feiern könnten und wenn sie eine solche Wertschätzung erfahren würden“, betonte Dr. Bernd Fabritius, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, anlässlich der Eröffnung der Veranstaltungsreihe und begrüßte die anwesenden Vertreter des Generalkonsulats, Konsul Cristian Niţă und Konsul Sergiu Ungureanu. Das Patenland NRW war durch den Landtagsabgeordneten Bodo Löttgen und Horst Westkämper, Mitglied im Kulturausschuss des Landes, vertreten – zwei Freunde und Förderer der siebenbürgisch-sächsischen Gemeinschaft.

»Eigene Kultur gemeinsam feiern«

In seiner Begrüßungsansprache verwies der Landesvorsitzende Harald Janesch auf die wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen sich die Siebenbürger Sachsen in ihrer alten und neuen Heimat integriert und eingelebt haben, sowie auf das gute Verhältnis der Volksgruppe zum mittlerweile demokratischen EU-Land Rumänien. Zur vielseitigen kulturellen Entfaltung der Siebenbürger Sachsen in Nordrhein-Westfalen über rund 60 Jahre sprach die Bundesfrauenreferentin, Enni Janesch. Besonders stolz seien die Siebenbürger Sachsen auf die Errungenschaften in den ersten drei Bergmannssiedlungen im Ruhrgebiet und vor allem in den großen Siedlungen wie Drabenderhöhe oder Gummersbach.

Mit Blick auf die heutige Lage betonte die engagierte Brauchtums-Pflegerin: „Siebenbürgische Kultur in NRW ist vielfältig und geschieht nicht nur in großen Veranstaltungen und bei Kulturtagen, sondern wird täglich in den Kreisgruppen und in den Siedlungen geleistet. In Drabenderhöhe, Herten-Langenbochum und Setterich gibt es Heimatstuben, in denen Exponate siebenbürgischer Kultur gezeigt werden. In Drabenderhöhe ist auch das Siebenbürgisch-Deutsche Heimatwerk zu Hause, das Volkskunst anbietet und für seine Verbreitung sorgt. Es gibt in allen Kreisgruppen Feste und Veranstaltungen im Laufe des Jahres, die dem Publikum ein breitgefächertes Angebot bieten.“ Auch das Programm der diesjährigen Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtage war recht facettenreich. Den musikalischen Part zu der von Waltraud Hartig-Hietsch moderierten Eröffnungsfeier bestritten Carmen Daniela am Klavier und der Tenor Thomas Kalka.

In den Räumen des Generalkonsulats Rumäniens gab es ferner eine Multimediashow von Prof. Heinz Acker sowie Handarbeits-Workshops, bei denen Sächsinnen mit fleißigen Händen die Weißstikkerei, den Kreuzstich, das Reihen und Netzen oder das Stopfen und Spinnen demonstrierten. Einen weiteren Workshop gab es zum Thema Volkstanz.


Dr. Bernd Fabritius Bild: D.G.

Am zweiten Tag der Kulturtage fanden sich mehr als 200 Gäste beim Gottesdienst in der evangelischen Kreuzkirche zu Bonn ein, viele Siebenbürger Sachsen waren in festlicher Tracht erschienen. Ebenso die mitwirkenden Mitglieder des Honterus-Chores Drabenderhöhe, des Stephan Ludwig Roth-Chores Setterich und die Bläser der Vereinigten Blaskapellen Nordrhein-Westfalen. Bei dieser Gelegenheit konnten auch zwei Ausstellungen besichtigt werden, die zum einen „Rumänien, eine europäische Kulturlandschaft“, zum anderen die „50 Jahre Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für den Verband der Siebenbürger-Sachsen“ vorstellten.

Im rumänischen Generalkonsulat fand der Sonntag mit Hochzeitsbräuchen, Angeboten für Kinder sowie Darbietungen der Tanzgruppen aus Drabenderhöhe, Köln und Setterich seinen Ausklang. Traditionsgemäß fanden auch die siebenbürgisch-sächsischen Kuchenspezialitäten ihre Genießer. *D. Göllner*

Fortsetzung von Seite 19

schen, Cranz, Kurische Nehrung mit Vogelwarte Rossitten nach Nidden, Rundfahrt und Freizeit in Nidden, Memel mit Stadtrundfahrt und Heimreise per Fähre von Memel nach Kiel. Durchweg waren die Mitreisenden, darunter auch viele „Nichtostpreußen“, von der gut organisierten Reise, den vielen neuen Eindrücken und dem hervorragenden Service der Firma „Julia-Reisen“ begeistert.

Auch 2010 soll vom 17. bis 29. Mai wieder eine Ostpreußenrundfahrt stattfinden. Diese Fahrt, kurz skizziert, führt von Rotenburg (Wümme) zunächst nach Kolberg. Von dort geht es über Marienburg mit Burgbesichtigung nach Elbing. Hier Fahrt auf dem Oberländer Kanal und Weiterreise nach Königsberg unter anderem mit Stadtrundfahrt und Dombesichtigung. Über Gumbinnen mit Besuch der Salzburger Kirche und dem Elch im Stadtpark erreichen wir Insterburg. Hier Rundfahrt Tilsit/Ragnit, Schlossberg und Haselberg mit Folklore. In Insterburg besteht an einem freien Tag die Gelegenheit zu Einzelunternehmungen, so zum Beispiel zum Besuch der Heimatorte, wofür wir Taxis organisieren. Von Insterburg geht die Reise über den Grenzübergang Pr. Eylau zurück nach Masuren. Nach Besichtigung der Wallfahrtskirche Heiligelinde erreichen wir Sensburg. Hier Bootsfahrt auf dem Spirdingsee bis Niedersee, Masurenrundfahrt mit Staken auf der Kruttinna und dort auch ein Fischessen. Von Sensburg geht es weiter über Sorquitten mit Besichtigung der Kirche und über Frauenburg mit Dombesichtigung entlang der Ostseeküste nach Danzig. Stadtrundfahrt inklusive Zoppot und Oliva mit Orgelkonzert und Innenstadt-Rundgang. Am nächsten Tag geht es wieder Richtung Heimat. Nach einer Übernachtung in Stettin, kleine Stadtrundfahrt, erreichen wir am folgenden Tag Rotenburg (Wümme). Es liegen bereits Anmeldungen vor. Wer mit möchte, sollte sich zumindest schon einmal umgehend die ausführliche Informationen und Anmeldung anfordern bei Ch.-Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide, Telefon (04821) 8881580, Fax 8881581, E-Mail: joergheidenreich@gmail.com.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Sonntag, 20. September, „Tag der Heimat“ des Kreisverbandes der Vertriebenen im Haus der Heimat.

Pinneberg – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Brigitte Kieselbach referiert über "Bedeutende Frauen aus Ostpreußen".

Schwarzenbek – Sonnabend, 26. September, 7.30 Uhr, Abfahrt ab Haltestelle Rathaus zur Sommerausfahrt der Gruppe. Es geht mit dem Reisebus nach Wismar, Rostock und Warnemünde. In Rostock steht eine geführte Stadtrundfahrt auf dem Programm, anschließend Mittagessen im Kartoffelhaus. In Warnemünde Kaffeepause im Hotel Am Leuchturm und Zeit zur freien Verfügung. Rückkehr in Schwarzenbek gegen 19.30 Uhr. Fahrtkosten: 32 Euro für Mitglieder, 40 Euro für Gäste. Anmeldungen bis Montag, 21. September, unter Telefon (04151) 81108 oder (04141) 5396, die Anmeldung ist bindend. Im Preis enthalten sind die Busfahrt, Stadtrundfahrt, Mittagessen, Schiffsfahrt und Kaffeetafel. Gäste sind herzlich willkommen.

Uetersen – Freitag, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe. Der Königsberger Harry Lasch unterhält mit fröhlicher Musik. – Sonntag, 13. September, 11 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Tag der Heimat“ am Gedenkstein der Vertriebenen, Tantaus Allee.

Überparteilich und mit Augenmaß

Zum 90. Geburtstag von Horst Mertineit – Für Ostpreußen, speziell Tilsit, stets engagiert

Horst Mertineit erblickte am 11. September 1919 in Tilsit das Licht der Welt. Nach dem Schulbesuch folgte eine Ausbildung bei der Kreissparkasse Tilsit-Ragnit, die mit dem Besuch der Fachschule in Königsberg/Pr. abschloss. Im Zweiten Weltkrieg diente er in der deutschen Wehrmacht und erlitt fünf Verwundungen. 1945 wurde er als Leutnant mit hohen Auszeichnungen und Träger des Goldenen Verwundetenabzeichens aus der Wehrmacht entlassen. Nach dem Ende des Krieges musste sich Horst Mertineit zunächst als Gelegenheitsarbeiter betätigen, bevor er in einem Ort an der Westküste Schleswig-Holsteins seinen Beruf als Sachbearbeiter und später als Geschäftsführer einer Baugenossenschaft ausüben konnte. 1956 siedelte er in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel über, wo seine langjährige Tätigkeit in der freien Wohnungswirtschaft begann, die er bis ins hohe Alter fortgeführt hat.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren setzte sich Horst Mertineit als Mitglied des Gemeinderates und als Vertriebenenbeauftragter für die Belange seiner heimatvertriebenen Landsleute ein. Er war Mitbegründer und Vorsitzender des örtlichen Verbandes der Heimatvertriebenen. Bereits wenige Jahre nach seinem Umzug nach Kiel nahm Horst Mertineit Kontakt zur Stadtgemeinschaft Tilsit auf und beteiligte sich aktiv an der Vereinsarbeit. Nach mehrjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit im Vorstand wurde er 1982 zum 1. Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e. V. gewählt. Dieses Amt hatte er bis 2008 inne.

Horst Mertineit zeichnete unter anderem für die Gestaltung, Durchführung und Leitung von zahlreichen großangelegten Bundestreffen der Tilsiter, unter anderem in der Kieler Ostseehalle und im Kieler Schloss sowie für die Gestaltung und Durchführung weiterer, regional begrenzter Veranstaltungen verantwortlich. Er pflegte den engen Kontakt mit namhaften Persönlichkeiten aller demokratischen Parteien und zuständigen Dienststellen der Patenstadt Kiel und des Landes Schleswig-Holstein. Auch um die Erarbeitung und Veröffentlichung zahlreicher heimatbezogener Artikel hat sich Horst Mertineit verdient gemacht.

Jubilar Horst Mertineit

Nach der Öffnung der Grenzen zum nördlichen Ostpreußen organisierte er 1991 den ersten Hilfsgütertransport nach Tilsit, den er zusammen mit zwei Landsleuten auch begleitete. Zugleich war dies der erste offizielle Besuch von ehemaligen Bewohnern der Stadt nach dem Krieg. Maßgeblich unterstützte Horst Mertineit den Aufbau des „Historischen Museums“ in Tilsit, das schwerpunktmäßig die Darstellung der Tilsiter Geschichte beinhaltet. Gespräche und Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit unter seiner Leitung und den russischen Dienststellen führten dazu, dass in Tilsit Gedenkstätten mit russischen und deutschen Inschriften erstellt wurden, die auf die deutsche Vergangenheit dieser Stadt hinweisen. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass das Denkmal „Tilsiter Elch“, das nach dem Krieg nach Königsberg verbracht worden war, vor wenigen Jahren an seinen angestammten Platz zurückkehrte.

Zu den Russen hat er einen guten Draht

Horst Mertineit praktizierte Heimatpolitik – überparteilich und mit Augenmaß. Er wirkte maßgeblich mit beim Brückenschlag zum Osten, insbesondere zu den Menschen, die jetzt in seiner Heimatstadt leben. Dass an den Bundestreffen der Tilsiter in Kiel heute auch russische Gäste aus Tilsit teilnehmen und diese Veranstaltung teilweise auch mitgestalten, ist in erster Linie der Initiative von Horst Mertineit zu verdanken. Mit dem russischen Verein „Stadtgemeinschaft Tilsit“, der sich unter anderem der Erforschung der Geschichte seiner Heimatstadt widmet, pflegt er gute und freundschaftliche Kontakte.

Mit Erfolg setzte er sich dafür ein, dass neben der Patenschaft Kiel–Tilsit auch eine Partnerschaft zwischen Kiel und der russischen Stadtverwaltung von Tilsit begründet wurde. Dieses Dreiecksverhältnis zwischen der Stadtgemeinschaft, dem Patenschaftsträger und der russischen Gebietskörperschaft besteht seit nunmehr 17 Jahren und hat reiche Früchte getragen. So konnte 2004 mit Hilfe der Stadtgemeinschaft Tilsit sowie der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung in Tilsit die Begegnungsstätte der Regionalorganisation der Rußlanddeutschen „Altes Tilsit“ feierlich eingeweiht werden. 2007 wurde durch die entscheidende Mitwirkung Mertineits ein kleiner Bauernweiler im Schweizer Kanton Thurgau in „Tilsit“ umbenannt. Damit sollte an den Ursprung des Tilsiter Käse erinnert werden, dessen Rezept Mitte des 19. Jahrhunderts im Kreis Tilsit entstanden war. Bei dieser Veranstaltung hatte Mertineit Gelegenheit, die Geschichte Tilsits vor einer großen Anzahl Gäste vorzutragen.

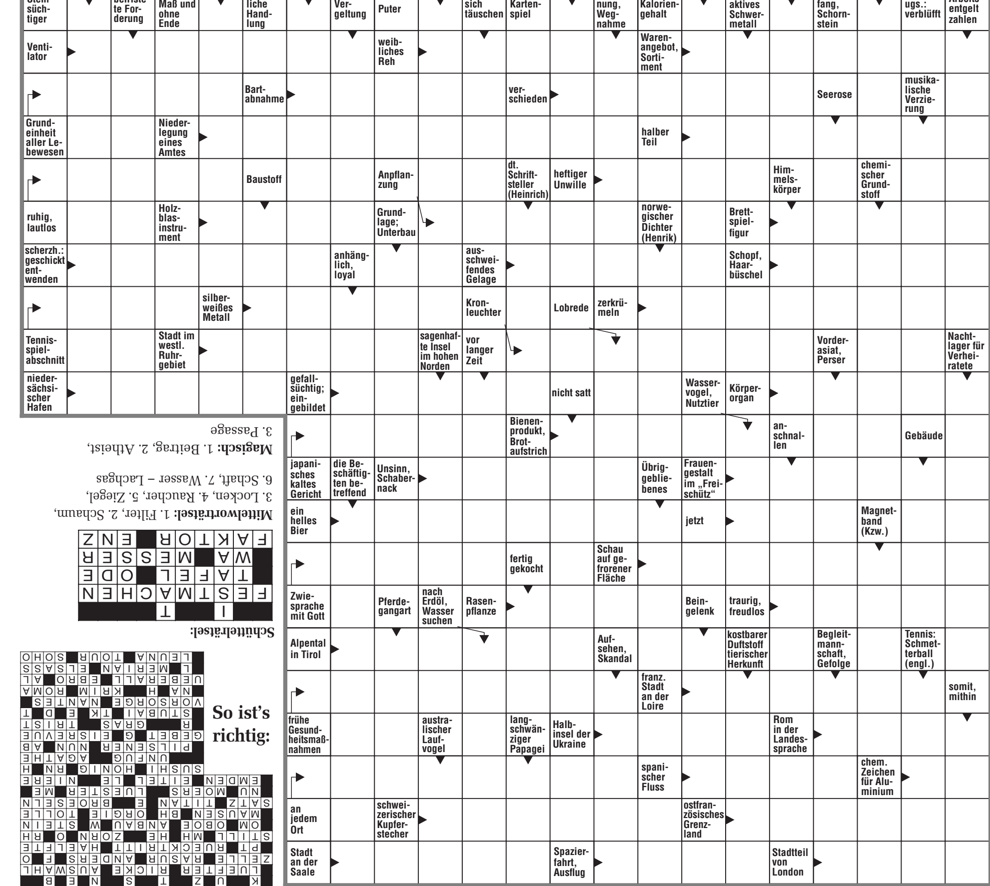
Das Lebenswerk Horst Mertineits ist vielfach gewürdigt worden. Der Bundespräsident hat ihn für seine uneigennützige Arbeit mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Im Juni 1995 ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Horst Mertineit mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens. Die Stadt Kiel würdigte seine Verdienste um die deutsch-russische Aussöhnung im Jahre 2004 mit der Verleihung ihrer höchsten Auszeichnung, der Andreas-Gayk-Medaille. Ebenfalls im Jahre 2004 ehrte ihn der Bundesvorstand der LO durch die Verleihung der Ottomar-Schreiber-Plakette.

Bundesverdienstkreuz und Ehrenbürgerschaft

Der Bundesvorstand der LO gratuliert Horst Mertineit zur Vollendung des 90. Lebensjahres. Diesen Glückwunsch verbinden wir mit unserem aufrichtigen Dank für sein unermüdliches Eintreten für Ostpreußen und die Ostpreußen. In den Dank eingeschlossen ist seine Ehefrau, die ihm in der Heimatarbeit stets zur Seite gestanden hat.

Wir wünschen dem Jubilar zum Eintritt in das zehnte Lebensjahrzehnt Gottes Segen. Auch wünschen wir ihm, dass die zunehmenden Beschwerden des Alters erträglich bleiben mögen.

Wilhelm v. Gottberg,
Sprecher der LO



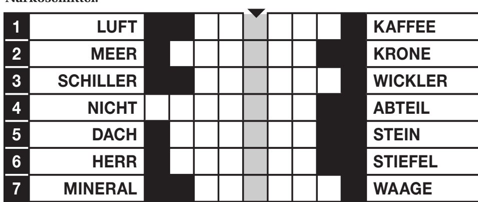
Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACEEF HMNST	AETW		AAIKS	EMMO		AELRT	EHOS	DEEN	ENRZ
AEFLT						DEO		
AFKO RT			EEMR SS					
						ENZ		

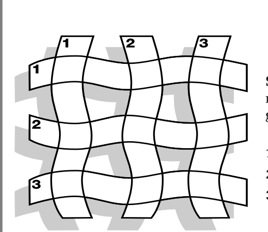
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Narkosemittel.



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Mitgliedszahlung
2 Gottesleugner
3 Durch-, Überfahrt

Sie verbannte das Korsett

Madeleine Vionnet hat die Silhouette der Frau und die Ästhetik ihrer Kleidung wesentlich verändert

Madeleine Vionnet war eine der größten Persönlichkeiten der Haute Couture zwischen den beiden Weltkriegen. Nun ist ihr in Paris eine Ausstellung gewidmet.

Noch heute kennt man den Namen ihrer Konkurrentin, weiß deren Kreationen zu schätzen. Die Modeschöpferin Coco Chanel (1883–1971) ist eine Weltikone. Kein Wunder, dass ein Film, der ihr Leben schildert, bei Modefans Begeisterung auslöst. Das Leben dieser kleinen und ehrgeizigen Französin war ein Drama, maßgeschneidert für Legenden. Eine Legende, die heute noch kolportiert wird, war, dass sie die Frauen vom Korsett befreite. Eine Ausstellung im Pariser Arts Décoratifs unweit der Tuilerien stellt dieses Gerücht richtig. In der ersten Retrospektive des Werks der Modeschöpferin Madeleine Vionnet (1876–1975) erfährt der Besucher, dass sie es war, die bewegungsfreundliche Kleider entwarf und ohne Korsett auskam. Gezeigt werden Kleider aus den Jahren 1912 bis 1939. 130 Exponate sind in einer gewagten Ausstellungsarchitektur aus schwarzem Lack, Glas und Licht plaziert. Spiegel machen es möglich, die Kleider aus kostbaren Materialien von allen Himmelsrichtungen aus zu bestaunen.

Die Kleider entwickelten ein Eigenleben

Noch vor der Italienerin Elsa Schiaparelli (1890–1973) und Coco Chanel veränderte sie sowohl das Frauenbild in der Mode wie im Leben. Sie stammte aus einfachen Verhältnissen, war aber ehrgeizig und willensstark. Nach einer Ausbildung zur Näherin und einer kurzen unglücklichen Ehe ging Vionnet nach England, nachdem sie zuvor die Sprache gelernt hatte. Bei Kate Reilly lernte sie aristokratische Damen einzukleiden. Fünf Jahre lange leitete sie eine Schneiderei in England, bis sie 1900 nach Paris zurückkehrte. Sie arbeitete dort zunächst für damals angesehene Modemacher wie die Schwestern Callot und Jaques Doucet. 1912 eröffnet sie ihre erste Boutique in der Rue de Rivoli, um sie zwei Jahre später auf Grund der politischen Lage wieder zu schließen.

1922/23 wagt sie einen Neubeginn, jetzt direkt im Pariser Modeviertel auf der Avenue Montaigne in der Hausnummer 50. Und es geht bergauf. In den 1930er Jahren beschäftigt Vionnet 1200 Arbeiterinnen in der Schnittabteilung, mit der Pelzfertigung und sogar einem eigenen Raum, um Accessoires wie Schleifen oder Stoffrosen zu bügeln. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges musste sie ihre Werkstatt jedoch schließen und zog sich in ihr Bauernhaus in Cély zurück. Gelegentlich gab sie Unterricht und zeigte dem Nachwuchs, was ihren besonderen Stil ausmachte, einen Stil, den vor allem reiche und berühmte Kundinnen wie die Herzogin von Windsor schätzten. Sie waren von ihren Drapierungen und Mustern fasziniert. Ihre Kollektionen enthielten stets mehrere Modelle in schwarz und weiß. Schon zu Beginn ihrer Karriere, am Anfang des 20. Jahrhunderts, verzichtete sie bei ihren Entwürfen auf das Korsett. So entwickelte sie während ihrer Zeit bei Jacques Doucet (1907–1912) hauchzarte Gewänder ohne Korsett – die Verkäuferinnen allerdings boykottierten diese „wäschigen“ Entwürfe.

„Mein ganzes Leben lang habe ich versucht, eine Art Arzt der Silhouette zu sein“, hat Madeleine Vionnet einmal gesagt, „und als Arzt wollte ich erreichen, dass meine Kundinnen den eigenen Körper respektieren, sich sportlich betätigen und eine strikte Körperpflege betreiben, damit er für immer von seiner ihn verformenden Rüstung befreit bleibe.“ Ihre herausragende Leistung aber bestand aus ihrem neuartigen Umgang mit dem Stoff: Die Kleider wirkten, als hätten sie ein Eigenleben, sie umflossen den Körper ihrer Trägerin und vollzogen dessen Bewegungen nach. Möglich wurde das durch den so genannten Diagonalschnitt, bei dem der Stoff, statt dem Fadenlauf folgend zugeschnitten zu werden, schräg verlaufend verarbeitet wird und der noch heute eine der wichtigsten Techniken der Haute Couture ist.

Es war ein Zufall, dass sie auf diese Art des Zuschnitts kam. Als sie eines Tages Stoff um ihre legendäre Holzpuppe drapierte, merkte sie, dass er besser fällt, wenn er diagonal gelegt wird. Diese Holzpuppe ist übrigens auch in der Pariser Ausstellung zu sehen. Sie steht in einem raumhohen Glaskubus auf einem schwarzlackierten Podest mit weißleuchtendem Milchglasboden. Eine Reliquie aus alter Zeit.

Vionnet verblüffte durch ihre Fähigkeit, Kleider zu entwerfen, ohne eine Skizze oder ein lebendes Modell zu nutzen, sondern eine etwa 80 Zentimeter große, bewegliche Holzpuppe. „Die Idee eines Kleides ist für mich eine mentale Sache“, sagte sie einmal. „Ich empfange diese Idee und trage sie im Geist aus, ich suche sie so lang, bis sie mir endlich in die Hand kommt.“

Die Angestellten fühlten sich wie im Hotel Ritz

Madeleine Vionnet war nicht nur eine begnadete Schneiderin und Modeschöpferin, sie war auch eine Frau, die sozial dachte, eine „grande patronne“. Den Näherinnen soll das Haus wie das berühmte Hotel Ritz vorgekommen sein. Helle große Ateliers, ein eigenes Restaurant, eine Krankenstation, eine Arztpraxis (mit kostenloser Behandlungsmöglichkeit) und eine Kinderkrippe wurde ihnen geboten. Dazu gab es noch bezahlten Urlaub (keine Selbstverständlichkeit zu dieser Zeit).

Die Marke Vionnet wurde 2002 von einem Geschäftsmann aus Kuwait wiederbelebt. Der tat sich jedoch schwer, einen passenden Designer zu finden. Die Zeit der Haute Couture scheint vorüber.

Silke Osman

Die Ausstellung im Les Arts Décoratif, Rue de Rivoli 107, Paris, ist bis 31. Januar 2010 dienstags bis freitags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 8/6,50 Euro.



Zarte Gebilde: Zwei Abendkleider in Zartrosa und Silberlamé aus dem Jahr 1938, das rechte trug einst die Herzogin von Windsor Bild: Les Arts Décoratif

IN KÜRZE

Grauer Star – gut informiert

Bei mehr als 90 Prozent der über 65-Jährigen trüben sich die Augenlinsen allmählich ein. Durch den Grauen Star verschleiert sich der Blick immer weiter, Farben verblassen, das Lesen wird anstrengender. Intraokularlinsen, also künstliche Linsen, können diese Probleme beseitigen und wieder klaren Durchblick schaffen. Etwa 700 000 Mal pro Jahr wird in Deutschland eine trübe Augenlinse durch eine künstliche Intraokularlinse ersetzt. Obwohl der operative Eingriff in Fachkreisen als sehr sicher gilt und eine beeindruckend hohe Erfolgsquote aufweist, stellen sich für den einzelnen Patienten viele Fragen.

Manche der Betroffenen würden die Operation lieber noch etwas hinausschieben, sind sich aber nicht sicher, ob das dann Nachteile mit sich bringt. Andere leiden an zusätzlichen Augenerkrankungen und befürchten Komplikationen.

Mit speziellen Intraokularlinsen lässt sich nicht nur der Graue Star beseitigen, sondern es können gleichzeitig auch vorhandene Hornhautverkrümmungen ausgeglichen werden. Wer schon immer seine Brille loswerden wollte, der sollte wissen, dass dies durch sogenannte Multifokallinsen ermöglicht werden kann.

Für alle Ratsuchenden hat die Initiative Grauer Star eine besondere Telefonverbindung eingerichtet. Die gebührenfreie Rufnummer (0800) 0112112 ist zumindest bis zum Jahresende immer mittwochs zwischen 15 und 17 Uhr zu erreichen.

Natürlich kann und will diese telefonische Auskunft nicht das ausführliche Beratungsgespräch mit dem eigenen Augenarzt ersetzen. Die Hotline soll vielmehr eine Hilfestellung sein, sich auf das Gespräch mit seinem Arzt optimal vorzubereiten und dabei die richtigen Fragen zu stellen. Die wöchentliche Telefonhotline erweitert und ergänzt das Informationsangebot der Initiative Grauer Star im Internet unter www.initiativegrauerstar.de *PAZ*

FÜR SIE GELESEN

Wenn Eltern Pflege brauchen

Nur allzu gern geht man den Gedanken an Tod, Gebrechlichkeit und Verfall aus dem Weg – bis das Verdrängte mit einem Paukenschlag vor der Tür steht. Wenn Eltern Pflege brauchen, dann ist das für die Angehörigen nicht selten ein Schock. Oft muss von heute auf morgen eine menschenwürdige und bezahlbare Betreuung gefunden werden. Der Ratgeber bietet Angehörigen konkrete Hilfe. Rechtssichere Informationen, Checklisten und Musterbriefe helfen, mit der Situation umzugehen, und das neue Leben der Eltern aktiv zu gestalten. Zahlreiche Erfahrungsberichte machen den Band besonders wertvoll. *PAZ*



***Rainer Reitzler: „Wenn Eltern Pflege brauchen – So begleiten Sie Ihre Mutter und Ihren Vater“**, Schlütersche Verlagsgesellschaft, Hannover 2009, 192 S., brosch., 12,90 Euro*

Das erste Exemplar stammte aus Dubai

Mehlsackmuseum blickt auf erfolgreiches erstes Jahr zurück – Ausbau zum Weizen-Kompetenzzentrum geplant

Man glaubt gar nicht, was Menschen alles sammeln – Bierdeckel, Zinnsoldaten, Feuerzeuge, Porzellantassen, verpackte Zuckerstückchen, diese Objekte der Leidenschaft bewegen sich ja noch in einem nachvollziehbaren Rahmen. Schwieriger wird's da bei Gartenzwergen oder gar (mit entsprechendem Portemonnaie) bei Sportwagen. Und wenn es sich um Mehlsäcke handelt? Da muss der bodenständige Zeitgenosse passen.

Doch es gibt tatsächlich einen Sammler von Mehlsäcken. Volkmar Wywiol heißt er und ist Inhaber der Mühlenchemie GmbH & Co. KG, ein Unternehmen der Mehlverbesserung, das sich der klassischen Mehlbehandlung bis hin zu Fertigmehlen widmet. Mit Leidenschaft sammelt Wywiol Mehlsäcke aus aller Herren Ländern. Begonnen hatte alles 1998 in Dubai, als er am Strand über einen alten Mehlsack aus Plastik „stolperte“, ihn aufhob, vom Sand befreite und als Souvenir mit nach Deutschland brachte. Doch war dieser Sack mehr als ein Mitbringsel: „Meine Wiederbelebung eines Mehlsackes – geborgen aus den Fluten des Meeres – löste in mir so etwas wie einen Rausch aus. Ich sah darin ein gutes Omen für unser Unternehmensmotto: Mühlenchemie macht gute Mehle noch besser! Wie von selbst entwickelte sich daraus Stück um Stück die Idee, eine ‚Galerie der Mehlsäcke‘ einzurichten“, erzählt Wywiol.

Vor einem Jahr nun eröffnete der Sammler im mecklenburgischen Wittenburg sein „flour art museum“, das inzwischen Besucher aus nah und fern anlockt. Sie sind fasziniert von der außergewöhnlichen Ausstellung. Jeden ersten Sonntag im Monat ist das Museum für die Öffentlichkeit zugänglich. „Mehr als 100 Kunden aus der ganzen Welt haben inzwischen die Ausstellung besucht“, erläutert Wywiol.

Besonders die Müller sind vom „flour art museum“ fasziniert, denn es sind ihre Produkte, die ausgestellt werden, und die Emotionen sind groß, wenn sie vor ihren eigenen Mehlsäcken stehen. Das Museum wächst und gedeiht. Waren es zur Eröffnung noch 1600 Mehlsäcke aus 110 Ländern, so ist die Sammlung auf 1925 Stück aus 115 Ländern gewachsen. Neu hinzugekommen sind die Länder Mosambik, Österreich, England, Korea, Kap Verde und Rumänien. Müller aus der ganzen Welt haben von dem „flour art museum“ gelesen und schicken Mehlsäcke mit ihrer persönlichen Geschichte, um ebenfalls im Museum vertreten zu sein.



In Wittenburg ausgestellt: Mehlsäcke aus aller Welt Bild: flour art Museum

Volkmar Wywiol will seine Idee nun weiter ausbauen. Im Obergeschoss soll ein Weizen-Kompetenzzentrum entstehen und das Getreide als Lebensmittel sowie seine Bedeutung als wichtiges Nahrungsmittel vorgestellt werden. Was ist überhaupt Getreide? Was steckt drin im Korn? Gen-Getreide – ja oder nein? Und welchen Einfluss hat dies auf das Endprodukt? Diese und weitere Fragen zur künftigen, globalen Ernährung und zum Umgang mit Ressourcen sollen in der Ausstellung „KornWelten“ beantwortet werden.

In einem Rundgang durch die sieben Räume sollen Filme, Fotografien, Originalexponate, Modelle und Medienstationen Anregungen und Informationen über die Eigenschaften von Getreide, seine Anbaugeschichte und die daraus hergestellten Produkte liefern. „Im Forum für Ernährungsfragen wollen wir die größten ernährungstechnischen Herausforderungen vorstellen und verdeutlichen, dass in einer globalisierten Welt alle mit allen verbunden sind“, erläutert Volkmar Wywiol.

Mühlenchemie GmbH exportiert Produkte in über 100 Länder und pflegt eine enge Partnerschaft mit über 1000 Mühlen weltweit. In den Auslandsniederlassungen in Singapur, Indien, China, Russland und Spanien betreut ein Team von Fachleuten die Mühlen direkt vor Ort und bietet individuelle Lösungen für eine optimale Mehlqualität. *pm/os*

Ohne Zeigefinger

Röhl empfiehlt Kinderbuch

Omas und Opas, mal herhören! Nichts lieben unsere Kinder und Enkelkinder so sehr, als wenn wir ihnen Bücher vorlesen. Das geht los mit zwei, drei Jahren und hört mit zehn noch nicht auf. Selten haben die Eltern Zeit zum Vorlesen und dann nur kurz, und die Enkel wissen sehr gut, was sie an Oma oder Opa haben. Vorlesen: Das mögen sie lieber als die von den Eltern trotz Skrupeln zugelassenen, meist amerikanischen Fernsehserien wie Spongebob oder Jibber-Jabber. Oder gar die Shrek-Filme. Oh Schreck, lass nach.

Aber woraus vorlesen? Die Bilderbücher und Hefte, mit denen unsere Enkel zu uns kommen, sind seltsam steril und langweilig. Man sieht förmlich die alt-68er SozialpädagogInnen, die alle ein bisschen so aussehen wie Alice Schwarzer und Geschichten von „guten“ Kindern erzählen, die die bösen Umweltverschmutzer entlarven oder austricksen, oder die Tierbücher, die die Natur als eine Art antiautoritären Kinderladen darstellen, die natürlich alle bedroht sind von Geschäftemachern, die nur Geld verdienen wollen! Oder sie sind so albern, wie sich die meist kinderlosen Autorinnen Tierbücher für Kinder vorstellen. Da gibt es nur gute Tiere, frisst keiner den anderen. Dabei fragen kluge Kinder schon früh, wovon die Löwen, Tiger, Krokodile und die anderen Raubtiere eigentlich leben. Selbst Grimms Märchen werden auf pazifistisch getrimmt: Hexe sieht ihr Unrecht ein und wird nicht verbrannt, Wolf auch, und Seeräuber überfallen keine Schiffe, sondern fahren nur auf dem Meer herum bis sie mal einen Schatz finden.

Kinder malten die Illustrationen

Bücher, die wir gerne vorlesen würden, sind bei den Eltern der Kinder verpönt, wenn nicht sogar verboten. Bilderbücher wie der „Struwwelpeter“. Obwohl buchstäblich alle Unarten beziehungsweise dummen Angewohnheiten unserer Kinder von heute darin vorkommen, Aggressivität, Tierquälerei, Konzentrationsmangel. Sogar Rassismus: Die bösen Buben laufen hinter einem „Mohren“ her und verspotten ihn, aber da mahnt der korrekte Kinderbucherzähler Hoffmann schon 1845: „Was kann denn dieser Mohr dafür, dass er so weiß nicht ist wie ihr?“ Struwwelpeter, das geht nicht mehr, also was tun?

Lesen Sie ihren Enkeln das neue Kinderbuch von Angelika Immerath vor: „Muss das sein, Jonas?“ Die Autorin, Mutter zweier Kinder, die lange Jahre als Lehrerin tätig war, kennt ihr Publikum genau. Sie erzählt ohne pädagogischen Zeigefinger, aber nicht ohne Hintergedanken die Geschichte vom kleinen Jonas, der langsam in die Welt hineinwächst und lernt, mit sich selbst, seinen Kameraden, seinen Eltern und seiner Schwester zurechtzukommen.

Die subtil einfache, sich nicht anbiedernde, niemals moralisierende Erwachsenen-Sprache, in der von Jonas‘ Leben und seinem geliebten Bären Bollo erzählt wird, wird von den Kindern zwischen sechs und zehn Jahren sofort verstanden. Die Autorin hat ihr Buch mehrfach vor Schulklassen erprobt. Einige Kinder des 3. und 4. Jahrgangs haben auch die farbigen Illustrationen des Buches gemalt.

Liebe Mit-Omas und -Opas, machen Sie Ihren Enkeln die Freude, „Muss das sein, Jonas?“ vorzulesen. Sie werden selber großen Spaß daran haben. *Klaus Rainer Röhl*

***Angelika Immerath: „Muss das sein, Jonas?“**, BoD, Norderstedt 2009, 116 Seiten, 17,90 Euro*

Vertrieben und entzweit

Eine Familie zerbricht an den Folgen von Heimatverlust, Not und Elend



In den Berichten über das Schicksal der Ostflüchtlinge ist immer wieder von dem harten Überlebenskampf die Rede, dem die Menschen auch in den provisorischen Unterkünften ausgesetzt waren. Viele mussten noch lange Zeit täglich um die nötige Nahrung kämpfen inmitten einer Nachbarschaft, die ihre gefüllten Speisekammern vor den zwangsweise Einquartierten nachhaltig verschlossen hielt. Diese und andere bittere Erfahrungen, neben vergleichsweise wenigen positiven Erlebnissen, enthält der Roman mit dem Titel „Vertrieben in Deutschland – Eine Familiengeschichte“ von Kurt Gaede. In seinem Erstlingswerk schildert der 1939 in Schönlanke, Hinterpommern, geborene ehemalige Polizeidirektor auf anregende und zu Herzen gehende Weise seine Kindheit und Jugend von Herbst 1944 bis in die 60er Jahre, wobei der Schwerpunkt auf den Zeitraum bis 1947 gelegt wurde. Im Begleittext heißt es einschränkend, der Roman habe einen „starken autobiographischen Hintergrund“, während die Handlungen mancher anderer Personen teilweise auf Erlebnissen und Zeugnissen von dritter Seite beruhten.

Durchgehend versucht der Autor, möglichst die Perspektive eines Kindes einzuhalten. So vermeidet er eine eingehende Schilderung der verwirrenden und beängstigenden Ereignisse des Jahres 1945 und damit die Bilder des Grauens genauer zu beschreiben. Trotz der Schwere des Inhalts ist das Buch eine leicht lesbare, ja, faszinierende Lektüre, die man kaum aus den Händen legen mag, insbesondere weil die Dialoge, die die Handlung durchgehend tragen, lebhaft und authentisch wirken. Zweifellos hat Kurt Gaede schon als Kind über eine außergewöhnliche Beobachtungsgabe verfügt.

Mutter lässt sich mit Russen ein, Vater macht Vorwürfe

Zu spät entschloss sich Frieda Gaede mit ihren beiden fünf und sieben Jahre alten Söhnen Anfang 1945 zur Flucht aus dem kleinen Ort an der Bahnlinie entlang nach Stettin: Der Bahnhof wurde in der Nacht zum 20. Januar bei einem Bombenangriff zerstört. Zu Fuß verließen sie ihr Zuhause, um sich zu den Verwandten ihres Mannes im nahe gelegenen Dorf Runau durchzuschlagen. Unterwegs begegneten sie russischen Militärkolonnen. Für Kurt Gaedes Mutter und ihre beiden Schwägerinnen begann eine mehrmonatige Leidenszeit, was sich auch belastend auf die fünf kleinen Kinder auswirkte, die die Bedrängnis ihrer Mütter miterleben mussten. Doch die lebenstüchtige Frieda Runau hilft sich selbst und den Ihren, indem sie auf den Höfen bettelt und bei den Russen arbeitet, um Nahrung von den Großküchen zu erhalten. Aus demselben Grund geht sie ein festes Verhältnis mit einem russischen Unteroffizier ein, ein Umstand, für den ihr kurz darauf eintreffender Mann Verständnis zeigt, wofür er ihr aber in späteren Jahren, als seine Persönlichkeit bereits zerrüttet war, heftige Vorwürfe machen sollte.

Nach der Vertreibung aus Pommern wird die Großfamilie zusammen mit zahlreichen Vertriebenen in einer leeren Kaserne in Waren an der Müritz untergebracht, wo der Kampf um das tägliche Brot an Dramatik zunimmt. Während sich die Verwandten des Vaters entscheiden, in der russischen Besatzungszone zu bleiben, entschließt sich Paul Gaede zur Weiterreise in den Westen. Es sollte einer von wenigen weitsichtigen Entschlüssen sein, die er im Laufe seines Lebens traf.

Bereits mit 17 Jahren nutzte Kurt Gaede einen Umzug seiner Familie, um sich abzusetzen und eine unabhängige Existenz aufzubauen. Sein Erinnerungsbuch hat er seiner Mutter Frieda gewidmet, die trotz andauernder Probleme bis zuletzt ein lebensbejahender Mensch blieb. *Dagmar Jestrzemski*

***Kurt Gaede: „Vertrieben in Deutschland – Eine Familiengeschichte“**, Life media Verlag, Weyhe 2009, gebunden, 432 Seiten, 19,80 Euro*

Urkomische Wortgefechte

Wirr bis tiefgründig: »Zwiegespräche mit Gott« eines ungläubigen »Ossis«



Ausgerechnet im Regal für Esoterik und Anthroposophie einer Berliner Großbuchhandlung stand vor zwei Jahren das unscheinbare Büchlein „Zwiegespräche mit Gott“. Mit Übersinnlichem hat der Autor Arne Seidel alias „Ahne“, Jahrgang 1968, allerdings wenig am Hut. Der gelernte Offset-Drucker war nach der Wende arbeitslos. Neben Jakob Hein und Wladimir Kaminer begann er 1995, seine Alltagsprosa bei der Reformbühne Heim & Welt zu präsentieren. „Lesebühnen erden einen“, erklärt der ehemalige Hausbesetzer, denn nur dort erfahre man so schnelle und ehrliche Reaktionen auf seine Texte.

Trotz des Erfolgs ist der gebürtige Berliner und Vater von drei Kindern bodenständig geblieben – genau wie sein Gesprächspartner Gott. In der Fortsetzung „Neue Zwiegespräche mit Gott“ wohnt Gott nebenan im Prenzlauer Berg und berlinert. Wie normale Menschen schlägt er sich mit Straßenlärm, GEZ-Gebühren und nervigen Nachbarn herum. Mit so einem Gott ist doch besser Kirschen essen als mit dem aus der Sicht das Autors unpersönlichen Ideal aus der Bibel. Nahtlos leiten die beiden Nachbarn von belanglosen Dingen zu großen Fragen unserer Zeit über. Bankenkrise, Niedriglöhne, Hartz IV, Präsidentschaftswahl in den USA, Klimawandel, Aids, Abtreibung, Nahostkonflikt, die Neue von Boris Becker – kein Thema wird ausgespart. Hinter den losen Sprüchen frei Berliner Schnauze verbergen sich häufig tiefgründige Beobachtungen und Kritik. Ungewöhnlich ist zudem das Format, bei dem sich der Autor über alle Regeln hinwegsetzt: Die Zwiegespräche sind unterschiedlich lang und haben bis auf die ähnlichen Anfangs- und Schlussfloskeln keine feste Struktur. Seine Wortwitze erlöschen oft ohne Pointe und bewusst wirr.

In einem Interview bekennt Ahne, wie in den neuen Ländern üblich, ohne Religion aufgewachsen zu sein. Den Rückgriff auf Gott begründet er mit einem Augenzwinkern: „Ich hatte einfach nur die Idee, eine höhere Ebene mit in das Zwiegespräch hineinzunehmen, und Gott ist ja immer noch relativ wichtig in der Welt.“ Daher finde er es amüsant, wenn ihn Leser fragen, ob er selbst an Gott glaube. Obwohl er demnächst in einer Missionsbuchhandlung lesen wird, lehnt er Anfragen von Kirchen und Moscheen ab.

Die knappen Wortgefechte zwischen Ahnes Alter Ego und Kumpel Gott sind urkomisch. Wer Schwierigkeiten hat, sich in den Berliner Dialekt einzulesen, dem sei die Audio-CD empfohlen. Es handelt sich um Mitschnitte der gleichnamigen Radio-Eins-Kolumne, in der der Autor selbst beide Rollen liest. *Sophia E. Gerber*

***Ahne: „Neue Zwiegespräche mit Gott“**, Voland & Quais Dresden, Buch mit MP3-CD, Spielzeit 160 Minuten, 14,90 Euro*

90 Prozent waren dagegen

Jüdische Augenzeugenberichte über die »Reichskristallnacht« von 1938

In den Wochen nach den antisemitischen Exzessen vom Herbst 1938 sammelte das von dem emigrierten deutschen Juden Alfred Wiener gegründete Central Information Office in Amsterdam (heute Wiener Library, London) Beobachtungen von Betroffenen und anderen Zeugen. Es handelt sich um 356 Texte, die den stattlichen Band „Novemberpogrom 1938 – Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London“ füllen.

Auch wenn die Berichte aus allen Teilen des Dritten Reiches stammen, die Verfasser meist unbekannt sind und anonym bleiben wollten, so bildet die Sammlung doch eine Einheit.

Geschildert wird vor allem, wie die Juden wehrlos die Schändung ihrer Heiligtümer hinnehmen mussten, der Vandalismus bei der Demolierung ihrer Wohnungen wie ihrer Geschäfte, der schier unbeschreibliche Sadismus bei ihrer Festnahme und während ihres Aufenthalts in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Doch so wird das Gesagte doppelt glaubwürdig und hinterlässt beim Leser tiefe Betroffenheit.

Die Unterwelt war gleichsam allgegenwärtig in Hitlers Machtbereich. Des öftern verriet Schnapsgeruch, wie der Enthemmung der Täter vor Ort nachgeholfen wurde. Daneben ist viel von Befehl und Gehorsam die Rede, auf Seiten der Akteure wie der Opfer. „Vereinzelt werden auch jüdische Häftlinge als Vorarbeiter, Vorgesetzte ihrer eigenen Glaubensgenossen verwandt. Dies sind meistens Subjekte, die sich durch minderwertige Charakteranlagen hierfür eignen.“ Jene Aussagen sind von besonderem Gewicht, die das Verhalten der gewöhnlichen Mitbürger schildern.

Eine Laudatio auf die Münchner

Die Beobachtungen stimmen, wie nicht anders zu erwarten, nicht überein. Aber das Verhältnis der erfreulichen zu den unerfreulichen beträgt etwa zehn zu eins. Unerfreulich ist es, wenn es heißt: „Die sogenannten gebildeten Stände, die sich noch ein Gefühl für Humanität und Anstand bewahrt haben, … stehen … abseits. Die große Masse hingegen steht den Ereignissen gleichgültig oder sogar mit einer gewissen Sympathie für die Regierung gegenüber.“ (Nur wenige Seiten weiter wird vom selben Autor eingeräumt: „Arische Freunde zeigten sich sehr hilfreich.“)

Das Gros der Zeugen schreibt: „Das Publikum verhielt sich in den meisten Fällen … still, das heißt ablehnend. Zu Missfallenskundgebungen kam es vereinzelt. Sie wurden unterbunden, da man solche Personen verhaftete.“

Eine ganz außergewöhnliche Laudatio wird den Münchnern zuteil. Mehr als eine Seite füllen rühmliche Erfahrungen. Die ersten und die letzten Sätze sollen hier genügen: „Die Stimmung unter der christlichen Bevölkerung in München ist durchaus gegen die Aktion. Von allen Seiten wurde mir das lebhafteste Beileid und Mitgefühl entgegengebracht … Einer der ersten Bankiers von München (Arier) erklärte mir weinend: ‚Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein. Erklären Sie dem Ausland, dass 90 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen diese Missetaten ist. Es ist nur eine kleine Clique, die dieses Unglück angestiftet hat.‘“

Selbst die Gehilfen der Hauptverbrecher empfanden Gewissensbisse: „Als sie nach Hause zurückkehrten, stand vor jeder Wohnung ein SA-Mann Wache … Meine Schwester hatte großes Glück, einen anständigen Menschen vor ihrer Tür zu haben, dem alles so zusetzte, dass er weinte.“

Und: Ein „Fräulein … erklärte, dass ein SA-Mann, der gezwungen wurde, die Aktion mitzumachen, nach der Aktion erklärte, es sei so schrecklich gewesen, … dass er sich, wenn er nicht Frau und Kinder hätte, das Leben nehmen würde.“ *Konrad Löw*

***Ben Barkow, Raphael Gross und Michael Lenarz (Hrsg.): „Novemberpogrom 1938 – Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London“**, Frankfurt am Main, gebunden, 934 Seiten, 39,90 Euro*

Effizienzfrage

Kritik an alternativen Energien



Gustav Krüger ist Physiker und hat in Elektronik-Unternehmen gearbeitet. Energiethemen sind seine Passion, und seit er im Ruhestand ist, hat er sich intensiv mit Formen der Energiegewinnung auseinandergesetzt. In dem Büchlein „Energie – was jeder darüber wissen muss“ lässt er nun andere an seinem Wissen teilhaben.

Teurer Strom kostet Arbeitsplätze

Schnell wird klar, dass Effizienz für Krüger sehr wichtig ist und so rechnet er stets vor, wie der Wirkungsgrad und die Folgekosten verschiedener Energiearten sind. Das ist jedoch bei der von ihm favorisierten Atomkraft nicht möglich, da es bis heute keine unumstrittene Lösung in der Frage der Endlagerung gibt. Zwar befürwortet er moderne Kohlekraftwerke, rechnet jedoch vor, dass jeder Arbeitsplatz im deutschen Steinkohleabbau den Steuerzahler Jahr für Jahr rund 75 000 Euro Subventionen kostet.

Solarenergie ist für den Autor angesichts der deutschen Klimaverhältnisse nicht effektiv genug. Außerdem würde Strom aus Sonnenkraft durch staatliche festgelegte Abnahmepreise den Preis im Allgemeinen in die Höhe treiben. Dies führe dazu, dass beispielsweise Unternehmen, die Solarzellen herstellten und dafür selber viel Energie benötigen, ihre Produktion in Länder wie China und Indien auslagerten, weil dort Strom viel günstiger sei. Auch rechnet er vor, dass in der Windkraftindustrie zwar Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden, doch durch den damit verbundenen höheren Strompreis in der Industrie doppelt so viele vernichtet wurden.

Krügers Ausführungen dürften jedem Stromkunden, ob nun Anhänger des Atom- oder Ökostroms, zu denken geben. *Bel*

***Gustav Krüger: „Energie – was jeder darüber wissen muss – Antworten auf zehn aktuelle Fragen der Energiepolitik“**, BoD, Norderstedt, brosch., 103 Seiten, 10 Euro*

Sonderangebote

Ebba D. Drolshagen
Wehrmachtskinder
Auf der Suche nach dem nie gekannten Vater



Geb., 383 Seiten
Best.-Nr.: 4499

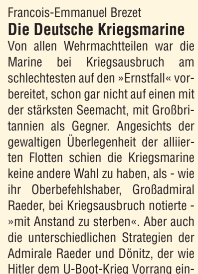
Maurice Philip Remy
Mythos Bernsteinzimmer



Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270



Meinhard Stark
Frauen im Gulag
Alltag u. Überleben 1936- 1956
Geb., 552 Seiten
Best.-Nr.: 4054, € 19,95



Wulf D. Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 1
Geb., 715 S., zahlr. Abb
Best.-Nr.: 6747, € 39,95

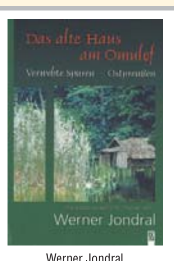
Francois-Emmanuel Brezet
Die Deutsche Kriegsmarine



Von allen Wehrmachtteilen war die Marine bei Kriegsausbruch am schlechtesten auf den »Ernstfall« vorbereitet, schon gar nicht auf einen mit der stärksten Seemacht, mit Großbritannien als Gegner. Angesichts der gewaltigen Überlegenheit der alliierten Flotten schien die Kriegsmarine keine andere Wahl zu haben, als - wie ihr Oberbefehlshaber, Großadmiral Raeder, bei Kriegsausbruch notierte - »mit Anstand zu sterben«. Aber auch die unterschiedlichen Strategien der Admirale Raeder und Dönitz, der wie Hitler dem U-Boot-Krieg Vorrang einräumte, hatten für die Kriegsmarine dramatische Folgen. Trotz spektakulärer Einzelerfolge sollte der Kriegsmarine mit der Rettung von zwei Millionen Flüchtlingen aus dem Ostseeraum erst bei Kriegsende eine historische Tat gelingen. Mit einem Vorwort von Kapitän zur See a. D. Dr. Werner Rahn

Geb., 448 Seiten
mit 12 Übersichtskarten
Best.-Nr.: 3561





Werner Jondral
Das alte Haus am Omulef
Verwehte Spuren-Ostpreußen
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6797, € 16,80





Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Traditionelle Familienrezepte und ihre Geschichten



Kaum etwas weckt die Bilder der Kindheit so sehr, wie der Name oder der Duft einer Lieblingsspeise aus der früheren Zeit. Vor über 10 Jahren bat Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von traditionellen Rezepten, im „Ostpreußenblatt" um die Zusendung von Kochbüchern, Dokumenten und Erinnerungen aus der alten Zeit. Das Echo war überwältigend. Harald Saul kam in den Besitz von handgeschriebenen Kochbuchaufzeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz privaten Geschichten erzählt. Dieses Buch berichtet von der kulinarischen Seite Ostpreußens und von seinen Bewohnern. Zahlreiche Postkarten und Fotos zeigen die Welt von damals und die 90 Rezepte lassen die Kindheit wieder auferstehen.

Gebundenes Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820





Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
Geb., 318 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 6608, € 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



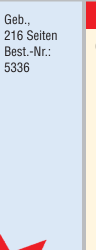


Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 2
Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen
Der Kreis Gerdauen gehörte aufgrund seiner zahlreichen Güter und der Wiederaufbauarchitektur des Ersten Weltkrieges zu den kulturgeschichtlich interessantesten Kreisen Ostpreußens. Wulf Wagner dokumentiert anhand bisher weitgehend unveröffentlichten Akten- und Bildmaterials die Geschichte und Baugeschichte des Kreises, seiner Städte und Güter sowie die Entstehung einer großartigen Kulturlandschaft. Nach Band I, der neben der historischen Einführung das alphabetische Verzeichnis der Güter von A bis H enthält, wird im zweiten Band die Dokumentation der Güter von Kanoten bis Woninkeim fortgesetzt. Im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel steht neben dem Gutshaus jeweils die Besitzerfolge als Anhaltspunkt für die historische, kulturelle und landwirtschaftliche Bedeutung des betreffenden Landsitzes. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten macht das Buch lebendig und facettenreich. Der Anhang umfasst neben einem Nachwort des Verfassers Erläuterungen, Abkürzungen, ein Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und ein Ortsregister.

Geb., 715 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6828



Franz Uhle- Wettler
Rührt Euch!



Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr
In diesem sehr persönlichen Buch erzählt General Uhle-Wettler erstmals von seinen eigenen Erfahrungen mit der Bundeswehr, der er seit ihrer Gründung 1955/56 angehörte. Wie sich die Bundeswehr seither entwikkelt hat und aus welchen Gründen man heute von einer „Krise der Bundeswehr" sprechen kann, ist Thema dieses Buches.

Geb., 216 Seiten
Best.-Nr.: 5336

statt € 19,90
nur noch € 9,95

Modernes Antiquariat*

Christian Pantle
Die Varusschlacht/ Der Germanische Freiheitskrieg



Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 6784

Ingeborg Jacobs
Freiwild/ Das Schicksal deutscher Frauen 1945



Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701

*Mängelexemplare

Arno Surminski



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen
Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 3080, € 14,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Faszination Masuren – Kalender 2010

Wunderschöne Aufnahmen aus dem Masurischen Landschaftspark
14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien auf edlem 170 g Kunstdruckpapier, Spiralbindung,
Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42 cm (DIN A3),
Hochwertiger Vierfarb-Offsetdruck mit Drucklackierung, Kalendarium und Bildunterschriften
3-sprachig (Deutsch/Englisch/Polnisch)
Best.-Nr.: 6827





Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen an ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 37/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Gysi 270 Minuten im TV präsent

München – „Gregor Gysi wird zum Hofnarren von ARD und ZDF“, monierte das Magazin der „Focus“ unter der Überschrift „Der tägliche TV-Gysi“. So rechneten die Journalisten vor, dass es dem Linken-Politiker in der 35. Kalenderwoche 270 Minuten lang vergönnt war, in den Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender präsent zu sein und seine Sicht der Dinge kund zu tun. *Bel*

»Diktator« Barack Obama

Washington – Anfang September wollte US-Präsident Barack Obama seine wöchentliche Rundfunkansprache den Schulkindern widmen. Die Rede sollte in die Schulen des Landes übertragen werden, als ein Appell, das Lernen als Freude zu empfinden. Darauf ging ein Aufschrei konservativer Republikaner durchs Land. Vor TV-Kameras schluchzende Mütter beschuldigten den Präsidenten, wie ein Diktator die armen Kleinen für seine „kommunistischen und sozialistischen Pläne“ gewinnen zu wollen. Gegen massive Proteste setzte Obama seine Pläne durch. *L.M.*

ZUR PERSON

Wo man mit 30 schon alt ist

Der Anfang erinnert an einen Party-Ulk von Teenagern, denen es in ihrer Kleinstadt langweilig wird: Es muss was passieren! Was fangen wir an? Eine Theatertruppe? Eine Musik-Gruppe? Oder eine Partei?

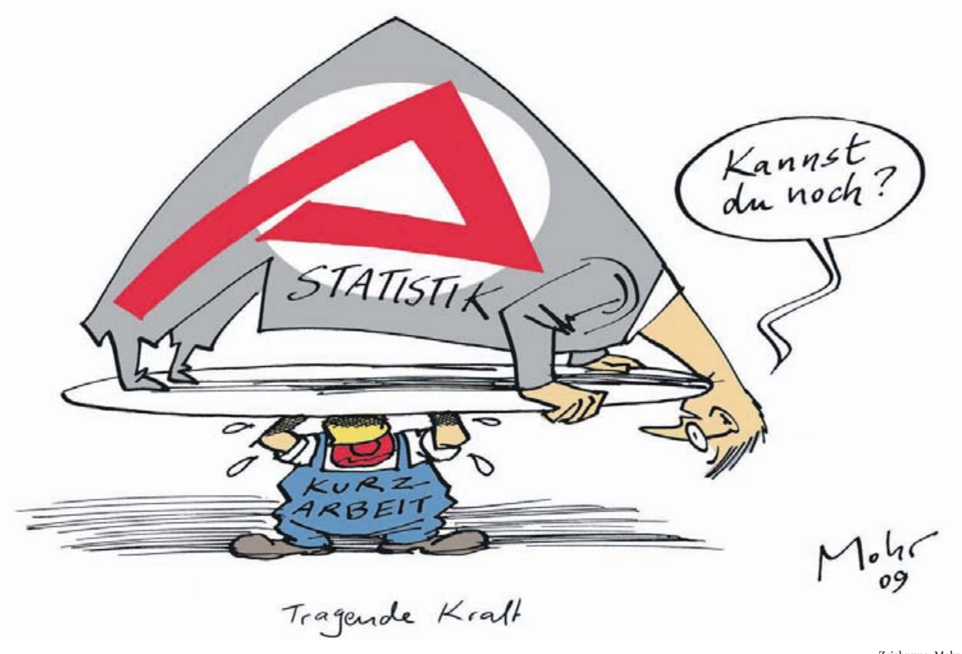
Weil damals, 1999, gerade Kommunalwahlen vor der Tür standen, entschieden sich **Daniel Zimmermann** und seine vier Schulfreunde für die Parteigründung. „PETO“ (lateinisch: Ich fordere) war geboren, und der 17-jährige Zimmermann wurde erster Vorsitzender der Schülerpartei im nordrhein-westfälischen Monheim.

Beim ersten Anlauf schon erzielte PETO 6,1 Prozent, 2004 16,6 und am 30. August 2009 erreichte Zimmermann bei der Bürgermeisterwahl mit 30,35 Prozent die meisten Stimmen. Da die Stichwahl in NRW abgeschafft ist, ist der 27-Jährige damit Bürgermeister seiner 43 000-Einwohner-Gemeinde.



Nach Abitur und Zivildienst studierte Zimmermann in Köln Französisch und Physik fürs Lehramt. Zuletzt betreute er als Tutor am Romanischen Seminar Zwischenprüflinge der Fächer Französisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch und arbeitete an seiner Doktorarbeit.

Als Spaßpartei will sich PETO keinesfalls verstanden wissen. Auch Parteienforscher gestehen den jugendlichen Politikmachern zu, durchaus ernsthaft zu arbeiten. Ihr Erfolg leite sich aus einem intensiven Netzwerk an sozialen Kontakten und überzeugender Arbeit her. Auch der Wahlkampf stützte sich kaum auf modische Internet-Auftritte als vielmehr auf sehr konventionelle Mittel wie Plakate, Infostände und Flugblätter. Die einstige Schülerpartei will seit Juni, wie sie sagt, auch „ältere Menschen einbinden“ – mit der „Initiative 30 plus“. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Robin Hood am Kundus

Wie eine Falschmeldung die Wahrheit ans Licht bringt, wann die gehobene Sprache versagt, und wie wir uns rächen werden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es gibt Ereignisse, die deshalb besonders interessant sind, weil sie sich nie ereignet haben. Ich spinne? Warten Sie's ab.

Die Bilder sind schrecklich, die uns aus Kundus erreichen. Ein Brandanschlag mit einem benzinbeladenen Kleinlaster hat die Polizeistation in Schutt und Asche gelegt. Beamte und zufällig anwesende Zivilisten kamen in großer Zahl zu Tode. Der US-Oberbefehlshaber in Afghanistan, Stanley McChrystall, zeigte sich wütend über das Versagen der deutschen Schutztruppe, die es offensichtlich nicht verstanden habe, den Vorfall zu verhindern. Dies, obwohl sie eine perfekte Chance dazu gehabt hätte, wie er einem Reporter der „Washington Post“ erklärte. Die „wichtigste Aufgabe der Soldaten“ sei der „Schutz der Bevölkerung“.

Tage zuvor hatten die Taliban zwei Tanklastzüge der Deutschen entführt. Obwohl der Bundeswehr bekannt war, dass die Lastzüge im Morast des Kundus-Flusses steckengeblieben waren und damit ein leichtes Ziel darstellten, hatten die Deutschen auf die Anordnung eines Luftschlags verzichtet.

Dies nutzten afghanischen Aufklärern zufolge die Taliban dazu, das Benzin auf kleinere Fahrzeuge umzuladen. Dabei haben ihnen bislang unbestätigten Berichten zufolge Bewohner eines vier Kilometer entfernten Dorfes geholfen. Die Deutschen aber hätten nichts getan, so McChrystall, obwohl ihre Garnison nur sechs Kilometer vom Ort des Geschehens entfernt gewesen sei.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung verteidigte die deutsche Untätigkeit damit, dass man nicht hundertprozentig habe ausschließen können, dass sich auch Zivilisten am Ort aufhielten. Nach einer Güterabwägung hätten sich die Verantwortlichen entschlossen, nicht einzuschreiten.

Afghanistans Präsident Hamid Karsai äußerte sich bestürzt über die Toten in der Polizeistation und richtete schwere Vorwürfe an die Deutschen. Auf diese Weise würde das Vertrauen der Afghanen in die Arbeit der internationalen Schutztruppe weiter untergraben. Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner nannte das Zaudern der Bundeswehr einen „großen Fehler“, die EU-Außenkommissarin, die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner, sprach von einem „großen Tragödie“. Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bezeichnete das deutsche Vorgehen als „nicht hinnehmbar“.

Britische und US-amerikanische Medien zeigen offen Schadenfreude darüber, dass die Deutschen mit ihrer „weichen Linie“ so spektakulär baden gegangen seien. In groß aufgemachten Titelgeschichten, reich bebildert mit entstellten Verwundeten und Toten des Brandanschlags, demonstrieren sie das Scheitern der Bundeswehr.

> Provinzgouverneur: »Die Amerikaner haben wohl falsch gegessen und schlecht geschlafen«

Bundeskanzlerin Angela Merkel beteuerte, man trauere um jedes einzelne Opfer. Bundesregierung und Bundeswehr würden den Vorfall „lückenlos aufklären“, so die Regierungschefin.

Soweit unsere Falschmeldung mit einigen aus dem wahren Zusammenhang gerissenen Zitaten und Reaktionen. Die echte Meldung kennen Sie alle, und vielleicht geht es Ihnen wie mir: Sie fühlen sich heftig verschaukelt. „Unschuldige Zivilisten“ besuchen die Taliban mitten in stockdunkler Nacht in einem entlegenen Flusstal? Und die Partisanen, die eben noch jedem Afghanen, der wählen geht, den Finger abhacken wollten, spielen artig Robin Hood und verschenken Benzin ans arme Volk?

So soll es gewesen sein, insinuieren etliche „befreundete“ Regierungschefs, US-Militärs und einige deutsche Politiker. Die Staatsanwaltschaft Potsdam prüft, ob sie gegen den verantwortlichen Oberst Georg Klein ermitteln muss.

Was sagt man dazu? Der gehobene Wortschatz strauchelt, da kommt er nicht mehr mit. Also überlassen wir den Kommentar einem deutschen Soldaten in Kundus, den der „Spiegel“ kommentieren ließ, was einem einfachen Uniformierten zu dem Veitstanz um die Bundeswehr-Operation einfällt: „Zum Kotzen.“

Amerikaner und Briten drängen uns Deutsche bekanntlich zu erheblich mehr militärischem Engagement am Hindukusch. Die Perfidie ist respekteinflößend: Man lockt die Deutschen – ihren Hang zur Loyalität listig nutzend – in einen Krieg. Sind sie erst mal drin, sitzen sie in der Falle. Denn tun sie nichts, sind sie Weicheier wie so oft behauptet, kämpfen sie jedoch, knallt man sie auf die Anklagebank. Ein deutscher Afghanistankämpfer drückte es so aus: „Egal was wir machen, wir machen es falsch.“

Was allerdings auf den Betrachter ankommt: Die afghanische Bevölkerung feierte die Deutschen nach dem Schlag als Helden, sogar der örtliche Mullah verneigte sich voller Dankbarkeit und der Provinzgouverneur von Kundus meinte über Anwürfe gegen die Deutschen: Die Amis hätten „wohl falsch gegessen und schlecht geschlafen“.

Eigentlich müssten wir uns rächen, vor allem bei unseren über die EU und die Nato doppelt verbündeten europäischen Klugscheißern. Und, siehe da, der Racheplan reift bereits und hat sogar schon einen Namen.

Bundeskanzlerin Merkel muss demnächst einen neuen deutschen EU-Kommissar benennen, weil Günther Verheugen ausscheidet. Erst wollte sie einen Unionsmann haben, selbst wenn nach dem September die Große Koalition weitergehen sollte. Darüber hat es mit den Sozen schon heftigen Zank gegeben.

Nun aber ist ihr eine noch viel bessere Idee gekommen. Sie wäre auch mit einem ganz bestimmten Sozialdemokraten einverstanden, selbst im Falle von Schwarz-Gelb, nämlich mit: Peer Steinbrück!

Offiziell heißt es, Merkel wolle sich für die gute Zusammenarbeit in der Finanzkrise mit dem Posten bedanken. Zudem habe EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso darum gebeten, die Linke trotz bürgerlicher Mehrheiten nicht zu sehr an den Rand zu drängen, wegen des politischen Friedens in der EU. Ha! Wenn er geahnt hätte, was für einen Sozi ihm die böse Deutsche schicken möchte, hätte er sich das bestimmt noch mal überlegt.

Unser Rabauken-Peer im Kuschelkreis der wohlmögenden europäischen Oberbonzen – was für eine Aussicht! In den Farben aller 26 EU-Partner werden die Rauchsäulen über den diplomatischen Verwicklungen aufsteigen, die Steinbrück in Brüssel entzündet. Seine herrlichen Gemeinheiten gegen die „Indianer in der Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein, Ouagadougou“, unter denen „Angst und Schrecken“ zu verbreiten sei, sind unvergessen.

Wäre die Schweiz schon Mitglied der EU, sie würde die Kandidatur des gehassten Deutschen sicher blockieren. Das ist sie aber nicht, und wenn es nach Wüstendespot Muammar al-Ghaddafi geht, wird sie es auch niemals werden, weil er die Schweiz sowieso abwickeln möchte.

Die Schweiz sei nämlich kein Land, sondern die „Mafia der Welt“, die den „Terror finanziere“, so Ghaddafi schon im Juli beim G 8-Gipfel. Deshalb solle man den Laden unter Frankreich, Italien und Deutschland aufteilen. Auslöser für seinen Groll war die Verhaftung von Ghaddafi-Sohn Hannibal in Genf. Dort soll der Filius sein Personal vermöbelt haben, was nach libyscher Vorstellungen offenbar sein gutes Recht ist.

Die Schweizer Polizei sah das anders und lochte den hysterischen Potentaten-Spross für zwei Tage ein. Das war im Juli 2008. Kurz darauf setzte Ghaddafi zwei Schweizer Geschäftsleute in Tripolis fest (Haben die da etwa was „finanziert“? Nur so'ne Frage ...).

Darauf kroch der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz auf allen Vieren zu Ghaddafi und versprach alles, was der Libyer hören wollte, um seine Geschäftsleute freizukriegen. Der nahm den peinlichen Kotau kühl an und schickte den Schweizer ohne das geringste Entgegenkommen heim, wo der nun ohne Hosen herumsteht. Was für eine Welt, in der selbst Kriecherei und Selbstverleugnung nicht mehr belohnt werden!

ZITATE

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft ***Evangelikaler Missionen****,* ***Detlef Blöcher****, wehrt sich im Interview mit dem evangelischen Nachrichtendienst „idea“ gegen die Kritik vom* ***ZDF*** *an theologisch konservativen Protestanten, sie würden rücksichtslos ihren christlichen Glauben weiterzuverbreiten versuchen. Zur Behauptung „Viele Menschen verbinden mit Mission etwas ganz anderes als Sie: Intoleranz und Überheblichkeit“ meint er:*

„Das sind platte Klischees! Politiker versuchen im Wahlkampf ganz selbstverständlich, Bürger für ihre Partei zu gewinnen. Wenn Christen aber von Jesus überzeugt sind und für ihn werben, gilt dies als intolerant. Da wird mit doppeltem Maß gemessen!“

Hamed Abdel-Samad*, geboren 1972 in einem ägyptischen Dorf, studierte Englisch, Französisch und Politik. Nach seiner* ***Kritik an der islamischen Welt*** *ist der in München lebende Autor auf* ***Polizeischutz*** *angewiesen.* ***Kant****, Hegel, Spinoza und Kafka macht er verantwortlich für seine Abkehr vom Islam:*

„Ich bin ein Muslim, der vom Glauben zum Wissen konvertiert ist.“

Reinhold Robbe *(SPD), Wehrbeauftragter der Bundesregierung, kritisiert in der „Welt“ (7. September) den distanzierten* ***Umgang der Deutschen*** *mit ihren* ***Soldaten****:*

„Warum sollte es nicht möglich sein, dass die Kirchen an einem bestimmten Tag im Jahr ein ökumenisches Fürbittgebet für unsere Soldaten sprechen? Was hält eigentlich die Gewerkschaften davon ab, der Bundeswehr am 1. Mai dafür zu danken, dass die Arbeitnehmer in Frieden und Freiheit leben können? Weshalb legen die Arbeitgeberverbände bei ihren Versammlungen keine Gedenkminute für Gefallene ein?“

Bonus und Malus

Ein Bonus ist, wie allbekannt,
was Gutes – und natürlich,
weil „bonus“ gut heißt, so benannt,
nicht etwa bloß willkürlich.

Wenn's aber mehrmals kracht, ersetzt
ein Malus bald den Bonus –
die Prämie zu schlechter Letzt
wird Last, lateinisch „onus“.

Der Bonus soll auch – quid pro quo –
Geschäftserfolge heben,
und die verbessern sowieso
die Bonität daneben.

Nur wär' zudem als Warnsignal
ein Malus noch vonnöten,
denn weil der fehlt, geht manchesmal
der ganze Laden flöten.

Dann dürfen andre allgemein
in saure Äpfel beißen –
und wie zum Hohn muß auf Latein
just „malum“ Apfel heißen!

Dasselbe gilt für Politik
in so humanen Zeiten:
Man erntet zwar verbal Kritik
nach Pannen oder Pleiten.

Doch Sanktionen? Weit gefehlt!
Denn selbst bei ärgsten Schäden
wird schlimmstenfalls man abgewählt
und läßt halt Leute reden.

Der Bonzen-Bonus nämlich bleibt:
Man kriegt gleich neue Posten,
und lebt, was immer man auch treibt,
auf Steuerzahlers Kosten!

Pannonicus